

2. Band

6. Der zweite Griff nach Südosteuropa (1919-1945)

6.1 1919-1929 Verborgenes Wiederanknüpfen an alten Plänen

6.1.1 Die neue Ausgangslage in den zwanziger Jahren

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Regierungen der siegreichen Entente-Staaten darauf bedacht, die deutsche Expansion nach Ost- und Südosteuropa langfristig zu stoppen. Die gründliche Zerschlagung des von Deutschland beherrschten Großraums "Mitteleuropa" bildete vielleicht das einschneidendste Ergebnis des Krieges. Mit der Auflösung des Habsburger und des Osmanischen Reiches verschwanden die beiden großen, von Deutschland abhängigen "Bündnispartner" zwischen Berlin und Bagdad. Mit der Gründung der Staaten Tschechoslowakei und Jugoslawien (bis 1929 unter dem Namen SHS-Staat¹) wurden dem deutschen Expansionismus Barrieren gesetzt. Die jugoslawische Delegation ließ sich bei den Friedensverhandlungen u. a. von dem Grundsatz leiten, daß der neue Staat zu einem Bollwerk gegen den "deutschen Drang nach Osten" werden müsse.² Ein großer und starker jugoslawischer Staat sei notwendig, da die definitive Auseinandersetzung mit Deutschland erst noch bevorstünde.³

Die österreichische Regierung verpflichtete sich im Friedensvertrag zur Abtretung Südtirols an Italien, Galiziens an die neue Republik Polen und Sloweniens an Jugoslawien. Sie erkannte die Selbständigkeit der neuen Staaten Polen, Ungarn, Tschechoslowakei und Jugoslawien an.

Ungarn gab die Slowakei und die Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei sowie Kroatien und die Vojvodina an Jugoslawien ab. Auch das ehemals von Österreich-Ungarn annektierte Bosnien-Herzegowina integrierte sich in den jugoslawischen Staat. Die Bukowina, Transsylvanien (Siebenbürgen) und das östliche Banat wurden Rumänien zugesprochen. Von Bulgarien erhielt Rumänien die Süddobrudscha. Das Territorium des rumänischen Staates vergrößerte sich.

¹ SHS für Slowenien, Kroatien (Hrvastka) und Serbien.

² Vgl. Sundhaussen, Holm, Geschichte Jugoslawiens 1918-1980, Stuttgart 1982, S. 37ff.

³ Vgl. Mitrovic, Andrej, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, in: Balcanica. Annuaire de l'Institut des Etudes Balcaniques, Belgrad, Bd. 8, 1977, S. 561.



THE BALKANS AFTER WORLD WAR I

After L. S. Stavrianos, *The Balkans Since 1453* (New York, 1958).

sserte sich um mehr als das Doppelte, die Bevölkerungszahl stieg von 7,1 auf 15,5 Millionen. Das mit Deutschland verbündete und im Krieg unterlegene Bulgarien verlor zudem Binnenmazedonien an Jugoslawien sowie Westthrazien und Südmazedonien an Griechenland.

Aus dem aufgelösten Osmanischen Reich fielen Syrien und der Libanon unter französische, der Irak, Palästina und Ägypten unter britische Mandats Herrschaft. Ostthrazien, Smyrna und einige ägäische Inseln kamen zu Griechenland. In der Türkei wurde unter Präsident Kemal Pascha, genannt Atatürk, eine säkulare Republik ausgerufen.⁴

Die deutsche Regierung verpflichtete sich im Vertrag von Versailles, auf ihre gesamten staatlichen Guthaben in Bulgarien und im Osmanischen Reich zu verzichten.⁵

Jugoslawien und Rumänien wurden durch den Friedensvertrag als reparationsberechtigt anerkannt und erhielten das Recht, deutsches Eigentum in ihrem Machtbereich zu liquidieren.⁶

Eine Liquidation ausländischen Eigentums erfolgte vor allem im Rahmen von Agrarreformen, die in den drei südosteuropäischen Donaustaaten nach dem Ersten Weltkrieg erlassen wurden. In Rumänien drohte zu dieser Zeit im annektierten Bessarabien ein Bauernaufstand. Diese Tatsache erklärt, die dort im Kontext der Ende 1918 verkündeten und 1921 erweiterten Bodenreform im Vergleich mit den anderen Gebieten Rumäniens angewandten weitergehenden und einschneidenderen Maßnahmen. In Bessarabien wurden alle Güter über 100 Hektar enteignet, während in den übrigen Teilen Rumäniens die gesetzliche Grenze des zur Aufteilung ausgewählten Großgrundbesitzes von 100 bis 500 Hektar reichte. Die Reform betraf den gesamten Grundbesitz aller nichtrumänischen

⁴ Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2, a. a. O., S. 411; Hoppe, Hans-Joachim, Deutschland und Bulgarien 1918-1945, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, herausgegeben von M. Funke, Düsseldorf, 1977, S. 605; Teichova, Alice, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, München 1988, S. 21.

⁵ Vgl. Lamer, Mirko, Die Wandlungen der ausländischen Kapitalanlagen auf dem Balkan, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 48 (1938), S. 481.

⁶ Vgl. Seckendorf, Martin, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34 unter besonderer Berücksichtigung der nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 entwickelten Konzeption, Diss., Berlin (DDR) 1980, S. 45.

Bürger und richtete sich damit vor allem gegen die ungarischen und deutschen Herrschaftsgüter in Transsylvanien. Darüber hinaus beinhaltete sie die Enteignung aller abwesenden Gutsherren, d. h. derjenigen, die ihren Wohnsitz außerhalb Rumäniens hatten. Die zur Umverteilung bestimmte Fläche betrug sechs Millionen Hektar, 30 Prozent der gesamten Anbaufläche des damaligen rumänischen Staatsgebiets. Von dieser Fläche wurden zwei Drittel an 1.400.000 Bauernfamilien verteilt. Den Rest hielt der Staat in Reserve, um ihn für Ansiedlungsprojekte zu verwenden. Die Kleinbauern erhielten jedoch nur kleine Ländereien. Der Großteil der rumänischen Landbevölkerung mußte weiter in Lehmhütten leben; vorher landlos, besaßen nun 52% der Bauern je Wirtschaft weniger als zwei Hektar Land. Auch in Bulgarien wurde 1921 eine Bodenreform erlassen. Sie führte ebenfalls zur Vermehrung der kleinbäuerlichen Wirtschaften, die durch frühere Reformen ohnehin überwogen. Das Gesetz bestimmte, daß kein Gut mehr als 30 Hektar Land umfassen sollte. Damit wurden sechs Prozent der gesamten Anbaufläche des Staates zur Verteilung freigesetzt, hauptsächlich, um Flüchtlinge aus Thrakien und Mazedonien anzusiedeln, die Anfang der zwanziger Jahre in großer Zahl nach Bulgarien kamen. In Jugoslawien erfolgte auf Grundlage eines Bodenreformgesetzes 1919 die vollkommene Liquidation von Großgrundbesitz über 300 Hektar. Im ganzen wurden dort zweieinhalb Millionen Hektar Land verteilt. Davon erhielten befreite Leibeigene ungefähr die Hälfte; ein Viertel - hauptsächlich aus Waldungen bestehend - wurde verstaatlicht und der Rest an Bauernfamilien ausgegeben. Güter mit einer Fläche von über 50 Hektar verschwanden fast völlig. 67,8% der landwirtschaftlichen Einheiten waren nicht größer als 5 Hektar. Sie dienten nahezu ausschließlich der Subsistenzproduktion, so daß der Anteil Jugoslawiens auf dem Weltmarkt für Agrargüter, analog zu den übrigen Staaten Südosteuropas, in den zwanziger Jahren drastisch zurückging.⁷

1920/21 schlossen sich die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien durch Verträge zur Kleinen Entente zusammen, mit dem erklärten Ziel, einem deutschen und ungarischen Revisionismus und Expansionismus gemeinsam entgegenzutreten.⁸ Die drei neu entstandenen bzw. territorial stark erweiterten Staaten bildeten durch

⁷ Vgl. Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte, a. a. O., S. 41ff.

⁸ Vgl. Droz, a. a. O., S. 246.

dieses Bündnis den südosteuropäischen Pfeiler des von der französischen Regierung gewünschten "cordon sanitaire", einerseits gegen die bolschewistische Sowjetunion, andererseits gegen die Gefahr neuer "Mitteleuropa"-Aspirationen aus Deutschland.⁹ Durch Anleihen versuchten die französischen Regierungen die Staaten der Kleinen Entente zu stabilisieren, um einem neuen deutschen Expansionismus entgegenzuwirken.¹⁰

Die neuen Grenzziehungen in Ost- und Südosteuropa wurden in Deutschland negativ bewertet und abgelehnt. Viele Autoren klagten, ein "organisch gewachsener" Großwirtschaftsraum sei zerschlagen worden und bei der Bildung der neuen Staaten hätten die Siegermächte "ethnische" bzw. "völkische" Kriterien nicht ausreichend berücksichtigt.¹¹ In diesem Zusammenhang verbreitete sich das Schlagwort von der durch die "Pariser Vorortverträge"¹² ausgelösten "Balkanisierung Mitteleuropas", für die die Entente, so der Jungkonservative Boehm 1923, die "Kollektivschuld" trage.¹³

⁹ Vgl. Haberl, Othmar Nikola, Südosteuropa und das Deutsche Reich vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Südosteuropa, Nr. 39, 9/1990, S. 504; Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941, Paderborn 1948, S. 13; Teichova, a. a. O., S. 77.

¹⁰ Vgl. Sundhaussen, Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning, in: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 122.

¹¹ Vgl. Thierfelder, Franz, Vom alten zum neuen Balkan, in: Unser Kampf auf dem Balkan, herausgegeben von Franz Geisler/ Josef März/ Franz Thierfelder, u. a., München 1942, S. 8; Mitrovic, Andrej, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens in der Zeit der Verständigungspolitik Stresemanns, in: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Joachim Hütter/ Reinhard Meyers/ Dietrich Papenfuss, Köln/Berlin/Bonn/München 1975, S. 123.

¹² Die Friedensverträge mit den einzelnen Staaten wurden in den in der Nähe von Paris gelegenen Orten Versailles, St-Germain-en-Laye, Trianon, Neuilly und Sèvres unterzeichnet. Die abwertende deutsche Bezeichnung "Pariser Vorortverträge" signalisiert die in der deutschen Gesellschaft verbreitete Ablehnung dieser Verträge.

¹³ Vgl. Boehm, Max Hildebert, Europa irredenta, Eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart, Berlin 1923, S. 252f. Vgl. auch Schlenker, Max, Mitteleuropa, in: Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr, 8. Jg., Nr. 39, 29. 9. 1927; Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropa vor und nach 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 4/1953.

Noch 1991 wurde die Auflösung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens in der deutschen Presse mit dem Argument begrüßt, damit seien angeblich nicht lebensfähige "Vielvölkerstaaten" als Re-

In Großbritannien und Frankreich herrschte nach 1918 die Überzeugung vor, daß es notwendig sei, in die vormals von Deutschland beherrschten Märkte Ost- und Südosteuropas vorzudringen, um den Wiederaufbau der ökonomischen, politischen und militärischen Vorkriegspositionen Deutschlands zu verhindern. Da Deutschland aufgrund der Reparationsverpflichtungen seinen Außenhandel in absehbarer Zeit nicht durch Kapitalexporte fördern konnte, mußte es dieses Feld zunächst den westeuropäischen Konkurrenten überlassen. So spielte britisches Kapital in der Zwischenkriegszeit in Südosteuropa eine führende Rolle, obwohl dieses Gebiet für Großbritannien, daß seine Haupthandelsbeziehungen in Übersee unterhielt, wirtschaftlich unbedeutend war.¹⁴

Solange in Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg die Lösung wirtschaftlicher und monetärer Probleme im Vordergrund stand, bot sich Frankreich und Großbritannien die Chance, sie aus dem strategisch wichtigen Südosteuropa hinauszudrängen und ihre eigene Position auszubauen. Sie konzentrierten sich dabei vorwiegend auf Objekte kurzfristiger optimaler Kapitalverwertung. Diese lagen in erster Linie auf dem Feldern der Rüstungsindustrie und der südosteuropäischen Rohstoffressourcen. Zu einer Entfaltung der Produktivkräfte Südosteuropas, die eine Industrialisierung unter Ablösung der weltwirtschaftlich sehr krisenanfälligen Monokulturen (Getreide, Tabak) erfordert hätte, konnte es unter diesen Umständen nicht kommen, auch wenn die südosteuropäischen Staaten dies in den zwanziger Jahren durch eine Import-Substituierungspolitik zu erreichen versuchten.¹⁵

likte des Versailler Vertrages endgültig von der Landkarte verschwunden. In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" hieß es, die jugoslawische Staatenföderation sei eine "historische Mißgeburt" gewesen, an der die "Taufpaten", die USA und die westeuropäischen Staaten zu lange festgehalten hätten. Dabei wurde Deutschland wohlgemerkt nicht zu den westeuropäischen Staaten gezählt. (Vgl. u. a. Kremp, Herbert, Der Eurokraten-Hochmut und das lästige Menschenrecht, in: "Die Welt", 3. 7. 1991; Leicht, Robert, Vom Völkerfrühling zum Bürgerkrieg?, in: "Die Zeit", 5. 7. 1991; Panzerkommunismus, in: "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29. 6. 1991).

¹⁴ Vgl. Teichova, a. a. O., S. 78ff.

¹⁵ Vgl. Wendt, Bernd-Jürgen, England und der deutsche "Drang nach Südosten". Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhundert (Festschrift für Fritz Fischer), herausgegeben von Imanuel Geiss/Bernd-Jürgen Wendt, Düsseldorf 1973, S. 487.; Ránki, György, Economy and foreign policy. The struggle

Besonders aus dem Bereich der Rohstoffgewinnung wurde die deutsche Wirtschaft nach 1918 in Südosteuropa vorerst verdrängt. Im rumänischen Erdölsektor sicherten sich Großbritannien und die Niederlande nach der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz über ihre Unternehmen Royal Dutch/Shell und Anglo Persian Oil Co. mit einem Gesamtkapitalanteil von 54% unangefochten die Führung.¹⁶ Dabei nutzten sie den großen Kapitalbedarf Rumäniens für den Wiederaufbau der zerstörten Anlagen und das anspruchsvolle Industrialisierungsprogramm.¹⁷

Auch in Jugoslawien konzentrierte sich das britische und französische Kapital vorwiegend auf die reichen Mineralquellen. Ein britisches Konsortium übernahm die Kontrolle über die ertragreichen Blei- und Zinkbergwerke von Trepca im Kosovo, während französische Unternehmen sich die Aktienmehrheit des größten Kupferbergwerkes Europa im ostserbischen Bor sicherten.¹⁸

Neben dem Rohstoffsektor war französisches und britisches Kapital in den zwanziger Jahren auch auf dem südosteuropäischen Anleihemarkt führend. Französische Anleihen in Südosteuropa gingen dabei vornehmlich nach Rumänien, Jugoslawien und später Bulgarien, während britische Kredite hauptsächlich nach Griechenland und in die Türkei flossen.¹⁹

Wie bereits vor dem Ersten Weltkrieg hemmten hohe Verschuldung und harte Zinsbedingungen in den zwanziger Jahren eine eigenständige Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Staaten. Der Völkerbund und die Gläubigerstaaten übten über Kontrollkommissionen eine intensive Kontrolle über die südosteuropäischen Staatshaushalte aus. Eine ökonomische Konsolidierung Jugoslawi-

of the great powers for hegemony in the danube valley, 1919-1939, New York 1983, S. 40f.

¹⁶ Als Erdöllieferant spielte Rumänien für Großbritannien in den 20er und 30er Jahren keine große Rolle. Großbritannien bezog 1938 38% seines gesamten Erdölbedarfes in Form von Rohöl und Aufbereitungsprodukten aus Venezuela/Niederl. Westindien, 19,6% aus dem Iran, 17,6% aus den USA und 4,4% aus dem Irak, während Rumänien erst mit knapp 3% an fünfter Stelle folgte. Rumänisches Erdöl war für Großbritannien keine Lebensnotwendigkeit, sondern vor allem Anlage- und Spekulationsobjekt. (Vgl. Wendt, England und der deutsche "Drang nach Südosten", a. a. O., S. 505.).

¹⁷ Vgl. Wendt, England und der "deutsche Drang nach Südosten", a. a. O., S. 505.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 489f.

¹⁹ Vgl. Wendt, a. a. O., S. 495; Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 163.; Teichova, a. a. O., S. 112ff.

ens, Rumäniens und Bulgariens wurde nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die führenden Gläubigerstaaten Großbritannien, Frankreich und die USA ihnen kaum eine Chance boten, die anfallenden Verbindlichkeiten durch die Abnahme nennenswerter Exportmengen zu kompensieren.²⁰ Während die Mehrzahl der südosteuropäischen Anleihen in den zwanziger Jahren aus Großbritannien und den USA kamen, nahmen diese beiden Staaten jeweils nicht mehr als 1-2% der südosteuropäischen Exporte ab. Der Anteil Frankreichs lag mit 3,8% (1930) kaum höher.²¹ Die Divergenz zwischen dem Kapitalmonopol Frankreich, Großbritanniens und der USA und ihrem Desinteresse an einem Handelsaustausch mit den Staaten der Balkanhalbinsel erwies sich als schwere Hypothek für eine langfristige Verhinderung eines neuen deutschen Griffs nach Südosteuropa.

6.1.2 Die Rückeroberung der deutschen Führung im Handel mit Südosteuropa ab Anfang der zwanziger Jahre

Vor diesem Hintergrund konnte Deutschland im direkten Handel mit Südosteuropa bereits Anfang der zwanziger Jahre die Hegemonialstellung wiedergewinnen. Nach dem endgültigen Verlust der Überseekolonien am Ende des Ersten Weltkrieges, konzentrierte sich die deutsche Wirtschaft noch stärker als zuvor auf die Durchsetzung einer Hegemonie auf den Märkten Südosteuropas, um hier ein "ökonomischen Hinterland" im Machtkampf mit den übrigen Großmächten zu gewinnen.²²

²⁰ Großbritannien wickelte 1929 nur 0,86% seiner Einfuhren und 1,84% seiner Ausfuhren mit Südosteuropa ab. Es hatte für die drei Hauptprodukte Südosteuropas (Tabak, Getreide, Vieh bzw. Viehprodukte) kaum Bedarf, da seine traditionellen Lieferanten entweder im Commonwealth (Getreide: Kanada, Australien, Neuseeland), in Südamerika (argentinisches Fleisch), in den USA (Virginiatabak) oder Nord- und Westeuropa (tierische Veredelungsprodukte) lagen. (Vgl. Wendt, England und der "deutsche Drang nach Südosten", a. a. O., S. 495 u. 500).

²¹ Ránki, György, Economy and foreign policy. The struggle of the great powers for hegemony in the danube valley 1919-1939, a. a. O., S. 37; Sundhausen, Die Wirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 123.

²² Vgl. Schwarzenau, Kurt, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Geschichte und Konzeption einer Monopolorganisation von den Anfängen bis 1945, Diss., Leipzig 1974, S. 66; Berndt, Roswitha, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne des deutschen Imperialismus (1926-1931). Zur Rolle des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages

In den Möglichkeiten als Kreditgeber und ihrer politischen und militärischen Handlungsfreiheit durch die Friedensverträge eingeschränkt, setzten die deutschen Regierungen zur Wiedereroberung verlorener Positionen in Südosteuropa in den zwanziger Jahren vor allem auf drei Faktoren:

1. auf die Instrumentalisierung der großen deutscher Minderheiten in Jugoslawien und Rumänien,
2. auf das Interesse der südosteuropäischen Donaustaaten an Handelsbeziehungen zu Deutschland,
3. auf deutschfreundliche Kreise in den ehemals verbündeten Ländern (besonders auf das aus Deutschland stammende Königshaus Bulgariens und das dortige Offizierskorps).²³

Maßgebliches Mittel wurde, wie bereits in der Phase von 1890-1914, die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas auf der Grundlage günstiger Handelsverträge und lukrativer Großaufträge für die deutsche Industrie.²⁴

Einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung bedeutete das Junktim zwischen Reparationszahlungen und dem Vorrang deutscher Exporte nach Ost- und Südosteuropa, das Außenminister Rathenau im September 1921 in Verhandlungen mit der britischen Regierung erreichte. Das Abkommen ermöglichte der deutschen Außenhandelspolitik bereits zwei Jahre nach dem Ersten Weltkrieg eine beträchtliche Handlungsfreiheit in Südosteuropa. Durch die Übereinkunft wurden die deutschen Wirtschaftsinteressen auf dem Balkan erstmals offiziell von einer Siegermacht anerkannt. Dies bedeutete implizit einen Rückschlag für die französischen Bemühungen, den deutschen Einfluß in Südosteuropa einzuschränken.²⁵

und der Mitteleuropa-Institute in den imperialistischen deutschen Expansionsplänen, Wissenschaftliche Zeitung der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 14 (1965), S. 230. Wiederabdruck in: Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, herausgegeben von Gilbert Ziebura, Darmstadt 1975, S. 305-334.

²³ Vgl. Petzold, Joachim, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 19/2 (1975), S. 175 u. 178.

²⁴ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 66.

²⁵ Vgl. Elvert, Jürgen, Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen, in: ders., Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1997, S. 145.

Als nächster Schritt für die Ausweitung des deutschen Handels in Südosteuropa erfolgte noch im selben Jahr der Abschluß eines vorläufigen Handelsvertrages mit Jugoslawien. In der Hoffnung auf diese Weise seinen Absatz in Deutschland ausweiten zu können, verzichtete der jugoslawische Staat darin auf die einseitige handelspolitische Meistbegünstigung, welche der Versailler Friedensvertrag den Siegerstaaten gegenüber Deutschland bis zum 10. Januar 1925 garantierte. Darüber hinaus versicherte die jugoslawische Regierung das im Versailler Vertrag verbriefte Recht zu Vergeltungsmaßnahmen (z. B. Beschlagnahme deutschen Eigentums und deutscher Auslandsguthaben) nicht anzuwenden.²⁶ Damit erhielt Deutschland bereits 1921 auf dem jugoslawischen Markt wieder die gleichen Geschäftsbedingungen wie alle übrigen Staaten. Ähnliche am Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung orientierte Verträge schloß die deutsche Regierung in der Folge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland ab. Auf dieser Grundlage gelang es Deutschland bereits Mitte der zwanziger Jahre seine Position als unangefochten wichtigster Handelspartner in Südosteuropa zurückzuerobern,²⁷ wie folgende Tabelle dokumentiert:

Außenhandel südosteuropäischer Länder mit Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien 1922 und 1929

Land	(Prozent der Gesamtsumme)					
	Bulgarien		Rumänien		Jugoslawien	
	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.
Deutschland						
1920	5,7	10,5	1,9	1,1	1,4	7,6
1922	16,5	21,5	5,9	19,7	8,7	7,2
1924	19,8	17,7	19,2	5,7	8,3	4,1
1925	20,9	20,1	16,7	8,4	9,9	7,1
1929	29,9	22,2	27,6	24,1	8,5	15,6
Frankreich						
1922	7,1	6,0	9,6	5,9	5,8	3,0
1929	5,1	8,2	4,5	5,5	4,0	4,0

²⁶ Vgl. Mitrovic, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens..., a. a. O., S. 118.

²⁷ Vgl. Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 148.

Italien

1922	12,1	12,3	8,0	5,9	28,1	15,3
1929	11,0	10,7	7,7	6,9	24,9	10,8

Großbritannien

1922	0,7	15,0	2,4	8,9	1,9	7,1
1929	1,6	8,9	6,4	7,3	1,6	5,6

USA

1922	2,4	1,9	0,2	3,3	0,5	3,4
1929	1,7	3,3	0,2	6,1	1,6	4,7 ²⁸

Das deutsch-bulgarische Meistbegünstigungsabkommen wurde am 19. Februar 1921 geschlossen. Auf dieser Grundlage erreichte der Handel zwischen beiden Staaten bereits 1924 wieder den Vorkriegsstand von 1912; seit 1922 nahm Deutschland in der bulgarischen Einfuhr und seit 1924 auch in der bulgarischen Ausfuhr den ersten Rang ein.²⁹ Ebenso setzte sich Deutschland beim rumänischen Import bereits 1922 wieder an die Spitzenposition.³⁰

Dies gelang, obwohl sich die rumänische Regierung im Gegensatz zu den übrigen südosteuropäischen Donaustaaten zunächst nicht bereit zeigte, auf die einseitige Meistbegünstigung und auf die Enteignung deutschen Vorkriegseigentums zu verzichten. Sie suchte bewußt eine enge Anlehnung an Frankreich, um so finanziellen Forderungen an Deutschland, die aus der Zeit des Ersten Weltkrieges resultierten, Nachdruck verleihen zu können. Demgegenüber versuchte die deutsche Seite die rumänische Regierung unter Druck zu setzen, in dem sie deutsche Ausfuhrsgüter (besonders Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte für die rumänische Erdölindustrie), nach denen in Rumänien große Nachfrage bestand, zurückhielt.³¹ Beendet wurde diese Auseinandersetzung

²⁸ Zusammengestellt nach Teichova, a. a. O., S. 182f.; Haberl, in: Südosteuropa, 9/1990, a. a. O., S. 515.

²⁹ Vgl. Hoppe, Hans-Joachim, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979, S. 37.

³⁰ Vgl. Gross, Hermann, Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, Stuttgart/Berlin, 1941, S. 3.

³¹ Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (im folgenden: ADAP), Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Göttingen,

1928. Am 10. November 1928 unterzeichneten die beiden Regierungen ein Abkommen über die Beilegung der finanziellen Streitpunkte. Die deutsche Seite erklärte sich darin zur Zahlung von 75,5 Millionen Reichsmark in drei Jahresraten bereit, um noch offenstehende Rechnungen für rumänische Getreidelieferungen aus den Jahren 1914-16 zu begleichen. Rumänien nahm dafür den Zinsen- und Tilgungsdienst für die im deutschen Besitz befindlichen Vorkriegsanleihen wieder auf und gab das konfiszierte deutsche Eigentum frei. 1929 nahm die rumänische Regierung darüber hinaus das Nationalisierungsgesetz von 1924 zurück. Deutsche Unternehmen gründeten daraufhin ein dichtes Netz von Verkaufsorganisationen in Form rumänischer Gesellschaften. Führend waren dabei der 1925 entstandene Chemietrust I.G. Farben und die AEG.³² Deutschland nutzte darüber hinaus die Reparationszahlungen, die es an Jugoslawien und Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg zu leisten hatte, zur Wiedererlangung seiner beherrschenden Marktposition. Jugoslawien waren in den Friedensverträgen 5% und Rumänien 1,1% der deutschen Reparationen zugesprochen worden. Bezüglich Jugoslawiens hieß es Ende der zwanziger Jahre in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, die Reparationsleistungen hätten

"das Land von Anfang an wieder an deutsche Waren gewöhnt und es dürfte eine selbstverständliche Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik sein, diese Reparationslieferungen zur Basis resp. zum Anknüpfungspunkt für andere und spätere wirtschaftliche Betätigung in diesem Lande auszugestalten. Die Bedürfnisse dieses Landes, das sich erst im Jahrzehnten zu einem modernen europäischen Staat entwickeln kann, sind bekanntlich sehr groß."³³

Durch die umfangreichen Reparationslieferungen gelang es der deutschen Industrie in den zwanziger Jahren, sich in einigen Bereichen der südosteuropäischen Wirtschaft (z. B. Eisenbahn- und Fernmeldewesen) Monopole zu verschaffen, aus denen Nachliefe-

1985, Serie A, Bd. 3, Nr. 229, Aufzeichnung des Legationssekretärs von Grundherr, Berlin, 3. 8. 1920.

³² Vgl. Höpfner, Hans-Paul, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/M.-Bern 1983, S. 194; Seckendorf, Martin, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918 bis 1933/34..., a. a. O., S. 47ff. u. 66; Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 148; Radandt, H., Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis 1938, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966, T. III, S. 146ff.

³³ Bericht Köster, 23. 7. 1929, nach Höpfner, a. a. O., S. 161.

rungsanträge außerhalb der Reparationsleistungen resultierten.³⁴ Als Paradebeispiel für Reparationsleistungen mit weitreichenden Folgen gilt das Projekt einer Donaubrücke von Belgrad nach Pančevo. Als die jugoslawische Regierung dieses Projekt 1923 ausschrieb, versuchten deutsche Industrievertreter, sich diesen Auftrag zu sichern. Sie erhielten Unterstützung aus dem Auswärtigen Amt. Die dort tätigen Regierungsbeamten gingen davon aus, daß das Projekt Deutschland die Tür für eine maßgebende Rolle im jugoslawischen Wirtschaftsleben öffnen könne. Die Ausführung des Brückenbaus würde "einen weithin sichtbaren Erfolg deutscher Arbeit bedeuten." Am 15. Januar 1927 wurde der Auftrag im Wert von 16¹/₂ Goldmark an deutsche Unternehmen unter finanzieller Führung der Dresdner Bank erteilt.³⁵ Der deutsche Gesandte in Jugoslawien nannte den Abschluß ein "außerordentliches Propagandastück für die deutsche Industrie".³⁶

6.1.3 Zur Kontinuität der "Mitteleuropa"-Propaganda" nach 1918

Trotz der deutschen Kriegsniederlage und der durch die Friedensverträge veränderten Ausgangslage in Südosteuropa hielten die führenden Vertreter der "Mitteleuropa"-Konzeption an ihren Zielen auch nach 1918 fest. Der Einfluß der neuindustriellen exportorientierten Wirtschaftszweige, aus deren Kreisen Bethmann Hollwegs "Septemberprogramm", Naumanns "Mitteleuropa"-Buch und das Konzept des "Ethischen Imperialismus" hervorgegangen war, auf die deutsche Regierungspolitik blieb auch in den zwanziger Jahren unvermindert, ja weitete sich sogar noch aus.³⁷ Zwar konnten die ökonomistischen Imperialisten vor dem Hintergrund der eingeschränkten politischen Handlungsfähigkeit Deutschlands ihren Anspruch auf eine Führungsrolle in "Mitteleuropa" zunächst nur hinter verschlossenen Türen aufrechterhalten, doch zeichneten sie mitverantwortlich für den wirtschaftspolitischen Kurs

³⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus von 1918-1933/34..., a. a. O., S. 50ff.

³⁵ Vgl. ADAP, Serie B, Bd. 3, Nr. 68, Das Auswärtige Amt an die Gesandtschaft in Belgrad, Berlin, 16. 2. 1926. Vertraulich.

³⁶ Privatbrief Olshausen an Köpke, 31. 12. 1926, nach Höpfner, a. a. O., S. 149.

³⁷ Vgl. Opitz, Reinhard, Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973, S. 148.

der Regierungen der Weimarer Republik.³⁸ Ernst Jäckh organisierte nun "Dienstag-Abende", an denen sich Reichspräsident und Reichskanzler, Minister, Abgeordnete und andere politisch tätige Männer zu "inoffiziellen" politischen Absprachen trafen.³⁹

In der Berliner Residenz des "Jäckh-Konzerns"⁴⁰ waren 1918 u. a. die Deutsch-türkische Vereinigung, das Orient-Institut, der "Mitteleuropa"-Ausschuss, die Völkerbund-Liga, der Deutsche Werkbund und die Redaktion der "Deutschen Politik" untergebracht. Ab Anfang der dreißiger Jahre residierte dort außerdem die Geschäftsstelle der Deutschen Gruppe des "Mitteleuropäischen Wirtschaftstages".⁴¹

In den Jäckh-Kreis aufgenommen wurde nach 1918 Gustav Stresemann (deutscher Außenminister von 1923-1929)⁴². Als Vertreter der Fertigwarenindustrie unterstützte er die vom Kreis um Jäckh, Naumann und Bosch getragene Strategie der neueren Industrien zur Wiedererringung der deutschen Vormachtstellung in Europa. Auf der Basis einer deutsch-französischen Verständigung versuchte diese Fraktion der deutschen Industrie die Option deutscher Gebietserweiterung und Wirtschaftsexpansion in Richtung Ost- und Südosteuropa langfristig aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wurde seit Beginn der zwanziger Jahre durch eine enge Bindung an die in dieser Periode wirtschaftlich und finanziell dominierenden USA die Grundlage für den wirtschaftlichen Machtzuwachs Deutschlands gelegt. Stresemann hoffte, die USA zumindest solange im

³⁸ Vgl. Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 144.

³⁹ Dorthin kam, weil der sozialdemokratische Polizeipräsident anwesend war, der Hauptmann, der die Erschießung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meldete. Dort wurden Beziehungen des Reichspräsidenten Ebert zu Hjalmar Schacht hergestellt, der bald darauf Reichsbankpräsident wurde. (Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 125 u. 148ff.; Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 192).

⁴⁰ Am Schöneberger Ufer 36a.

⁴¹ Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 125 u. 148ff.; Jäckh, Der Goldene Pflug, a. a. O., S. 192.

⁴² Stresemann (1878-1929) war zunächst Syndikus von Schokoladenfabriken, dann stellvertretender Vorsitzender des Bundes der sächsischen Industriellen (von 1903-1908). Seine politische Karriere begann er 1903 als Mitglied der Nationalliberalen Partei. 1917 wurde er Führer ihrer Reichstagsfraktion. Von 1919 bis zu seinem Tod 1929 war er Vorsitzender der Deutschen Volkspartei. Vom August-November 1923 übernahm er in einer Großen Koalition das Amt des Reichskanzlers, von Ende 1923-1929 bestimmte er als Außenminister maßgeblich die deutsche Politik. (Vgl. Opitz, der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 143f.; Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 427f.).

Dienste des Wiederaufstiegs ihres wichtigsten Schuldners engagieren zu können, bis es Deutschland gelingen würde, mittels der wiedergewonnenen Wirtschafts- und Finanzkraft eine Revision des Versailler Vertrages, vor allem in bezug auf einen Anschluß Österreichs und die Bestimmungen zu Ost- und Südosteuropa durchsetzen zu können. Die diplomatischen Aktivitäten Stresemanns für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (der 1926 erfolgte) dienten u. a. der Erreichung des Fernziels, die in den Friedensverträgen gesetzten Barrieren für eine deutsche Hegemonie in Ost- und Südosteuropa zu beseitigen.⁴³

Die Vertreter des "Mitteleuropa"-Projekts der Kriegszeit konzentrierten sich zunächst auf die Erreichung der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich, als ersten Schritt zur Realisierung des "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraumes.

Schotte, der Geschäftsführer des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", dessen Tätigkeit zu Beginn der Weimarer Republik fortgesetzt wurde, rief bereits im Dezember 1918, d. h. einen Monat nach Beendigung des Weltkrieges, dazu auf,

"daß wir weiterarbeiten müssen, daß sich Mitteleuropa stückweise erfüllen muß. (...) Großdeutschland ist das erste Stück, das weitere: die wirtschaftliche und politische Verständigung mit dem Völkergemisch Mitteleuropas muß unausbleiblich folgen."⁴⁴

"Mitteleuropa" werde eine der nächsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik bleiben.⁴⁵

Nach der Auflösung Österreich-Ungarns und der damit vollzogenen Trennung Österreichs von den ost- und südosteuropäischen Teilen des Habsburger Reiches hielten die "Mitteleuropa"-Vertreter eine Realsierung des "Großdeutschlands der Paulskirche", d. h. eines Zusammenschlusses Deutschlands und Österreichs in absehbarer Zeit für durchsetzbar.

⁴³ Vgl. Frommelt, Reinhard, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933, Stuttgart 1977, S. 29f.; Ruge, Wolfgang, Stresemann - ein Leitbild? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1969, S. 468ff; Höpfner, Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik, a. a. O., S. 1.

⁴⁴ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Nachlaß Naumann, Nr. 29, Bl. 233, Brief Schottes an Naumann, Dezember 1918.

⁴⁵ Schotte, Walther, An unsere Leser, in: Mittel-Europa. Mitteilungen des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", 2. Jg, H. 52, 24. 12. 1918, S. 574.

So bemerkte Friedrich Naumann Ende 1918:

"Das weite Deutschland, von dem Ernst Moritz Arndt gesungen hat, und das im Jahre 1848 in der Paulskirche verkündigt wurde, zeigt sich vor unseren Augen."⁴⁶

Die "Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung", der u. a. Bethmann Hollweg, Naumann, Jäckh, Rohrbach und Stresemann angehörten, gab am 10. Dezember 1918 ihre Umbenennung in "Großdeutsche Vereinigung" bekannt und schloß sich mit dem "Österreichisch-deutschen Arbeitsausschuß" zur "Großdeutschen Arbeitsgemeinschaft" zusammen.⁴⁷

Am 21. März 1919 nahm der deutsche Verfassungsausschuß den Antrag Naumanns, "Deutschösterreich tritt als Ganzes, als ein Gliedstaat dem Deutschen Reiche bei", einstimmig an.⁴⁸ Doch mit dem am 10. September 1919 von der österreichischen Regierung in St. Germain-en-Laye unterzeichneten Friedensvertrag wurden die großdeutschen Bestrebungen vorerst eingedämmt: Der Vertrag bestimmte das Verbot des Namens "Deutsch-Österreich" und des "Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich. Neunzehn Jahre später, im März 1938, setzte sich die nationalsozialistische Regierung über dieses Verbot hinweg und erfüllte mit dem "Anschluß" die seit den 1840er Jahren verbreiteten Pläne vieler Paulskirchenabgeordneter und "Mitteleuropa"-Protagonisten. Die Ablehnung des "Anschlußverbotes" durch den Kreis der "mitteleuropäischen Staatenbundimperialisten" um Naumann unterstreicht eine Stellungnahme des Naumann-Schülers und späteren Bundespräsidenten Heuss nach der Unterzeichnung der Friedensverträge von 1919:

"Haben wir, weil das in Versailles und St. Germain so beschlossen wurde, auf die Vereinigung mit Deutsch-Österreich verzichtet? Nur der hoffnungslose Tagespolitiker oder der modische Verräter am nationalstaatlichen Gedanken hat dieses Ziel 'abgeschrieben', das der wichtigste, drängendste Inhalt unseres künftigen politischen Ar-

⁴⁶ Naumann, Friedrich, Vorläufiger Abschied. Erstveröffentlichung in Mittel-Europa, 2. Jg., H. 52, 24. 12. 1918, zit. nach ders., Werke, a. a. O., Bd. 4, S. 977.

⁴⁷ Vgl. Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 485.

⁴⁸ Vgl. Kleinwächter, Friedrich F. G., Deutschösterreichs Kampf um das Selbstbestimmungsrecht bis zu den Genfer Protokollen, in: Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, herausgegeben von Friedrich F. G. Kleinwächter/Heinz von Paller, Wien/Leipzig 1930, S. 74.

beitens sein muß (...) Spüren wir nicht selber eine willkommene Weite unmittelbarer nationalstaatlicher Aufgabe, wenn wir an die staatliche Verschmelzung der deutschen Stämme des Südostens denken? Das Nationale war eine Triebkraft des Krieges und will zu seiner Wiederdarstellung kommen, es will seine staatlichen Grenzen finden."⁴⁹

Der Nationalliberale Heuss zeigte sich damit nicht nur als Anhänger des Projekts eines "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraums unter deutscher Führung, sondern ebenso als Vertreter des Gedankens eines großdeutschen "Lebensraumes". Dies hatte durchaus praktische Konsequenzen. Auf Vermittlung Rohrbachs schrieb Heuss in der Weimarer Republik in Zeitschriften des "Auslandsdeutschtums" und übernahm von 1925-1932 das Amt des Vizepräsidenten des "Bundes der Auslandsdeutschen".⁵⁰

Darüber hinaus wurde Heuss ab Februar 1919 Mitarbeiter des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa". Gleichzeitig versuchte er, beauftragt von Naumann, eine für den Anschluß an Deutschland agitierende österreichische "Bürgerlich-Demokratische" Partei zu gründen.⁵¹

Die Vertreter des "Mitteleuropa"-Projekts zeigten sich bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg überzeugt von der langfristigen Realisierungsmöglichkeit ihres Zieles. So ging beispielsweise

⁴⁹ Heuss, Theodor, Zwischen Gestern und Morgen, Stuttgart 1919, S. 37 u. 105.

⁵⁰ Vgl. Opitz, der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 32.

⁵¹ Sein Partner auf österreichischer Seite war dabei Richard Riedl. Dieser tat sich bereits während des Ersten Weltkrieges als Sektionschef im österreichisch-ungarischen Handelsministerium als einer der Protagonisten des Zollunionsgedanken zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hervor. Während seiner Tätigkeit als österreichischer Gesandter in Berlin von 1921-1925 verfolgte er diesen Gedanken weiter. Bei den Verhandlungen zum Locarno-Vertrag ließ sich Stresemann von den Anregungen seines Gesandten Riedl leiten. Auch nach seiner Demissionierung hielt Riedl Kontakt zur deutschen Regierung, besonders zum Auswärtigen Amt und zu Reichsbankpräsident Schacht. Innerhalb der 1925 gegründeten Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft übernahm Riedl das Sachgebiet der Handelspolitik. In der Periode des Nationalsozialismus wurde Riedl Aufsichtsratsvorsitzender der von den I.G. Farben beherrschten "Donau-Chemie AG" und Kuratoriumsmitglied des "Mitteleuropäischen Wirtschaftstages". (Vgl. Stegmann, Dirk, "Mitteleuropa" 1925-1934. Zum Problem der Kontinuität deutscher Außenhandelspolitik von Stresemann bis Hitler, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System, herausgegeben von Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/ Peter Christian Witt, Bonn 1978, S. 211.; Jäckh, Ernst, Weltsaat. Erlebtes und Erstrebtes, Stuttgart 1960, S. 98; Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 145).

Naumann davon aus, daß "die technische und wirtschaftliche Kultur" der Tschechen, Ungarn und Jugoslawen nur "in dauerndem Austausch mit deutschen Leben" existieren könne und daß diese "Naturverhältnisse" eines Tages ganz von selbst wieder an die Oberfläche treten würden.⁵²

In der Schrift "Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt", die der Bremer Wissenschaftler Schüßler 1919 veröffentlichte, hieß im selben Ton der Überzeugung:

"was auch die düstere Zukunft uns bringen mag; eines ist sicher: die innerliche Verbindung der Länder zwischen der Nordsee, der Ostsee, dem Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meere ist eine gegebene Tatsache, mit der sich alle diese vielen hier wohnenden Völker so oder so auseinandersetzen müssen. Daß bei der künftig unausbleiblichen Neuorganisation dieses weitesten `Mitteleuropa` dem deutschen Volke, wie bisher schon, eine hervorragende Rolle zufallen wird, - diesen Glauben entnehmen wir der Geschichte und der Überzeugung von dem unersetzlichen Wert und der Ewigkeit unseres Volkes!"⁵³

Damit argumentierten sowohl Naumann als auch Schüßler zur Begründung einer deutschen Führungsrolle in Ost- und Südosteuropa biologistisch und geopolitisch.

Die führenden Vertreter des "Mitteleuropa"-Projekts der Kriegszeit behielten in der Weimarer Republik ihren Einfluß. Naumann wurde zum Kopf der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und spielte bis zu seinem Tod 1919 eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Weimarer Verfassung. Sein hohes Ansehen als "demokratischer Führer" verlieh dem von ihm vertretenen Sozialimperialismus einen Heiligenschein von Liberalismus und Demokratie.⁵⁴ Rohrbach setzte auf die deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa als Instrument zur Durchsetzung revisionistischer Ziele und forderte in Publikationen darüber hinaus eine Wiederbelebung des deutschen Kolonialreichs der Vorkriegszeit.⁵⁵ Der Ge-

⁵² Vgl. Naumann, Vorläufiger Abschied, a. a. O., S. 976. Vgl. auch Redaktion und Verlag "Südost", An unsere Leser!, in: Südost-Balkanrevue, V. Jg., Heft 9/10, Januar 1919; ebenda, Schwelm, G., Deutsche und Slawen, S. 743.; Rohrbach, Paul, Deutschlands Ostlage im zukünftigen Europa, in: Gerechtigkeit. Monatshefte für Auswärtige Politik, Jg. 1, Heft 1 (Januar 1919).

⁵³ Schüßler, Wilhelm, Mitteleuropas Untergang und Wiedergeburt, Stuttgart/Berlin 1919, S. 34.

⁵⁴ Vgl. Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 182.

⁵⁵ Rohrbachs Hauptwerk "Der deutsche Gedanke in der Welt", das erstmals 1912 erschien, erfuhr in der Weimarer Republik in überarbeiteter Form ständig Neuauflagen. Rohrbach gab in dieser Pe-

schäftsführer des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa", Schotte, gab ab 1919 die Zeitschrift "Gerechtigkeit. Monatshefte für auswärtige Politik" und die Flugschriftenreihe "Großdeutschland" heraus. 1920 übernahm er außerdem die Leitung der einflußreichen "Preußischen Jahrbücher".⁵⁶ Der bekannteste deutsche "Orientalist", Ernst Jäckh, setzte seine Karriere als inoffizieller deutscher Diplomat fort.⁵⁷ Im Mittelpunkt seiner Arbeit stand jedoch in den zwanziger Jahren die Tätigkeit als Leiter der "Deutschen Hochschule für Politik" in Berlin, die Jäckh am 24. Oktober 1920 mitbegründete.⁵⁸ Zum Kuratorium der Hochschule gehörten u. a. der Historiker Meinecke und die Politiker Luther und Konrad Adenauer. Als ersten Studienleiter berief Jäckh Theodor Heuss, als Lehrenden u. a. von Schulze-Gaevernitz⁵⁹ und Adolf Grabowsky⁶⁰, der 1924 das neuingerichtete "geopolitische" Seminar übernahm. Die Hochschule trug entscheidend zur Konzipierung und

riode auch die gleichnamige Zeitschrift "Der deutsche Gedanke. Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslandsdeutschtum" heraus. Er war einer der fanatischsten Kämpfer wider die "Kriegsschuldflüge". (Vgl. Rohrbach, Paul, Die Brandstifter der Entente, Berlin 1919; ders., Deutschland in Not! Die Schicksale der Deutschen in Europa außerhalb des Reiches, Berlin/Leipzig 1926; ders., Das Deutschland über See, Karlsruhe 1931, ders., Deutschlands koloniale Forderung, Hamburg 1935; Petzold, Joachim. Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, 2. überarb. Auflage, Köln 1983, S. 39 u. 202; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 295.; Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 22).

⁵⁶ Vgl. Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 475f. u. 485.

⁵⁷ Jäckh war Mitglied der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles und begleitete 1922 Außenminister Rathenau auf die Konferenz von Genua sowie Außenminister Stresemann 1925/26 auf die Konferenzen von Locarno und Genf. (Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 145 u. 150; Jäckh, Weltsaat, a. a. O., S. 54ff.).

⁵⁸ Die Deutsche Hochschule für Politik wurde nach 1945 zum Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 413).

⁵⁹ Siehe zu Schulze-Gaevernitz in dieser Arbeit S. 295 u. 322f.

⁶⁰ Siehe zu Grabowsky in dieser Arbeit S. 265.

Adolf Grabowsky war wichtigster publizistischer Vertreter der Freikonservativen und während des Ersten Weltkrieges Herausgeber der Zeitschrift "Das neue Deutschland", mit dem Untertitel "Wochenschrift für konservativen Fortschritt". Nach dem Krieg gab er die "Zeitschrift für Politik" heraus. (Vgl. Fricke, Dieter, Zur Gründung der Zeitschrift "Das neue Deutschland" im Jahre 1912, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 28. Jg., 1980, H. 1, S. 52-59; Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 188 u. 210; Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 275, FN 1; ders., der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 142).

Ausformung der Außenpolitik der Weimarer Regierungen bei. Gleichzeitig betonte die Leitung stets die Unabhängigkeit der Hochschule. Ihre finanziellen Mittel erhielt sie vor allem vom Industriellen Robert Bosch. Der Hochschule wurde in der Weimarer Republik die Schulung der jungen Mitglieder des Auswärtigen Amtes anvertraut.⁶¹ Sie übernahm die Aufgabe der Ausbildung und Formung einer Elite für Wirtschaft und Regierungspolitik. Eine zweite Fraktion unter den Vertretern deutscher Ost- und Südosteuropaexpansion bildeten nach dem Ersten Weltkrieg die sogenannten Jungkonservativen oder konservativen Revolutionäre. Sie gingen aus der Ende 1918 gebildeten "Vereinigung für nationale und soziale Solidarität" hervor, die sich nach der am 28. Juni 1919 erfolgten Unterschrift der deutschen Delegation unter den Versailler Vertrag in demonstrativer Opposition "Juni-Club" nannte. Prominente Mitglieder dieser Fraktion waren die Deutschtumfunktionäre Hermann Ullmann, Karl Christian von Loesch und Max Hildebert Boehm sowie der spätere Kanzler Heinrich Brüning und der Nationalsozialist Otto Strasser. Zum ideologischen Kopf dieses Kreises wurde Moeller van den Bruck (1876-1925), der während des Ersten Weltkrieges neben Rohrbach in der "Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung" tätig gewesen war. Im Auftrag der Obersten Heeresleitung hatte er im letzten Kriegsjahr ein Memorandum verfaßt, in dem er einen angeblich moralischen Anspruch Deutschlands auf Landgewinn erhob. Angesichts des militärischen und politischen Zusammenbruchs konnte diese Denkschrift nicht mehr in der gewünschten Form verwendet werden. Sie erschien jedoch noch im November 1918 in der "Deutschen Rundschau". Der Artikel wurde im Auswärtigen Amt so beifällig aufgenommen, daß Moeller van den Bruck ihn mit staatlicher Unterstützung während der Novemberrevolution zu einem Buch unter dem Titel "Das Recht der jungen Völker" erweitern konnte. Als "jung" bezeichnete Moeller van den Bruck das "preußische Element" im deutschen Volk. Mit der angeblichen Jugend und dem deutschen Bevölkerungszuwachs begründete er den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus, der sich vornehmlich nach Osten zu wenden habe. Als Endziel propagierte er ein "mitteleuropäisches Reich", das er in erster Linie völkisch-biologistisch mit der angebli-

⁶¹ Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 63, 141f. u. 151; ders., Europastrategien..., a. a. O., S. 275, FN 1, Jäckh, Weltsaat, a. a. O., S. 88.

chen Notwendigkeit einer "Deckungsgleichheit" von deutschem "Volks- und Staatsraum" begründete. Das zweite Hauptwerk Moeller van den Brucks erschien 1923 unter dem Titel "Das dritte Reich". Die Schrift bildete eine theoretische Brücke vom Konservativismus zum Faschismus.⁶²

Anknüpfend an die Theorien Moeller van den Brucks veröffentlichte ein weiteres Mitglied des "Juni-Clubs", der Deutschbalte Max Hildebert Boehm⁶³, 1923 die Schrift "Europa irredenta". Darin entwickelte er eine vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" ausgehende Strategie zur Unterminierung der Versailler Friedensordnung. Danach sollte sich Deutschland im Kampf für "Mitteleuropa" und gegen die Nachkriegsordnung als eine um das Recht auf die Deckungsgleichheit von Volks- und Staatsgrenze gebrachte Nation⁶⁴ zum Sprecher aller Volksminderheiten gegen das "Versailler Teilungsdiktat" erklären, um in internationalen Verhandlungen nicht im Namen eigenen Interesses, sondern namens der Idee des völkischen Selbstbestimmungsrechts auftreten zu können. Boehm sprach von einer "Sendung Mitteleuropas" zwischen Ost und West.⁶⁵ Dabei habe "Deutschtums" einen geschichtlich erworbenen Anspruch, seinen kulturellen Einfluß auf das "Randgebiet" im Osten und Südosten auszudehnen.⁶⁶ Boehm ging davon aus, daß die "eigent-

⁶² Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S.101 u. 106ff.; Opitz, Reinhard, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, in: Marxistische Blätter, 5/1986, S. 23f.; Moeller van den Bruck, Artur, Das Recht der jungen Völker, München 1919, ders., Das dritte Reich, Berlin 1923.

Moeller van den Brucks Schrift "Das Dritte Reich" wurde während der Weltwirtschaftskrise mit der 3. Auflage 1931 ein Bucherfolg. (Vgl. Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege aus der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des `Tat`-Kreises, Frankfurt/M. 1976, S. 341.

⁶³ Siehe zu Boehm in dieser Arbeit S. 308 u. 332.

Max Hildebert Boehm leitete in den zwanziger Jahren das Deutschtumseminar der Deutschen Hochschule für Politik, die Arbeitsstelle für Nationalitätenfragen beim Politischen Kolleg und das Institut für Grenz- und Auslandsstudien. Im Nationalsozialismus wurde er auf eine Professur nach Jena berufen. In der Bundesrepublik gründete er 1951 in Lüneburg die völkisch-revisionistische "Ostdeutsche Akademie", die er bis zu seinem Tod 1964 leitete. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 358ff.).

⁶⁴ Boehm berief sich hier auf den "Vater der deutschen Geopolitik" Friedrich Ratzel. (Vgl. Boehm, Europa irredenta, a. a. O., S. 310).

⁶⁵ Vgl. Boehm, Europa irredenta, a. a. O., S. 4f.; Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 24.

⁶⁶ Vgl. Boehm, Europa irredenta, S. 33.f.

liche Bewährungsprobe" der nach 1918 geschaffenen neuen Staaten Ost- und Südosteuropas in künftigen Kriegen noch bevorstehe. Nach dem von ihm ersehnten "Sturz der französischen Kontinentalherrschaft" strebte Boehm eine "raumpolitisch gesunde Neugliederung" Europas nach dem Prinzip der Blockbildung an, in denen sich kleinere Nationalitäten bei Beibehaltung ihrer "völkischen Eigenart und Selbstverwaltung" in die "Gefolgschaft des größeren Nachbarn" zu begeben hätten.⁶⁷ Anknüpfend an den traditionellen deutschen Führungsanspruch in Ost- und Südosteuropa und völkische, gegen die republikanische Staatsauffassung gerichtete, Ideologeme formulierte Boehm damit Grundsätze der späteren nationalsozialistischen Großraumpolitik und ihren völkischen Grenzbeziehungen.

Ebenso wie die nationalliberalen "Mitteleuropa"-Vertreter schufen sich die Jungkonservativen des "Juni-Clubs" Anfang der zwanziger Jahre eine wissenschaftliche Einrichtung. Unter der Leitung des Kölner Universitätsprofessors für neuere Geschichte, Martin Spahn, eröffnete der "Juni-Club" am 1. November 1920 ein "Politisches Kolleg für nationalpolitische Schulungs- und Bildungsarbeit". Die finanziellen Mittel stellte im wesentlichen Maße der Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes und frühere Krupp-Direktor Hugenberg zur Verfügung. Dozenten und Mitarbeiter des "Politischen Kollegs" wurden u. a. Moeller van den Bruck, Ullmann⁶⁸, Boehm und Brüning. Viele Studenten des "Politischen Kollegs" übernahmen im Nationalsozialismus einflußreiche Positionen.⁶⁹

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 305, 312 u. 315f. Die Argumentation Boehms wurde 1931 in den Büchern "Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft" und "Das Ende des Kapitalismus" der Jungkonservativen Wirsing und Fried (Pseudonym für Zimmermann) wieder aufgenommen und weiter zugespitzt. (Siehe in dieser Arbeit S. 406f. u. 411.)

⁶⁸ Siehe zu Ullmann in dieser Arbeit S. 279 u. 347.

⁶⁹ Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 126ff.

Absolventen des "Politischen Kollegs" waren u. a. Werner Best und Theodor Oberländer. Best wurde im Nationalsozialismus SS-Obersturmführer und Gestapo- und SS-Chef in Frankreich und Dänemark. Oberländer leitete ab 1933 als Direktor das Institut für osteuropäische Wirtschaft in Königsberg. Im Zweiten Weltkrieg wurde er Offizier des Militärischen Nachrichtendienstes in Krakau und Befehlshaber des Bataillons "Nachtigall", das in Osteuropa zahlreiche Pogrome verübte. Im Nachkriegsdeutschland übernahm er in der Regierung Adenauers einige Jahre das Amt des Vertriebenenministers. (Vgl. Heim, Susanne/Aly, Götz, Vordenker der Vernich-

Das "Politische Kolleg" der Jungkonservativen und die "Deutsche Hochschule für Politik" der Nationalliberalen standen anfangs in Konkurrenz zueinander. Im November 1922 erfolgte die Umbenennung des Kollegs in "Hochschule für nationale Politik", um damit sowohl die angestrebte Gleichberechtigung als auch das angebliche Unterscheidungsmerkmal zur "Hochschule für Politik" zu demonstrieren. Im Verlauf der zwanziger Jahre kam es jedoch zu einer immer intensiveren Kooperation der beiden Einrichtungen. Der Geschäftsführer des "Arbeitsausschusses für Mitteleuropa" Schotte übernahm neben Moeller van den Bruck eine Tätigkeit in der "Arbeitsstelle für Außenpolitik" des "Politischen Kollegs". Der Jungkonservative Boehm leitete währenddessen sowohl die "Arbeitsstelle für Nationalitätenprobleme" beim "Politischen Kolleg" als auch das "Deutschtumseminar" der "Deutschen Hochschule für Politik". Auch Spahn und Loesch dozierten dort ab Mitte der zwanziger Jahre. Im Oktober 1927 war die Zusammenarbeit so weit fortgeschritten, daß es zur Eingliederung des "Politischen Kollegs" in die Deutsche Hochschule für Politik in Form einer "Arbeitsgemeinschaft" kam.⁷⁰

Innerhalb des "Politischen Kollegs" gaben die Jungkonservativen der Propaganda für "Mitteleuropa" einen besonders Stellenwert. Auf Initiative von Industriellen⁷¹ wurde 1926 bei der wirtschaftspolitischen Arbeitsstelle des "Politischen Kollegs" eine "Beobachtungsstelle" eingerichtet, deren Aufgabe darin bestehen sollte

"dem Gedanken der mitteleuropäischen Annäherung innerhalb und außerhalb des Reichs in einer vorsichtigen, aber bestimmten Weise Anerkennung zu verschaffen, um dadurch (...) dem Einfluß des deutschen Volkes in den mitteleuropäischen Außengebieten kulturpropagandistisch den Boden zu bereiten."⁷²

tung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 92, 218 u. 447).

⁷⁰ Die "Arbeitsgemeinschaft" wurde bis 1930 aufrechterhalten. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S.128, 134, 210ff. u. 359).

⁷¹ U. a. Wilhelm Cuno von der HAPAG und Max Schlenker vom Düsseldorfer Stahlhof.

⁷² zit. nach Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 212.

Die Aufgabenstellung verdeutlicht das Festhalten am alten "Mitteleuropa"-Projekt auch in der Phase der eingeschränkten Handlungsfähigkeit der deutschen Politik in den zwanziger Jahren. Die "Beobachtungsstelle" sollte darüber hinaus dazu beitragen, planvoll

"nachbarvölkische Studenten im Reich mit deutschen Wirtschaftskreisen zwecks Heranbildung einer der deutschen Wirtschaft zugeneigten Führungsschicht in den Außengebieten zusammenzuführen".⁷³

Nicht zuletzt wurde die "allerengste Zusammenarbeit" mit dem Reichsverband der deutschen Industrie angestrebt.⁷⁴

Neben der wissenschaftlichen Ebene wurden die in Deutschland gehegten Ambitionen einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Expansion nach Ost- und Südosteuropa in der Weimarer Republik auch in der Publizistik aufrechterhalten. Zu einem führenden Organ entwickelte sich dabei die Monatszeitschrift "Volk und Reich".⁷⁵ Sie war ein gemeinsames Projekt der pangermanistischen Organisationen "Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit", "Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum"⁷⁶ und dem "Institut für Grenz- und Auslandsstudien"⁷⁷. Als Herausgeber fungierte der Vorsitzende der "Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit" Friedrich Heiß. Zu seinen engsten Redaktionsmitarbeitern gehörten der Geopolitiker Karl Haushofer sowie die Deutschtumspolitiker, Mitglieder des "Juni-Clubs" und Lehrenden des "Politischen Kollegs" Boehm, Loesch und Spahn. Als ihre langfristige Aufgabe bezeichnete die Redaktion in ihren "Worten zum Anfang": "Die Gestaltung des von Großdeutschland bestimmten mitteleuropäischen Raumes". Bei "dieser Arbeit" wollte sie sich von Friedrich List

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Vgl. ebenda.

⁷⁵ Als weitere Presseorgane sind in diesem Zusammenhang zu nennen: "Der deutsche Gedanke" von Rohrbach, die "Preußischen Jahrbücher" und die "Gerechtigkeit", beide herausgegeben von Schotte, das "Deutsche Volkstum", herausgegeben von Wilhelm Stapel, die "Deutsche Rundschau" unter der Leitung Rudolf Pechels, die "Deutsche Arbeit" des Jungkonservativen und Sudetendeutschen Hermann Ullmann und der "Grenzbote", den Max Hildebert Boehm gemeinsam mit dem Historiker Fritz Kern redigierte. (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 124).

⁷⁶ Leiter Karl Christian von Loesch

⁷⁷ Leiter Max Hildebert Boehm

leiten lassen.⁷⁸ Als ersten Beitrag veröffentlichte die Redaktion einen Aufsatz von Spahn mit dem programmatischen Titel "Mitteleuropa". Darin wurde die zukünftige Beherrschung "Mitteleuropas" zur deutschen Schicksalsfrage erhoben:

"Kann Mitteleuropa von den Franzosen gegen uns gestaltet werden, so wird damit unserer geschichtlichen Geltung ein Ende bereitet. Denn wir verlieren den Raum, in dem wir uns von Natur betätigen müssen. Gestalten wir dagegen Mitteleuropa, so werden wir dadurch aufs neue zum Führervolke Europas werden (...). Die Ueberzeugung, der Glaube muß über uns kommen, daß auch unserem Volk eine Sendung beschieden wurde! Die Sendung heißt: Mittel-Europa!"⁷⁹

Hier zeigt sich ein weiteres Mal eine Verklärung deutscher Ost- und Südosteuropaexpansion zu einer quasi religiösen, mystischen und schicksalhaften Mission. Diese Vorstellung, die seit den Tagen der Paulskirchenversammlung in deutschen Publikationen tradiert wurde, wirkte über die Zeit der Weimarer Republik bis in die Periode des Nationalsozialismus fort.

Die Zeitschrift "Volk und Reich" trug bis 1944 zur öffentlichen Vermittlung der ideologischen Legitimationsmuster für eine deutsche Hegemonie in Ost- und Südosteuropa bei.

Eine mehrfach den "Volk- und Reich"-Heften beigelegte Kartenskizze gruppierte die angebliche "Schicksalsgemeinschaft Mitteleuropa" um den schwarzen Kern Deutschland in mehreren abgestuften Schraffierungszonen, die als deutsche "Ergänzungs"- und "Strahlungs"-Gebiete galten. Die drei südosteuropäischen Donaustaaten Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien fielen, wie sichtbar wird in die zweite bzw. dritte "Ergänzungszone":

⁷⁸ Heiß Friedrich, Um Volk und Reich. Worte zum Anfang, in: Volk und Reich. Politische Monatshefte für das junge Deutschland, Berlin, Nr. 1, April/Mai 1925, S. 52 und Editorial.

⁷⁹ Spahn, Martin, Mitteleuropa, in: Volk und Reich, Nr. 1, April/Mai 1925, S. 38.



80

Die Zeitschrift "Volk und Reich" bildete nicht zuletzt ein wichtiges Sprachrohr für eine revisionistische "Deutschtums"-Politik, die in den zwanziger Jahren zur Aufrechterhaltung deutscher Ansprüche in Ost- und Südosteuropa mit Unterstützung von Regierung und Industrie forciert wurde.

6.1.4 Die Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten für die deutsche Ost- und Südosteuropapolitik

Angesichts der neuen Grenzziehungen und der politischen und wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands durch die Friedensverträge erhielt die Bezugnahme auf das "Schicksal" deutscher Minderheiten in Ost- und Südosteuropa in der Weimarer Republik eine wichtige Funktion zur Durchsetzung revisionistischer Ziele. Mit Hilfe des "Auslandsdeutschtums" sollte der Wiedergewinnung politischer und ökonomischer Hegemonie vorgearbeitet werden. Wie Pilze schossen seit 1918/19 Organisationen aus dem Boden, die

⁸⁰ aus Volk und Reich, 4. Jg., Heft 2, Feb./März 1928, S. 97.

sich einen Schutz des "Deutschtum im Ausland" vor dem angeblichen Untergang zur Aufgabe stellten. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums entstanden über tausend neue Vereine, "wissenschaftliche Einrichtungen" und Arbeitsgemeinschaften für die "Deutschtumsarbeit" im In- und Ausland. In Berlin bildete sich der "Deutsche Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche" und eröffnete das "Institut für Grenz- und Auslandsstudien". In München fand 1925 die Gründung der "Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums" (Deutsche Akademie)⁸¹ statt, die zur Keimzelle des Ende der zwanziger Jahre eingerichteten und bis heute bestehenden Südost-Instituts wurde, dem Zentrum der deutschen Südosteuropa-Forschung in der Bundesrepublik. Das wesentliche Tätigkeitsfeld der Akademie bildete anfangs die Sprachlehrtätigkeit für die deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa. Referent und Generalsekretär der Deutschen Akademie wurde mit Franz Thierfelder⁸² einer der führenden "Südosteuropa-Experten" der folgenden Jahrzehnte. Neben den neuen Einrichtungen und Gruppierungen des "Grenz- und Auslandsdeutschtums" blieben in der Weimarer Republik auch ältere Organisationen weiter tätig. Zu ihnen zählten der bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründete "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) und der Alldeutsche Verband. Als Koordinations- und gemeinsame Vertretungszentren schufen sich die Deutschtums-Organisationen im Mai 1919 den "Deutschen Schutzbund" und im März 1922 der Zweckverband der freien Deutschtums-

⁸¹ Als Nachfolgeorganisation der Deutschen Akademie wurde 1952 von der deutschen Regierung das "Goethe-Institut e. V." geschaffen. (Vgl. Siebert, Erich, Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus nach Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn in den Jahren 1938-1944, Diss., Berlin (DDR) 1971, S. 335).

⁸² Thierfelder wirkte von 1926 bis 1937 als Referent bzw. Generalsekretär der Deutschen Akademie. Nach taktischen Differenzen verließ er die Akademie und betätigte sich zwischen 1937 und 1945 mit Unterstützung nationalsozialistischer Behörden in erster Linie als Publizist in südosteuropäischen Fragen. Im Sommer 1945 erklärte er sich unter Berufung auf sein Ausscheiden von 1937 eigenmächtig zum kommissarischen Generalsekretär der Deutschen Akademie. Deren Wiedereröffnung wurde ihm jedoch von amerikanischen Behörden untersagt. 1945/46 wurde er Syndikus der Universität München und der Bayrischen Akademie der Wissenschaften und 1948-1950 Referent im Hessischen Kultusministerium. Von 1951 bis 1960 konnte er schließlich den Posten des Generalsekretärs des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart übernehmen. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 29).

verbände. All diese Einrichtungen verfolgten das Ziel, eine Assimilierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa zu verhindern. Sie vermittelten den deutschen Minderheiten immer wieder die Überzeugung, als "Herrenmenschen" kulturell höher zu stehen als die übrige Bevölkerung des jeweiligen Landes. Gleichzeitig propagierten die Vereine die alte Zielsetzung einer organisierten und forcierten deutschen Besiedlung und Kolonisation Ost- und Südosteuropas.⁸³ In diesem Kontext kam es in den zwanziger Jahren zu einer breiten Rezeption der Schriften Paul de Lagardes.⁸⁴ Zeitschriften wie "Deutsches Volkstum", "Deutsche Arbeit" und "Die Grenzboten" versuchten die "Auslandsdeutschen" für eine revisionistische Politik zu gewinnen und zu funktionalisieren. Auch die Zeitschrift "Die Hilfe" des Naumann-Kreises berichtete kontinuierlich über das "Schicksal" der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen.⁸⁵ Für die Zukunft wurde oftmals ein staatlicher Anschluß all jener Länder an ein großdeutsches Reich gefordert, in denen Deutsche einen mehr oder weniger großen Bevölkerungsanteil stellten.⁸⁶ In den südosteuropäischen Ländern lebten vor allem in Rumänien (1930 = 740.000 Personen) und Jugoslawien (1931 = 499.000 Personen) größere deutsche Minderheiten, während dies in Bulgarien (1934 = 4171 Personen) nicht der Fall war.⁸⁷ Nicht nur rechtskonservative, pangermanistische Gruppen entdeckten in den zwanziger Jahren die mögliche Instrumentalisierung der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa unter Berufung auf ein "völkisches Selbstbestimmungsrecht" für die Durchsetzung revisionistischer Ziele. Auch die Regierungen der Weimarer Republik übernahmen diese Strategie. Da sie sich in der "Deutschtumsarbeit" nicht ohne negative außenpolitische Rückwirkungen öffentlich exponieren konnten, ent-

⁸³ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 54ff. u. 93.

⁸⁴ Siehe dazu in dieser Arbeit Kapitel 3.1.2.

Vgl. Schemann, Ludwig, Paul de Lagarde. Ein Lebens- und Erinnerungsbild, Leipzig 1920; Conrad, O., Ein Prophet deutscher Bildung und deutschen Volkstums, Langensalza 1928; Breitling, R., Paul de Lagarde und der großdeutsche Gedanke, Wien 1927, u. a.

⁸⁵ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 298.

⁸⁶ Vgl. Petzold, Joachim, Zur Kontinuität des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, a. a. O., S. 175f.

⁸⁷ Vgl. Teichova, a. a. O., S. 34; Hoppe, Hans-Joachim, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979, S. 13.

stand im September 1920 mit Zustimmung aller Parteien die "Deutsche Stiftung" als getarntes Organ der Reichsregierung zur Unterstützung der deutschen Minderheiten und zur Koordinierung der Arbeit der "Deutschtumsverbände".⁸⁸

In internen Dokumenten gab Außenminister Stresemann, die Ziele dieser Politik vor. So bemerkte er etwa 1925 in einer Denkschrift, es liege auf der Hand, welchen Wert die Erhaltung der deutschen Minderheiten und ihrer Gesinnung für das Reich haben müsse. Politisch seien sie berufen, die Politik der ost- und südosteuropäischen Staaten in einem für das Deutsche Reich günstigen Sinn zu beeinflussen, kulturell würden sie für die Ausbreitung und das Verständnis deutscher Kultur und deutscher Weltanschauung dienen und wirtschaftlich könnten sie als "wertvolle Stützpunkte für die Propaganda der deutschen Wirtschaft im Auslande" fungieren.

Die deutschen Minderheiten seien für das Reich auch bedeutsam, da ihre geographische Lage

"an der baltischen Küste und im Donaubecken - zusammenfällt mit den Gebieten Europas, in denen sich Lebensfragen deutscher Politik und Wirtschaft entscheiden müssen. (...) Die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenze alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen, ist das ferne Ziel deutschen Hoffens, die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbarsten Grenzbestimmungen der Friedensdiktate (...) das nächstliegende Ziel der deutschen Außenpolitik."⁸⁹

Damit zeigte sich Stresemann, der international als "Vater" der deutsch-französischen Verständigung galt⁹⁰, intern als Verfechter eines "Mitteleuropas" unter deutscher Führung und sogar als Vertreter des Gedanken eines deutschen "Lebensraumes" vom Baltikum bis zu den südosteuropäischen Donaustaaten. Auf internationaler Ebene weigerte sich die deutsche Regierung in der Zeit Strese-

⁸⁸ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 96; Seckendorf, Südosteuropakonzep-tionen..., a. a. O., S. 56.

⁸⁹ Stresemann, Gustav, Denkschrift "Die außenpolitische Notwendigkeit einer den Bedürfnissen der deutschen Minderheiten in Europa entsprechenden Regelung des Minderheitenrechts innerhalb des Reiches", 13. Januar 1925, nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 501f.

⁹⁰ Stresemann erhielt für die "Verständigungspolitik" 1926 gemeinsam mit dem französischen Außenminister Briand den Friedensnobelpreis.

manns, die Unverletzlichkeit der in den Pariser Friedensverträgen bestimmten Grenzen Ost- und Südosteuropas dauerhaft zu garantieren, während sie dies bezüglich der Westgrenzen 1925 im Vertrag von Locarno zusicherte. Stresemann gab in engstem Kreise das Ziel aus, daß in einem zukünftigen deutschen Staat in "Mitteleuropa" "neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationalitäten unter deutsche Staatshoheit" gestellt würden. Dies deutet darauf hin, daß sich der von ihm angestrebte großdeutsche Staat nicht auf den "Anschluß" Österreichs beschränkt hätte.⁹¹

1926 stellte die deutsche Regierung unter Veranlassung von Stresemann in einem geheimen Vorgang 30 Millionen Reichsmark für "die Gewährung von Krediten an das bodenständige Deutschtum im europäischen Ausland" bereit.⁹²

Im Mai 1926 wurde im Zuge der Intensivierung der Minderheitenpolitik durch Stresemann die Ossa Vermittlungs- und Handelsgesellschaft m. b. H. gegründet. Ihre Aufgabe bestand darin, die wirtschaftliche Basis des Deutschtums zu stärken. Die Ossa vergab Kredite an Banken und Genossenschaften der deutschen Minderheiten im Ausland. Um die Geschäftsbeziehungen zu Südosteuropa zu verstärken, erwarb sie 1929 das Kapital der Österreichischen Kommunalbank in Wien. Die Ossa war, wie die Deutsche Stiftung, eine Hilfskonstruktion des Auswärtigen Amtes, die in Form eines privatwirtschaftlichen Bankunternehmers auftrat.⁹³ Große finanzielle Mittel erhielten die Deutschtumsverbände auch aus den Kreisen der Industrie. Zu denen, die Millionenbeträge stifteten, gehörten Hugo Stinnes, Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken, Paul Reusch, Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte und Carl Duisberg, Vorstandschef des 1925 zusammengeschlossenen I.G. Farben-Konzerns.⁹⁴

Am 14.- 17.März 1928 erfolgte auf der sogenannten "Berliner Schlußbesprechung" des Deutschen Schutzbund für das Grenz- und

⁹¹ Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, a. a. O., S. 861f. ders., Hitler war kein Betriebsunfall, München 1992, S. 15.

⁹² Vgl. Geheime Denkschrift Gustav Stresemanns betreffend die Bereitstellung von 30 Millionen Reichsmark an das bodenständige Deutschtum im europäischen Ausland, Berlin, 23. März 1926, nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 511f.

⁹³ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 97.

⁹⁴ Vgl. Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, a. a. O., S. 176.

Auslandsdeutschtum eine Planung und Koordinierung der zu forcierenden "Deutschtumsarbeit" in Ost- und Südosteuropa. Neben Mitgliedern der Regierung und der "Deutschtumsverbände" waren einzelne Großindustrielle sowie Vertreter des schwerindustriellen Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (genannt: Langnamverein)⁹⁵, des Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), des Reichsverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände sowie der Spitzenorganisationen der Landwirtschaft anwesend. Die Anwesenheit und Mitbestimmung dieser Verbände unterstreicht den Einfluß der Wirtschaft auf die Gestaltung der offiziellen und inoffiziellen Politik des Deutschen Reiches in der Weimarer Republik. Die Tagung verabschiedete eine "Deutsche" und eine "Europäische Zielsetzung". Letztere ist im Kontext deutscher Südosteuropapläne von Bedeutung.

Als langfristiges Ziel wurde darin eine "Neuordnung Europas" angestrebt. Als erster Schritt sei der Anschluß Österreichs an Deutschland und der politische Zusammenschluß der "Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas" unter deutscher Führung zu vollziehen.⁹⁶ Weiter hieß es:

- "1.) Ein russisches Vordringen nach Mitteleuropa liegt nicht im Interesse der deutschen Gesamtpolitik (...)
- 2.) Alle, gleichviel aus welchen Lagern auftauchenden Vorschläge für die Neuordnung Ost- und Südosteuropas oder Europas überhaupt, sind durch die deutsche Führung in allen Staaten sorgsam zu beachten und darauf zu prüfen, wieweit sie dieser Fassung eines deutschen Planes entgegenstehen oder sie zu fördern geeignet sind. (...)

Wirtschaftspolitische Aufgaben (...)

- 1.) Es sind alle Bestrebungen zu fördern, welche den engen wirtschaftlichen Zusammenschluss der mitteleuropäischen Staaten unter Einschliessung des gesamten Siedlungsgebietes der Deutschen von Nord- und Ostsee bis zum Adriatischen und Schwarzen Meer erstreben. (...)
- Dagegen sind alle unter Ausschluss des Deutschen Reichs wirtschaftlich auftretenden Pläne (z. B. Donaukonföderation, tschechische "Mitteleuropa"-

⁹⁵ Der bereits 1871 gegründete Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen vertrat in erster Linie die Interessen der Montan- und Schwerindustrie. Er nahm im Centralverband deutscher Industrieller eine dominierende Stellung ein. (Vgl. Frommelt, a. a. O., S. 103f.).

⁹⁶ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 91.

Pläne) grundsätzlich zu bekämpfen."⁹⁷

In diesen Zeilen wird deutlich, daß maßgebliche Kreise in Deutschland ihre gegen die Sowjetunion gerichtete antibolschewistische bzw. antikommunistische Haltung weiterhin mit der bereits in den Jahrzehnten vor 1918 populären Zielsetzung verbanden, den russischen Einfluß in Ost- und Südosteuropa zurückzudrängen. Darüber hinaus weist die "Europäische Zielsetzung" des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum auf eine von pangermanistischen Verbänden vorgenommene Verknüpfung von ökonomischen und annexionistischen Forderungen hin. Die Realisierung des wirtschaftlich ausgerichteten "Mitteleuropa"-Projekts stand für sie im Zusammenhang mit der Zielsetzung, Ost- und Südosteuropa verstärkt als deutsches Siedlungs- und Kolonisationsgebiet zu nutzen.

Um diese Ziele noch effektiver verfolgen zu können, wurde am 10. April 1929 das "Gesamtdeutsche Gremium" gebildet. Dort versammelten sich regelmäßig die Parlamentsabgeordneten der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa, um ihre Tätigkeit auf der Grundlage der "Berliner Schlußbesprechung" zu koordinieren.⁹⁸ An dem in der Weimarer Republik geschaffenen weitverzweigten, aber zentral koordinierten Netz von Organisationen des "Grenz- und Auslandsdeutschtums", das zur Propagierung und Durchsetzung deutscher Interessen in Ost- und Südosteuropa diente, konnte der Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren nahtlos anknüpfen.

6.1.5 Die deutsche Blockade einer Donauföderation und der Mitteleuropäische Wirtschaftstag

Um die langfristige Durchsetzung eines "Mitteleuropas" unter deutscher Führung nicht zu gefährden, entwickelte sich die in der "Europäischen Zielsetzung" der "Berliner Schlußbesprechung" enthaltene Forderung, jegliche

⁹⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Deutsche Stiftung 1143, Bl. 247ff. Die auf der Berliner Schlußbesprechung des Deutschen Schutzbundes beschlossene "Europäische Zielsetzung" und "Deutsche Zielsetzung", 17. März 1928.

⁹⁸ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 118.

"Mitteleuropa"- bzw. "Donaukonföderations"-Pläne zu blockieren, an denen Deutschland nicht beteiligt werden sollte, in den zwanziger Jahren zu einer wesentlichen Strategie deutscher Ost- und Südosteuropapolitik. Bereits 1919 wandte sich der Publizist und Wirtschaftswissenschaftler Gustav Stolper⁹⁹ aus dem Kreis um Naumann in einer Flugschrift gegen Donauföderationspläne, die von französischen sowie ost- und südosteuropäischen Politikern vertreten wurden, und setzte ihnen das Ziel eines "Großdeutschland" entgegen. In diesem "Großdeutschland" sollte Wien zur Vertretung der gesamten deutschen Industrie, zum "Exponenten des ganzen deutschen Handels gegen Südosteuropa" und gleichzeitig zum in den Osten hineinragenden "Bollwerk deutscher Kultur" werden.¹⁰⁰

Zu den entschiedensten Verfechtern eines Wirtschaftsbündnisses der Staaten Ost- und Südosteuropas ohne deutsche Beteiligung gehörte die tschechische Regierung unter Staatspräsident Masaryk und Außenminister Benes. Sie versuchte z. B. Anfang der zwanziger Jahre mit französischer Unterstützung, Österreich für eine Zollunion oder eine Wirtschaftsgemeinschaft zu gewinnen und die Kleine Entente zu einem wirtschaftlichen Bündnis auszubauen, um Ost- und Südosteuropa auf diese Weise gegen einen möglichen neuen deutschen Drang nach Südosten abzusichern.¹⁰¹ Nachdem die deutsche Regierung von diesen Plänen erfahren hatte, instruierte sie ihre Gesandtschaft in Wien, die österreichische Regierung von einem solchen Bündnis abzuhalten. In einem Geheimen Schreiben des Auswärtigen Amtes an die Gesandtschaft hieß es dazu, eine auch nur lose wirtschaftspolitische Einigung Österreichs mit den Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches gefährde den Anschlußgedanken und

⁹⁹ Gustav Stolper, der spätere Herausgeber der Wochenschrift "Der Deutsche Volkswirt", war zu diesem Zeitpunkt Chefredakteur des "Österreichischen Volkswirt" und der wichtigste Kontaktmann Naumanns bei dessen mit dem Auswärtigen Amt abgestimmter Werbearbeit in den südosteuropäischen Ländern. Stolper gehörte der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung und der Deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft an. Zudem war er bis in die späte Weimarer Republik Reichstagsabgeordneter der 1919 von Naumann gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP). (Vgl. Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus, a. a. O., S. 136; ders., Europastrategien..., a. a. O., S. 476).

¹⁰⁰ Vgl. Stolper, Gustav, Donaukonföderation oder Grossdeutschland, (Heft 1/2 der Flugschriftenreihe "Großdeutschland", herausgegeben von Walther Schotte), Berlin 1919, S. 30ff.

¹⁰¹ Vgl. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, a. a. O., S. 66.

würde in wirtschaftspolitischer Beziehung die Stellung Deutschlands gegenüber jedem einzelnen der Nachfolgestaaten ungünstig beeinflussen.

"Es entstünde durch eine solche wirtschaftspolitische Einigung eine Art südöstliches Mitteleuropa unter Ausschluß Deutschlands, wie es nicht zuletzt der französischen Politik vorschwebt."¹⁰²

Um eine wirtschaftliche Donau-Konföderation zwischen Österreich und Staaten Ost- und Südosteuropas unter Ausschluß Deutschlands zu verhindern, drängte die deutsche Gesandtschaft in Wien in einem Antwortschreiben im November 1924 ihre Regierung, in den deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen beschleunigt größere Zugeständnisse anzukündigen. Die wechselseitige Einräumung einer wirtschaftlichen Vorzugsstellung zwischen Österreich und ost- und südosteuropäischen Staaten verstoße "erheblich gegen das deutsche Interesse". Um der Gefahr einer "antideutschen Wirtschaftsunion" entgegenzuwirken ginge es darum, "rechtzeitig diejenigen Kräfte zu stärken, die einer Einigung der Donaustaaten entgegenstreben." Je mehr Deutschland daran mitwirke, Wiens Stellung als Vermittlungsplatz für Geschäfte mit dem Südosten zu erhalten und zu stärken, um so mehr wirke es "der Gefahr einer Donau-Konföderation" mit einem möglichen Zentrum in Prag oder Budapest entgegen. Es gäbe Mittel und Wege genug, die österreichischen "Balkaninteressen mit dem reichsdeutschen Bestreben eines gesteigerten Verkehrs nach Südosten zu beiderseitigem Nutzen in Einklang zu bringen."¹⁰³

Um das hier geforderte gemeinsame Vorgehen im Südosteuropageschäft anzubahnen, wurde in Deutschland und Österreich seit 1925 der Zusammenschluß gleichgerichteter Industriezweige ins Auge gefaßt.¹⁰⁴ So übernahmen beispielsweise die Vereinigten Stahlwerke

¹⁰² Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42999, Bl. 2-7, AA. am Pfeiffer, Dt. Ges. Wien, 18. 1. 1923, Berlin, R. M. Geheim!

Eine Abschrift dieses Erlasses ging an die Botschafter in Rom und Paris sowie die Gesandten in Prag, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia.

¹⁰³ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42999, Bl. 110-112, Pfeiffer, Dt. Ges. Wien an AA., 18. 11. 1924, "Zur Frage einer wirtschaftlichen Donau-Konföderation".

¹⁰⁴ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 209.

noch in den zwanziger Jahren die Kontrolle über den größten österreichischen Stahlkonzerns, die Alpine Montan-Gesellschaft.¹⁰⁵ Auf diese Weise sollte Österreich auch von einer eigenständigen Wirtschafts- und Bündnispolitik in Südosteuropa abgehalten werden. Max Schlenker, der Geschäftsführer des Langnamvereins, dem Vertretungsorgan der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie,¹⁰⁶ bemerkte dazu:

"Wir müssen uns darüber klar sein, dass gerade vom wirtschaftlichen Standpunkt aus eine durch die Entwicklung erzwungene Anlehnung Österreichs an irgendeinen der Nachbarstaaten endgültig die Möglichkeiten deutscher Wirtschaftsentfaltung im südöstlichen Raum zerschlägt."¹⁰⁷

Die Auseinandersetzung zwischen den ost- und südosteuropäischen Vertretern einer Donauföderation ohne deutsche Beteiligung und den deutschen "Mitteleuropa"-Verfechtern wurde seit Mitte der zwanziger Jahre besonders auf den "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen" (MWT) ausgetragen. Die erste dieser Tagungen fand im September 1925 in Wien statt. Freihändlerische Kreise aus Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich und Deutschland schlossen sich hier mit dem Ziel zusammen, durch den Abbau von Handels- und Verkehrshemmnissen den Wirtschaftsaustausch hauptsächlich in Ost- und Südosteuropa zu fördern. In den folgenden Jahren kamen Abgesandte aus Italien, der Niederlande und der Schweiz hinzu.¹⁰⁸ Die beiden Initiatoren, der Wiener Großkaufmann Julius Meinl¹⁰⁹ und der ungarische Natio-

¹⁰⁵ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy. The struggle of the great powers for hegemony in the danube valley 1919-1939, a. a. O., S. 32.

¹⁰⁶ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 224, Protokoll über die Vorstandssitzung der Deutschen Gruppe des MWT am 7. 5. 1929.

Bei den ersten Verhandlungen mit der Deutschen Gruppe des MWT im Frühjahr 1929 war der Langnamverein durch Schlenker und Max Hahn, ab 1931 Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT, vertreten.

¹⁰⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Mitteleuropa-Institute, Bd. 3, Bl. 16-17, Anlage 1 zu Rundschreiben Nr. 12 der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 16. 7. 1928, Auszug aus dem Artikel "Wirtschaft und Konjunktur Deutschlands. Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock" von Max Schlenker, Düsseldorf.

¹⁰⁸ Vgl. Berndt, a. a. O., S. 230; Schwarzenau, a. a. O., S.78.

¹⁰⁹ Die Julius Meinl AG war führend im Handel mit Kaffee, Tee, Kakao, Wein und anderen Feinkostwaren tätig und betrieb in Österreich, Polen und in der CSR Lebens- und Genußmittel-fabriken.

nalökonom und ehemalige Staatssekretär Hantos, strebten eine Freihandelszone an, die als ausgedehntes Wirtschaftsgebiet die wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Donaustaaten umfaßen sollte. Als Mittel des Zusammenschlusses waren Zoll-, Verkehrs- und Währungsbündnisse vorgesehen. Zur Durchsetzung der Forderungen sollten jährlich repräsentative Tagungen durchgeführt werden, um dort pressewirksam konkrete Vorschläge an die Regierungen, die nationalen und internationalen Wirtschaftsghremien und an den Völkербund heranzutragen.¹¹⁰ Die I. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung fand im September 1925, wie alle Tagungen bis 1929, in Wien statt.¹¹¹ Zum Kreis der deutschen Delegation gehörten auf den ersten Tagungen Vertreter der Leicht- und Exportindustrie sowie ihrer Wirtschaftsorganisationen und Banken (Deutscher Außenhandelsverband, Hansabund, Dresdner Bank, Deutsche Bank u. a.).¹¹² Von politischer Seite kamen Reichsbankpräsident Schacht, ein Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der von Friedrich Naumann gegründeten Deutschen Demokratischen Partei, Erich Koch-Weser, hinzu.¹¹³

Bereits auf der ersten Tagung traten die unterschiedlichen Vorstellungen offen zutage. Während die Mehrheit der ost- und südosteuropäischen Delegierten eine "Donauföderation" ohne Deutschland befürwortete, opponierten die deutschen Vertreter dagegen. Im Entwurf der Tagung hatte der Mitinitiator Hantos für ein ausschließlich die Nachfolgestaaten des Habsburger Reichs umfassenden

¹¹⁰ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42993, Bl. 44ff., Dt. Gesandtschaft Wien, 26. 3. 1926, Schreiben über die erste Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung; Matis, Herbert, Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer "Donauföderation", in: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Richard G. Plaschka/Horst Haselsteiner/ Arnold Suppan, u. a., Wien 1995, S. 235; Seckendorf, Martin, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: 1999, Heft 3/1993, S. 10f.

¹¹¹ In den nächsten Jahren folgten Tagungen zu Problemen des Verkehrswesens (1926), des Fremdenverkehrs (1927), der Donaufrage (1928), der handelspolitischen Einigung (1930) und der Agrarfrage (1931). (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 230).

¹¹² Der Deutschen Gruppe gehörten anfangs u.a. die Professoren Schulze-Gaevernitz und Brentano sowie die Herren Guttman (Dresdner Bank), Ritscher (Reichs-Kredit-Anstalt) und Schlitter (Deutsche Bank) an. (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 231).

¹¹³ Vgl. Elvert, a. a. O., S. 149; Schwarzenau, a. a. O., S. 56.

des Zollbündnis plädiert.¹¹⁴ Auf Veranlassung der deutschen Delegation wurde dieser Passus gestrichen und statt dessen Deutschland als integrierender Bestandteil "Mitteleuropas" aufgenommen. Die Delegation vertrat die Auffassung, daß ohne Deutschland ein "mitteleuropäisches" Wirtschaftsbandnis nicht möglich sei.¹¹⁵ In einem Artikel der "Dresdner Neuesten Nachrichten" wurde dem Donauföderations-Plan von Meinl und Hantos 1926, die alte "Mitteleuropa"-Idee Naumanns entgegengehalten, die auch nach dessen Tod fortlebe, sie sei "einfach nicht umzubringen". Wer eine "Mitteleuropäische Wirtschaftsunion" ohne Deutschland gründen wolle, schneide damit "das wertvollste Glied der von Naumann geplanten Zusammenfassung" ab.¹¹⁶ Die Deutsche Gesandtschaft in Wien schrieb am 26. März 1926 an das Auswärtige Amt, es unterliege keinem Zweifel, daß Herr Meinl die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes zwischen Österreich und den Nachbarstaaten des Habsburger Reiches anstrebe und "stets ein Gegner des Anschlußgedankens" gewesen sei.¹¹⁷ Um eine Donauföderation ohne Deutschland zu verhindern, die als Gefahr für einen "Anschluß" Österreichs und für die deutsche Ost- und Südosteuropäexpansion betrachtet wurde, sollten die "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen" durch die aktive Mitarbeit deutscher Vertreter in eine "deutschfreundliche Richtung" gelenkt werden. Zum wichtigsten Instrument dieser Taktik wurde die im Dezember 1926 gebildete Deutsche Gruppe des MWT. An ihre Spitze trat der ehemalige Reichsminister Gothein, Mitglied der Deutschen Demokrati-

¹¹⁴ Hantos fand in dieser Frage die Zustimmung der Vertreter der Tschechoslowakei und Jugoslawiens. (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 53).

Vgl. auch Matis, Herbert, Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer "Donauföderation", a. a. O., S.235; Hantos, Elemér, Die Handelspolitik in Mitteleuropa, Jena 1925; ders., Das Donauprobem in der mitteleuropäischen Wirtschaft, Wien 1928.

¹¹⁵ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 229ff., Gothein, Unmögliche und mögliche Wege zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftsbandnis, Sonderdruck aus der "Deutschen Wirtschaftszeitung". Organ des Dt. Industrie- u. Handelstages" vom 25. 4. 1929; ebenda, Nr. 43000, Bl. 89f., Gothein (Deutsche Gruppe der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung) an Stresemann, 29. 4. 1927.

¹¹⁶ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42993, Bl. 88, Artikel der Dresdner Neuesten Nachrichten, "Mitteleuropäische Wirtschaftsunion - ohne Deutschland?", 20. 7. 1926.

¹¹⁷ Dt. Gesandtschaft Wien, 26. 3. 1926, zit. nach Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 12.

schen Partei.¹¹⁸ Ab Anfang 1927 vertrat der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) die Auffassung, daß führende Männer der Wirtschaft der Deutschen Gruppe des MWT angehören sollten, um in der "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung" dem Standpunkt der Interessensvertretungen der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck zu bringen.¹¹⁹ Die Deutsche Gruppe strebte in der Folgezeit vor allem danach, den Einfluß Frankreichs und der Kleinen Entente auf den MWT-Tagungen zurückzudrängen und alle möglichen, Deutschland ausschließenden, Bündniskonstellationen in Ost- und Südosteuropa zu blockieren.¹²⁰ Gothein wies Außenminister Stresemann im Mai 1927 auf das angebliche Erfordernis einer zwar öffentlich zurückhaltenden, aber doch eindeutigen deutschen Intervention zur Verhinderung eines wirtschaftlichen Bündnisses in Ost- und Südosteuropa hin. Auf dem Gebiet der "mitteleuropäischen Wirtschaftsfrage" sei eine Revision der "Friedensdiktate" am dringendsten erforderlich. Für Deutschland bestehe eine "zwingende Notwendigkeit", bei den "mitteleuropäischen" Wirtschaftsbestrebungen und -beratungen "die Hand im Spiel zu haben", da

"sonst leicht die Neigung vorherrschend würde, lediglich die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns einschließlich Polens und Rumäniens zu einem Wirtschaftsbund zu vereinen, während Deutschland draussen bliebe. (...) Deutschland, das gewiß nicht die Initiative in diesen Fragen ergreifen soll, was leicht verstimmen könnte, darf auch nicht inaktiv in diesen Fragen bleiben und den anderen das Feld überlassen."¹²¹

¹¹⁸ Georg Gothein kam aus dem oberschlesischen Hüttenwesen und war Syndikus der Handelskammer Breslau. Von 1901-1924 hatte er die Freisinnige Vereinigung, die Fortschrittliche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei (DDP) im Reichstag vertreten. Er wurde Mitglied des Naumann-Kreises und unterstützte während des ersten Weltkrieges dessen "Mitteleuropa"-Programm, d. h. Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns mit nachfolgender Angliederung der Balkanländer und des Osmanischen Reiches. 1918 wurde er Mitbegründer der DDP. Von Februar-Juni 1919 war er Schatzminister der deutschen Regierung. Danach übernahm er den Posten des Vorsitzenden des "Deutschen Außenhandelsverbandes" und wurde Präsidiumsmitglied des "Hansabundes". (Vgl. Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 534; Schwarzenau, a. a. O., S. 57).

¹¹⁹ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42993, Bl. 189-193, Rundschreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages an seine Mitglieder vom 3. u. 22. 2. 1927.

¹²⁰ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 55).

¹²¹ Bundesarchiv Berlin (ehemals ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 48, Gothein für die Deutsche Gruppe der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung an den Reichsminister des Auswärtigen Stresemann, Berlin, 14. 5. 1927.

In diesen Zeilen spiegelt sich die zwar zurückhaltende, aber bestimmte und langfristig ausgerichtete Strategie der deutschen Ost- und Südosteuropapolitik der zwanziger Jahre.

Das Festhalten am "Mitteleuropa"-Projekt bei gleichzeitiger öffentlicher Zurückhaltung dokumentiert auch ein Schreiben des deutschen Gesandten in Bukarest, Mutius¹²² von Anfang 1928. Er stellte darin befriedigt fest, daß sich

"im Südosten ein von Deutschland geistig und wirtschaftlich beherrschter Raum (bilde), den man Mitteleuropa nennen könnte."¹²³

In der Tradition von Friedrich List und seiner eigenen Erklärungen während des Ersten Weltkrieges fuhr Mutius fort:

"Hier liegen Kolonisationsaufgaben vor unseren Toren, hier bieten sich Aufgaben und Ziele für das im Reich zusammengefasste Deutschtum, die um so sicherer erreichbar sein werden, je weniger eine laute Publizistik und Politik sich ihrer ermächtigt, je mehr sie nur als Richtungspunkte einer sozusagen unpolitischen Politik wirtschaftlicher und geistiger Expansion nach Südosten sich darstellen."¹²⁴

Diese Strategie wurde auch im Tätigkeitsbericht der Deutschen Gruppe des MWT für das Jahr 1929 dargelegt. Es hieß dort, die "österreichischen Freunde" sollten Initiativen in der "Bewegung" auslösen, während sich die Deutsche Gruppe mit "Rücksicht auf die Mentalität Frankreichs" und antideutscher Tendenzen in den Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches vorläufig zurückhalten wollte, ohne dabei auf die "Führerstellung" in einem "zukünftigen geeinten Mitteleuropa" zu verzichten.¹²⁵

Als ersten Schritt auf dem Weg zu dieser "Führerstellung" betrachtete die Deutsche Gruppe des MWT in der Tradition früherer "Mitteleuropa"-Vertreter eine deutsch-österreichischen Zolleinigung. Daran anschließend erwartete sie einen freiwilligen Beitritt Ungarns. Der "umklammerten" Tschechoslowakei würde dann

¹²² Siehe zu Mutius in dieser Arbeit S. 262f.

¹²³ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 114-115, Mutius, Deutsche Gesandtschaft in Bukarest an AA., 14. 2. 1928 u. Bl. 134-136, Anlage 2 zum genannten Schreiben.

¹²⁴ Ebenda.

¹²⁵ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 115ff, Kurzer Tätigkeitsbericht der Dt. Gruppe des MWT über das Jahr 1928 von Januar 1929.

nichts anderes übrigbleiben, als ebenfalls den Beitritt zu vollziehen. Der auf diese Weise gebildete "Kernblock von Mitteleuropa" würde Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien "stark atrahieren". Es sei davon auszugehen, daß sich diese Staaten aufgrund ihres Agrarexportbedürfnisses bald um einen Anschluß bemühen würden.¹²⁶

Von Beginn an unterstützten Stresemann und Reichsbankpräsident Schacht die Deutsche Gruppe des MWT. Das Auswärtige Amt subventionierte sie mit jährlich 4000,- Reichsmark, verbunden mit der Hoffnung, es möge so gelingen, die Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen langfristig aus dem Fahrwasser einer Deutschland ausschließenden Donauföderation herauszuführen.¹²⁷

Offiziell äußerte sich die deutsche Regierung nicht zu "Mitteleuropa"-Plänen. Die Deutsche Gruppe des MWT stimmte jedoch ihre Stellungnahmen mit dem Auswärtigen Amt ab. Im April 1928 berichtete Gothein über die Zusammenarbeit:

"Nichts wird ohne vorangegangene Stellungnahme mit dem Auswärtigen Amt unternommen. Erst vor 14 Tagen habe ich in einer langen Unterredung mit Dr. Stresemann volle Übereinstimmung festgestellt."¹²⁸

Ihre unumstößliche Opposition gegen eine Donauföderation ohne deutsche Beteiligung verdeutlichte die deutsche Regierung während eines Staatsbesuch des sich für diesen Gedanken einsetzenden tschechischen Außenminister Benes im Mai 1928. In den Gesprächen erklärten deutsche Regierungsvertreter offen, daß ein Zusammenschluß der Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches und der Balkanstaaten ohne deutsche Beteiligung für Deutschland unannehmbar sei.¹²⁹ Gleichzeitig wurde Benes eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei angeboten. Dieses Vorgehen war symptomatisch für die in den zwanziger Jahren verfolgte Strategie der deutschen Politik, teils durch positive Gegenangebote, teils durch die Demon-

¹²⁶ Vgl. Streng vertrauliches Schreiben Gotheins an Bankdirektor Gutmann (Dresdner Bank), 27. 4. 1928, nach Schwarzenau, a. a. O., Teil II., S. 51.; Protokoll einer Besprechung zum Zwecke der Gründung eines Mitteleuropa-Instituts in Dresden, 3. 12. 1927, nach Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 535f.

¹²⁷ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 211.

¹²⁸ Schreiben Gotheins vom 27. 4. 1928, zit. nach Schwarzenau, a. a. O., S. 62.

¹²⁹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 74.

stration entschiedenen Widerstandes alle Initiativen für eine Donauföderation zu blockieren.

Widerstand leistete die Deutsche Gruppe des MWT ein weiteres Mal, als Hantos für die Weltwirtschaftskonferenz im Mai 1927 eine Resolution des MWT entwarf, die ein Präferenzzollsystem im Donaugebiet ohne Deutschland vorsah. Die Deutsche Gruppe setzte sich daraufhin mit der Auffassung durch, daß die Denkschrift von Hantos nur als Privatarbeit anzusehen sei und er nicht im Namen des MWT auftreten dürfe.¹³⁰

Mitte 1929 begründete die Deutsche Gruppe des MWT ihre Ablehnung der Pläne von Hantos und Benes folgendermaßen:

"Das Schwergewicht einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft ruht aber selbstverständlich in diesem (d. h. Deutschland, d. V.) und Deutschlands Interesse liegt vor allem an einem Äquivalent in Mitteleuropa für das verlorene Absatzgebiet im Osten, in den früheren Kolonien und als Ausgleich für die zunehmende Zollabspernung der großen Wirtschaftsimperien Englands, der USA sowie der übrigen in Betracht kommenden Länder."¹³¹

Damit knüpfte die Deutsche Gruppe des MWT an die bereits um die Jahrhundertwende von Nationalökonomern, Politikern und Publizisten vertretene Zielsetzung an¹³², sich gegen die Konkurrenz der großen Wirtschaftsblöcke Großbritanniens und der USA mittels eines von Deutschland bestimmten Großwirtschaftsraum in Zentral-Ost- und Südosteuropa zu behaupten. Die Donauföderationspläne von Benes, Hantos und anderen standen diesem Plan entgegen. Deshalb wollte die Deutsche Gruppe des MWT, falls notwendig, "alle Maßnahmen ergreifen", um ihre Realisierung zu "durchkreuzen". Ansonsten sei der angestrebte Anschluß Österreichs an Deutschland gefährdet.

"Außerdem würde das deutsche Interesse an der Schaffung eines wirtschaftlichen Grossraums für seinen Export für die nächste Zukunft begraben werden müssen. (...) An dieser Gefahr darf kein Deutscher vorübergehen, am allerwenigsten die deutsche Wirtschaft, deren Interessen in erster Linie einen solchen Grossraum bedingen."¹³³

¹³⁰ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 69.

¹³¹ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 261ff, Deutsche Gruppe des MWT, Rundschreiben Nr. 4, 1. 6. 1929.

¹³² Siehe dazu in dieser Arbeit u. a. S. 196f.

¹³³ Deutsche Gruppe des MWT, Rundschreiben Nr. 4, a. a. O.

Die Planung einer deutschen Großraumpolitik mit dem Hauptexpansionsgebiet Ost- und Südosteuropa beginnt, wie dieses Dokument zeigt, nicht erst mit dem Machtantritt der NSDAP am 30. Januar 1933, sondern bereits in den zwanziger Jahren, wobei zur Begründung dieser Zielsetzung immer wieder an alte Konzepte, u. a. von Friedrich List und Friedrich Naumann, angeknüpft wurde. Federführend bei der Formulierung und Propagierung dieser Großraumpolitik war die Deutsche Gruppe des MWT. Während sie anfangs vor allem von am Freihandel orientierten Vertretern der Leicht- und Exportindustrie gefördert wurde, erhielt sie ab Ende der zwanziger Jahren auch von den vier größten deutschen Banken und aus Kreisen der Schwerindustrie finanzielle und personelle Unterstützung.¹³⁴ Besonders galt dies für den Langnamverein, dem mächtigsten Regionalverband im Reichsverband der Deutschen Industrie.¹³⁵

Auf der erweiterten personellen und vor allem finanziellen Basis¹³⁶ ging die Deutsche Gruppe des MWT von der Strategie der Verhinderung einer Donauföderation ohne deutsche Beteiligung zur offensiven Vertretung deutscher Interessen in Ost- und Südosteuropa über. So betonte sie Anfang 1929, daß

"dem Gedanken der deutschen Führerstellung in einem geeinten Mitteleuropa Rechnung getragen werden muss."¹³⁷

Ganz ähnlich sah es der führende deutsche Geopolitiker Haushofer. Er entgegnete in Reaktion auf Pläne für ein "mitteleuropäisches" Bündnis ohne deutsche Beteiligung, die in ost- und südosteuropäischen Staaten verfolgt wurden:

¹³⁴ Vgl. Seckendorf, *Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?*, a. a. O., S. 17.

¹³⁵ Seit dieser Zeit arbeiteten Vertreter des Langnam-Vereins auch in der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Westfalen an einer Verflechtung der deutschen und österreichischen Industrie. Unterstützung erhielt diese Kooperation durch das Auswärtige Amt. (Vgl. Elvert, a. a. O., S. 156; Höpfner, a. a. O., S. 85).

¹³⁶ 1928 wurden auch die Direktoren der Commerzbank und der Deutschen Orientbank Mitglieder der Deutschen Gruppe des MWT. (Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 15, Rundschreiben der Deutschen Gruppe des MWT, Nr. 12, 16. 7. 1928; Schwarzenau, a. a. O., S. 76f.).

¹³⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 111-117, Rundschreiben Nr. 1, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, 5. 2. 1929, "Tätigkeitsbericht 1928".

"Mitteleuropa ist eine deutsche Prägung; das muß festgehalten werden gegenüber den zahlreichen Versuchen der Umdeutung, die neuerdings von Prag, Budapest und Warschau aus unternommen werden. (...) Mitteleuropa wird mit dem deutschen Volk gebaut werden; oder es wird nicht gebaut werden." ¹³⁸

Die Äußerung Haushofers belegt, daß "Mitteleuropa" in Deutschland auch Ende der zwanziger Jahre nicht ausschließlich als geographischer Begriff, sondern als politische Parole verwendet wurde.

Ein anderer Geopolitiker erklärte, Vertreter einer Donauföderation wie Benes müßten erkennen, daß "sich die slawische Wirtschaftsentente niemals ohne Großdeutschland verwirklichen läßt", denn die "Hauptschlagader Mitteleuropas" sei "im deutschen Volkskörper" zu Hause.

"Damit aber erscheint auch gleichzeitig das Todesurteil über die noch nicht geborene slawische Donauföderation im Kleide der Kleinen Entente gesprochen." ¹³⁹

Während somit einerseits auf der politischen Ebene, multinationalen Bündnissen ost- und südosteuropäischer Staaten entgegen gearbeitet wurde, versuchte die deutsche Wirtschaft andererseits ab Mitte der zwanziger Jahre durch eine Handelsoffensive ihre Stellung in der Wirtschaft Südosteuropas auszubauen.

6.1.6 Die deutsche Handelsoffensive nach Südosteuropa ab Mitte der zwanziger Jahre

Als am 10. Januar 1925 die im Versailler Vertrag festgelegten Restriktionen für den deutschen Außenhandel erloschen, kehrte Deutschland endgültig als handelspolitische Macht auf die Bühne der Weltwirtschaft zurück. In allen Handelsvertragsverhandlungen konnte die deutsche Regierung nunmehr wieder auf dem Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung bestehen.

¹³⁸ Haushofer, A., Mitteleuropa und der Anschluß, in: Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, herausgegeben von Kleinwaechter-Paller, Wien/Leipzig 1930, S.151f. Haushofer faßte "Mitteleuropa" hier als Gebiet zwischen Nordsee und Adria, Ostsee und Schwarzem Meer.

¹³⁹ Janovsky, Karl, Anschluß oder Donauföderation, in: Kleinwaechter/Paller, a. a. O., S. 214f.

Bedeutsam für den erweiterten Handlungsspielraum der deutschen Außenhandelspolitik waren zudem die als Folge des Dawes-Plan¹⁴⁰ nach Deutschland fließenden Dollaranleihen. Sie beschleunigten den Wiederaufbau und die Konsolidierung der Wirtschaft.¹⁴¹ Bis 1929 nutzten die deutschen Regierungen die Unterstützung der USA zum politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg gegen die damalige europäische Hegemonialmacht Frankreich. Noch eingeeengt blieben die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten durch die Rheinlandbesetzung der Alliierten und Reparationsverpflichtungen. Durch eine Vereinbarung im 1925 unterzeichneten Locarno-Vertrag gaben die Alliierten auch die Kontrolle über die deutsche Rüstung auf. Bereits Ende der zwanziger Jahre stieg Deutschland zum größten Rüstungsproduzenten Europas auf. Ein weiterer Schritt für die deutsche Reetablierung in der Weltpolitik bedeutete der Eintritt in den Völkerbund 1926.¹⁴²

Auf Grundlage der neuen Rahmenbedingungen wurde 1925 zur Konzipierung und Koordinierung der Außenwirtschaftspolitik und zur Vorbereitung von Handelsverträgen wurde 1925 auf Initiative der großen Industrie und Landwirtschaftsverbände unter Federführung des Auswärtigen Amtes der Handelspolitische Ausschuß (HPA) eingerichtet. Seine Existenz wurde gegenüber Parteien und Parlament geheimgehalten. Im HPA sollten die Interessen der Industrie- und Landwirtschaftsverbände berücksichtigt und aufeinander abgestimmt werden.¹⁴³ Die im HPA tätigen Ministerialbeamten beteiligten sich in den folgenden Jahren führend an der Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber den Staaten Südosteuropas.

Mit Unterstützung des HPA forcierte die deutsche Regierung Mitte der zwanziger Jahre ihre handelspolitischen Aktivitäten in Rich-

¹⁴⁰ Im Dawes-Plan wurden 1924 die deutschen Reparationszahlungen geregelt. Danach sollte Deutschland bis 1928 5,4 Mrd. Mark zahlen und ab 1929 jährlich 2,5 Mrd. Mark, wobei Reichseinnahmen (Zölle, indirekte Steuern und Gewinne der unter ausländische Aufsicht gestellten Reichsbahn) zu verpfänden waren. Für die Zahlung der ersten Rate und für die Rückkehr zur Goldwährung wurde Deutschland ein Darlehen von 800 Mio. Goldmark gewährt. (Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 413).

¹⁴¹ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 149f.

¹⁴² Vgl. Hallgarten, George W./Radkau, Joachim, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M-Köln 1974, S. 192.; Schwarzenau, a. a. O., S. 60.

¹⁴³ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 204f.; Höpfner, a. a. O., S. 99f.

tung Südosteuropa. Zur Absicherung des Außenhandels kreierte sie in dieser Phase ein staatlich abgestütztes Exportförderungssystem, zu dem u. a. eine Exportversicherung mit staatlichen Garantiemitteln gehörte, vergleichbar mit der heutigen Hermesversicherung. Erste Erfolge wurden 1927 sichtbar, als zum ersten Mal nach Kriegsende wieder deutscher Kapitalexport nach Südosteuropa einsetzte. Die deutschen Konzerne konzentrierten ihre Aktivitäten in Südosteuropa dabei in erster Linie auf Jugoslawien und ab 1928 auf Rumänien. Bereits 1925 betonte der deutsche Gesandte in Bukarest, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten der deutschen Industrie in Rumänien so groß seien wie in keinem anderen Land Osteuropas.¹⁴⁴

Um der deutschen Wirtschaft zur Erschließung dieser Möglichkeiten in Südosteuropa die Tore zu öffnen, drängte die Regierung auf den Abschluß günstiger Handelsverträge. Dazu erklärte das Auswärtige Amt 1926:

"In wirtschaftlicher Beziehung sind die Länder der mittleren und unteren Donau für uns ein natürliches Absatzgebiet. (...) unser Bestreben geht dahin, durch vertragliche Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen (...) geeignete Grundlagen für deutsche wirtschaftliche Betätigung nach und in diesen Ländern zu schaffen."¹⁴⁵

In einer Instruktion des Auswärtigen Amtes bezüglich Jugoslawiens wurden 1926 u. a. folgende Punkte betont:

1. Anzustreben sei eine Mitwirkung Deutschlands an der Erschließung der großen, noch unentwickelten Schätze des Landes und ein stärkerer Ausbau der beiderseitigen Handelsbeziehungen,
2. es sollten engere kulturelle Beziehungen hergestellt werden, damit Jugoslawien sich langfristig in Wissenschaft, Technik und sonstigen Bereichen des Geisteslebens auf Deutschland stütze,
3. für Deutschland sei es wichtig, daß die Entwicklung dieser Beziehungen zur Lockerung der Kleinen Entente führe,
4. Deutschland habe kein Interesse daran, daß sich zwischen

¹⁴⁴ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 178.

¹⁴⁵ Auswärtiges Amt, Übersicht über die politische Lage in Südosteuropa, Stand vom August 1926, nach Mitrovic, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens..., a. a. O., S. 127.

Jugoslawien und der Sowjetunion engere Beziehungen entwickeln.¹⁴⁶

Mit diesen Intentionen trat die deutsche Regierung im Frühjahr 1927 in neue Handelsvertragsverhandlungen mit Jugoslawien ein. Als Vorgabe an die deutsche Delegation bemerkte der Gesandte in Belgrad:

"Es kann und muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß hier ein Kooperationsfeld vorliegt, bei dem mit verhältnismäßig geringen Opfern der deutschen Landwirtschaft sehr große Vorteile für die deutsche Industrie erreicht werden können."¹⁴⁷

Mit anderen Worten: Durch Zollzugeständnisse bei der Einfuhr jugoslawischer Agrarprodukte sollten günstige Exportbedingungen für deutsche Industrieerzeugnisse nach Jugoslawien durchgesetzt werden.

Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag wurde am 6. Oktober 1927 unterzeichnet. Dabei konnte sich die deutsche Seite bezüglich ihrer Forderungen auf Zollerleichterungen wesentlich stärker durchsetzen als die jugoslawische Regierung. In 19 von 28 von ihr geforderten Zollpositionen erreichte die deutsche Seite Ermäßigungen. Auf der Grundlage dieses Vertrages erhöhte sich die deutsche Ausfuhr nach Jugoslawien von 1927-1930 um 48%, in realen Zahlen von 116 Mio. auf 172 Mio. Reichsmark. Dabei wuchs der deutsche Anteil am Import Jugoslawiens von 9,9% (1925) auf 17,5% (1930). Demgegenüber stagnierte die jugoslawische Export nach Deutschland wertmäßig bzw. ging sogar zurück.¹⁴⁸ Diese Handelsentwicklung weist einerseits auf einen Preisverfall der Hauptexportprodukte der südosteuropäischen Länder hin - weiterhin zum größten Teil landwirtschaftliche Erzeugnisse - und ist andererseits Indiz für ein in dieser Periode geringes Interesse der deutschen Wirtschaft an einer Einfuhr der jugoslawischen Hauptexportprodukte Weizen und Mais. Diese konnten in den zwanziger Jahren kostengünstiger aus den USA, Kanada und Lateinamerika bezogen werden. Ungeschmälert blieb in dieser Phase dagegen

¹⁴⁶ Vgl. ADAP, Serie B, Bd. 3, Nr. 18, Das Auswärtige Amt an den Gesandten in Belgrad Olshausen, Berlin, 2. 1. 1926.

¹⁴⁷ Schreiben der deutschen Gesandtschaft in Belgrad, 20. 5. 1927, nach Höpfner, a. a. O., S. 153.

¹⁴⁸ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 154f. u. 160; Haberl, a. a. O., S. 515.

die deutsche Nachfrage nach den Rohstoffen Südosteuropas. So lieferte Jugoslawien beispielsweise in diesem Zeitraum 53% seines gesamten Exportes an Kupfer nach Deutschland.¹⁴⁹

1927 gelang der deutschen Industrie in Jugoslawien ein besonders großer Coup. Gegen den Widerstand tschechisch-französischer Konkurrenz (Skoda) sicherte sich ein deutsches Konsortium unter Führung von Krupp den Auftrag für den Bau eines Eisenwerkes in Zenica (Bosnien).¹⁵⁰ Am Zustandekommen des Kontrakts beteiligte sich auch die Firma Jugo-Siemens. 1923 hatte das Auswärtige Amt die Gesandtschaft in Belgrad in einem "ganz geheimen" Schreiben darauf hingewiesen, daß

"das Unternehmen nur in größter Heimlichkeit und auf Umwegen über Neutralien oder England durchgeführt werden darf."

Die Durchführung müsse

"in wenigen Händen liegen und sehr geschickt mit einem neutralen Mantel verkleidet werden, (...) da uns die Sache höllisch unbequem werden könnte, falls die Italiener davon Wind bekommen."¹⁵¹

Dieser Vorgang wirft ein Licht auf die "stille Diplomatie" der deutschen Südosteuropapolitik in den zwanziger Jahren.

Die politische Bedeutung des 45-Millionen-Projekts in Zenica ergab sich daraus, daß das Eisenwerk auch Geschütze produzieren sollte. Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen wurde dies streng geheimgehalten.¹⁵²

Auch in den übrigen südosteuropäischen Donaustaaten weitete die deutsche Wirtschaft ab Mitte der zwanziger Jahre ihre Geschäfte aus. Der deutsche Import aus Rumänien stieg von 37,1 Mio. Reichsmark (1923) auf 236,9 Mio. Reichsmark (1930) an. Die rumänische Einfuhr erreichte in der Statistik des deutschen Gesamtimports einen Anteil von 1,6% aus und stand damit unter den

¹⁴⁹ Vgl. Ránki, *Economy and foreign policy. The Struggle of the great powers in the danube valley, 1918-1939*, a. a. O., S. 145.

¹⁵⁰ Das Werk in Zenica wurde 1937 eingeweiht. (Vgl. Seckendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 68 u. Anm. 137).

¹⁵¹ ADAP, Serie A, Bd. 7, Nr. 135, Legationsrat Freiherr von Ow-Wachendorf an den Gesandten in Belgrad von Keller, Berlin, 9. 3. 1923, Ganz Geheim.

¹⁵² Vgl. Seckendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 67f.

Ländern Südosteuropas an erster Stelle. Dabei setzte sich der rumänische Export im wesentlichen aus drei Produkten zusammen, Gerste und Mais mit einem Anteil von 50-70% und Mineralöl mit einem Anteil von ca. 12%. Für Gerste war Rumänien in den Jahren 1929-1931 mit einem Anteil von 43% Hauptlieferant Deutschlands. Weiter forciert wurde die deutsche Handelsoffensive nach Rumänien, wie oben erwähnt¹⁵³, nach dem Abschluß eines Handelsvertrages im Jahre 1928. 1931 erreichte Deutschland einen Anteil von 29,1% am rumänischen Import. Dabei lieferte die deutsche Industrie zu 90% Fertigwaren, vor allem Metall erzeugnisse und Maschinen sowie Produkte der Chemieindustrie.¹⁵⁴

Der Export Bulgariens nach Deutschland stieg zwischen 1920 und 1929 von 12% auf 29% des bulgarischen Gesamtexportes. Der prozentuale deutsche Anteil an der bulgarischen Einfuhr blieb währenddessen mit ca. 21% relativ stabil. In absoluten Zahlen verdreifachte sich der bulgarische Export nach Deutschland zwischen 1920 und 1929, während sich der bulgarische Import aus Deutschland verdoppelte. Dabei lieferte Bulgarien fast ausschließlich Agrarprodukte, vor allem Tabak, Obst, Eier und Felle. Den Hauptanteil des deutschen Exports nach Bulgarien bildeten wie in den übrigen südosteuropäischen Staaten industrielle Fertigprodukte. Insgesamt zeigte sich die deutsche Wirtschaft an Bulgarien jedoch weniger interessiert als an Jugoslawien oder Rumänien, da das Land kaum über strategisch wichtige Rohstoffe verfügte.¹⁵⁵ So lag Bulgarien beim Export nach Deutschland wertmäßig klar hinter Jugoslawien und vor allem hinter Rumänien, wie folgende Tabelle zeigt:

Einfuhren nach Deutschland aus (in Mio. RM):

Land:	1927	1928	1929	1930
Rumänien	243,2	188,0	211,0	236,9
Jugoslawien	72,3	66,6	60,9	74,8
Bulgarien	49,6	51,0	51,2	58,9 ¹⁵⁶

¹⁵³ Siehe in dieser Arbeit S. 339.

¹⁵⁴ Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 198f.

¹⁵⁵ Vgl. Hoppe, Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter. a. a. O., S. 37f.

¹⁵⁶ nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 164.

Südosteuropa wurde in den zwanziger Jahren für die deutsche Wirtschaft ein profitabler Absatzmarkt. Unter Einschluß Österreichs, der Tschechoslowakei und Ungarns stand Südosteuropa (ohne die Türkei) 1928 in der Rangliste der deutschen Exporte hinter Frankreich und den Benelux-Staaten an zweiter Stelle, noch vor den skandinavischen Staaten, Großbritannien und den USA.¹⁵⁷

Eine führende Stellung im deutschen Handel mit Südosteuropa nahm seit ihrer Gründung im Jahre 1925 der Chemiekonzern I.G. Farben AG, ein. Er entstand 1925 durch Fusion der sechs größten deutschen Chemieunternehmen, die sich bereits zuvor in einem Kartell zusammengeschlossen hatten. 1930 betrug das Aktienkapital der I.G. Farben insgesamt 1,1 Mrd. Reichsmark. Der neue Konzern wurde führend in der Luftstickstoffindustrie, in der Kohlehydrierung sowie in der Erzeugung chemischer Grundstoffe, von Pharmazeutika und Rohfilmen. Bereits 1932 entfielen auf die I.G. Farben zwei Drittel des gesamten deutschen Chemieexportes.

Um sich eine günstige Ausgangsposition für das Ost- und Südosteuropa-Geschäft zu sichern, schloß die Führung der I.G. Farben einen Interessengemeinschaftsvertrag mit der in Köln ansässigen Dynamit AG, vormals Alfred Nobel ab. Deren Tochterunternehmen, die Dynamit Nobel&Co., Bratislava (Preßburg), verfügte über eine Reihe bedeutender Beteiligungen in Südosteuropa. Bis Anfang der dreißiger Jahre gelang es den I.G. Farben darüber hinaus, internationale Kartellverträge auf den Gebieten Farben, Stickstoff, Hydrierung und Kunstseide abzuschließen. Auf dieser Basis konnte der Konzern, ausländische Konkurrenten von Südosteuropa fernhalten und sich dort eine führende Position aufbauen.¹⁵⁸

Die Handelsoffensive der Konzerne wurde Mitte der zwanziger Jahre durch die Konsolidierung der deutschen Wirtschaft ermöglicht. Die Zeit von 1924-1928 war in Deutschland eine Phase wirtschaftlichen Aufschwungs, gespeist vor allem durch einen großen Strom

¹⁵⁷ Vgl. Elvert, a. a. O., S. 153; Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik..., a. a. O., S. 178.

¹⁵⁸ Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 147ff; ders., Die IG-Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1967, T. I, S. 84.; ders., Die Interessen der IG Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, in: 1999. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Heft 4/1988, S. 10.; Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 187; Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 39f.

ausländischer Kredite. Mehr als 60 Prozent dieser Gelder stammten aus den USA.¹⁵⁹ 1927 erreichte die deutsche Wirtschaft einen Anteil von 122,1% der Vorkriegsproduktion. Der deutsche Anteil an der Weltindustrieproduktion stieg von 8% im Jahre 1923 auf ca. 12% im Jahre 1928. Deutschland lag damit hinter den USA (1928: 44,8%) an zweiter Stelle. Es hatte die europäischen Konkurrenten Großbritannien (mit einem Anteil von 9,3%) und Frankreich (mit 7%) überflügelt. Gleichzeitig kam es in der deutschen Industrie zu einer Rationalisierungs- und Konzentrationswelle. Es bildeten sich industrielle Konglomerate wie die Vereinigten Stahlwerke¹⁶⁰ und die I.G. Farben. Zeitlich versetzt erfaßte der Konzentrationsprozeß auch die Großbanken. Den Höhepunkt stellte die Fusion von Deutscher Bank und Discontogesellschaft 1929 dar. Durch die Fusion dieser Banken, die in ihrer ausländischen Anlagenpolitik traditionell auf Südosteuropa und den Nahen Osten ausgerichtet waren, entstand die mit Abstand größte deutsche Geschäftsbank.¹⁶¹

Die infolge der eingeleiteten Rationalisierung und des Wirtschaftsaufschwungs angehäuften Überkapazitäten drängten auf Außenmärkte.¹⁶² Dabei konstatierten Vertreter der Großindustrie, insbesondere der Ruhrindustrie, daß die deutschen Exportmöglichkeiten nach Westen objektiv erschöpft seien. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft weise daher "unter allen Umständen nach dem Osten und Südosten."¹⁶³ Die alte Zielsetzung eines "Mitteleuropa unter deutscher Führung" rückte handelspolitisch wieder ver-

¹⁵⁹ Von Januar 1925 bis Februar 1929 erhielt Deutschland insgesamt 124 Anleihen mit einem Nennwert von 1.135.775.000 Us-Dollar. (Vgl. Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 186).

¹⁶⁰ Die Vereinigten Stahlwerke entstanden 1926 durch Kapitalfusion von vier der größten Schwerindustrieunternehmen Deutschlands (darunter Thyssen, Stinnes und Otto Wolff). Sie wurden zum größten Industrieunternehmen Europas, vereinigten auf sich die halbe Roheisenerzeugung Deutschland und beschäftigten bis zu 200.000 Arbeiter. (Vgl. Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1973, S. 37).

¹⁶¹ Vgl. Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, a. a. O., S. 184f.; Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 62 u. 119; Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 147f.; ders., Die Interessen der IG Farbenindustrie in Bulgarien bis 1944, a. a. O., S. 10.

¹⁶² Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 214.

¹⁶³ Rede Max Schlenkers (vom Langnamverein) in München am 1. 3. 1929, nach Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 214.

stärkt in den Mittelpunkt des Interesses.¹⁶⁴ Reichskanzler Müller nannte die "Erweiterung unserer handelsvertraglichen Beziehungen, insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten" 1928 in einer Regierungserklärung "eine wesentliche Aufgabe" der Reichsregierung.¹⁶⁵

Der damalige politische Vertrauensmann der Ruhrindustrie August Heinrichsbauer, während des Zweiten Weltkrieges Hauptgeschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, forderte am 23. Oktober 1927 in der "Deutschen Bergwerkszeitung", die sich abzeichnende Machteinbuße Frankreichs in Südosteuropa zu nutzen, um

"mit Hilfe der deutschen Wirtschaft zu versuchen, die Oststaaten (von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer) kulturell und wirtschaftlich in die deutsche Einflußsphäre einzubeziehen."¹⁶⁶

Dieses Ziel verfolgte auch der Geschäftsführer des Langnamvereins, Schlenker. Er konstatierte, daß die deutschen Expansionsmöglichkeiten, aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Überlegenheit Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Westen, vornehmlich in "Mitteleuropa" lägen. Zu den "mitteleuropäischen" Staaten rechnete er dabei Deutschland, Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien.¹⁶⁷ Der wirtschaftspolitische Status quo in "Mitteleuropa" wurde von Schlenker heftig kritisiert. Er sprach vom "lächerlichen Autarkiebestreben" der durch die Pariser Friedensverträge geschaffenen Staaten und nannte sie "unzulängliche Wirtschaftsräume mit übersetzten Industrien". Damit gab er der bald

¹⁶⁴ Vgl. Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, Heft 13/1928, S. 221.

¹⁶⁵ Vgl. Schröder, Hans-Jürgen, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: Geschichte und Gesellschaft, 2. Jg., 1976, S. 10.

¹⁶⁶ A.(=August) H (= Heinrichsbauer), Gemeinschaftsarbeit zwischen Wirtschaft und Außenpolitik!, in: Deutsche Bergwerkszeitung, Nr.249, 23.10.1927. Den Autorennamen entschlüsselte Dirk Stegmann im Aufsatz, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 213.

¹⁶⁷ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Mitteleuropa-Institute, Bd. 3, Bl. 16-17, Anlage 1 zu Rundschreiben Nr. 12 der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 16. 7. 1928, Auszug aus dem Artikel "Wirtschaft und Konjunktur Deutschlands. Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock" von Dr. Max Schlenker, Düsseldorf.

darauf von zahlreichen Repräsentanten der deutschen Wirtschaft vertretenen Forderung Ausdruck, die bescheidenen Ansätze einer eigenständigen Industrie in Ost- und Südosteuropa wieder rückgängig zu machen¹⁶⁸, um so Hindernisse für den Export deutscher Industriegüter in diese Länder zu beseitigen. Schlenker begründete dies mit dem Scheinargument, die Wirtschaftsstruktur "Mitteleuropas" basiere traditionell darauf, "daß der Osten vorwiegend landwirtschaftlich, der Westen vorwiegend industrielles Siedlungsgebiet ist." Die durch die Friedensverträge von 1918 in "Mitteleuropa" geschaffenen wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse müßten aufgehoben werden, um "die naturgegebenen Abhängigkeiten einer Jahrtausende alten wirtschaftlichen Entwicklung wiederherzustellen."¹⁶⁹

Die fehlende Industrie in Ost- und Südosteuropa wurde damit ebenso zur Naturgegebenheit erklärt wie die wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands in diesem Gebiet.

Schlenker propagierte im weiteren die Herstellung einer Austausch- und Ergänzungswirtschaft zwischen Deutschland und den genannten Staaten. Dabei könne Deutschland seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus diesen Ländern decken und dafür im Ausgleich eigene industrielle Erzeugnisse abgeben. Ein Artikel Schlenkers von 1928 soll im folgenden ausführlich zitiert werden, da er die deutsche "Ergänzungswirtschafts"-Politik der dreißiger Jahre gegenüber den südosteuropäischen Staaten im wesentlichen vorkonturierte. Er schrieb dort:

"Die Hauptinteressen von Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und auch der Tschechoslowakei liegen im Gegensatz zur industriellen Struktur Deutschlands auf landwirtschaftlichem Gebiete. Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in diesem Raume muß Deutschland dadurch beitragen, dass es den Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus diesem Raum deckt und dafür im Ausgleich seine industriellen Erzeugnisse an diese Länder abgibt. (...) Welche Werte hier auf dem Spiele stehen, geht aus der Tatsache hervor, daß unser heutiger Handel mit den mitteleuropäischen Ländern die Dreimilliarden-

¹⁶⁸ Die rumänische Regierung förderte nach 1919 vor allem die chemische, die Nahrungsmittel-, Metall- und Textilindustrie. (Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 42).

¹⁶⁹ Vgl. Schlenker, Max, Mitteleuropa. Geleitwort, in: Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr, 8. Jg., Nr. 39, 29. 9. 1927. ders., Oesterreichs Schlüsselstellung im mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet, in: Volk und Reich, 4. Jg., 2. Heft, Feb./März 1928, S. 108.

grenze überschritten hat und damit über 15 Prozent unseres gesamten Außenhandels ausmacht. Österreich, vor allem Wien, bleibt das Tor zum Balkan. Die deutsche Wirtschaft (...) muß sich immer wieder diese Tatsache vor Augen halten und (...) dafür Sorge tragen, daß das Tor zum Balkan nicht zugeschlagen wird. In ihrer Zielsetzung muß sich unsere jetzige Generation bewußt sein, daß das deutsche Volk wirtschaftlich in erster Linie mit dem mitteleuropäischen Gebiet verklammert und verwurzelt ist und daß es zu den vornehmsten Aufgaben unserer Zeit gehört, aus dieser Tatsache den Willen zu wirtschaftlichem Neubau vorerst hier zu bestätigen. Je breiter unsere Grundlage in Mitteleuropa ist, desto stärker wird unsere Stellung gegenüber den übrigen größeren Wirtschaftsmächten Europas und der Welt sein. Nur auf dieser gesicherten Basis wird es uns auch wieder gelingen, das schwierige Gebiet der weltwirtschaftlichen Geltung, die ohne politische Macht so außerordentlich schwer zu behaupten ist, mit Erfolg zu beackern."¹⁷⁰

An anderer Stelle bemerkte Schlenker, wenn Deutschland die Zusammenfassung der zehn "Zwischenstaaten" von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer mit einer Gesamtbevölkerung von 85 Millionen Menschen in einem einheitlichen Zollgebiet durchsetzen könne, so würde ein mit den USA vergleichbares Wirtschaftsgebiet entstehen.¹⁷¹ In einem solchen "mitteleuropäischen Wirtschaftsbandnis" sah Schlenker die Ausgangsbasis einer deutschen Weltmachtstellung.

Im Juli 1928 schlug Schlenker vor, durch eine Annexion Österreichs die "mitteleuropäische Wirtschaftsfrage in Fluß zu bringen".¹⁷²

Der Geschäftsführung des Langnamvereins ging es darum, ihre "Mitteleuropa"-Konzeption unter den Angehörigen der herrschenden Klasse Österreichs und der südosteuropäischen Donaustaaten zu propagieren und dadurch den Widerstand gegen den deutschen "Drang nach Südosten" abzuschwächen. Die Schaffung eines "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraumes sollte als unpolitische,

¹⁷⁰ Schlenker, *Wirtschaft und Konjunktur Deutschlands. Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock*, a. a. O.

¹⁷¹ Vgl. Schlenker an Reusch, 27. 12. 1929, nach Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 214f.

Reusch war Vorsitzender des Langnam-Vereins sowie Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte-Haniel-Konzern, Präsidiumsmitglied des RDI, Vorstandsmittglied des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute und Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. (Vgl. Seckendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 129).

¹⁷² Schlenker, *Die Bedeutung einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsarbeit für den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock*, a. a. O.

ausschließlich am wirtschaftlichen Sachverstand orientierte, auf die Besserung der schwierigen ökonomischen Verhältnisse der Zielgebiete Strategie präsentiert werden.¹⁷³

Die Führung des Langnam-Vereins erhielt für ihre Forderung nach einem "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraum anfangs vor allem von der Deutschen Gruppe des MWT Unterstützung. Deren Vorstand erklärte Ende 1929:

"Mitteleuropa ist das natürliche Absatzgebiet Deutschlands. Noch ist es in Auswirkung der Friedensverträge und der Staatenbildungen zum großen Teil für uns verschlossen. Wir müssen dafür sorgen, daß es unser eigentlicher Absatzmarkt von morgen wird."¹⁷⁴

Diese Zeilen offenbaren, daß maßgebliche Kreise der deutschen Industrie die Pariser Friedensverträge und die darin festgelegten staatlichen Grenzen als Hindernis einer umfassenden wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands in Südosteuropa ablehnten. Die Stellungnahme verdeutlicht zudem, daß das 1930/31 ausformulierte und in den dreißiger Jahren in die politische Praxis umgesetzte Konzept einer deutschen Großraumwirtschaft mit Südosteuropa als "Ergänzungsraum" für Rohstoffe, Agrarprodukte und billige Arbeitskräfte keineswegs, wie von einigen Autoren behauptet¹⁷⁵, ein aus der Not geborenes Zufallsprojekt infolge der Weltwirtschaftskrise war, sondern vielmehr im Kontext und in der Kontinuität deutscher Südosteuropakonzepte von 1840-1918 stand, an die bereits in der Ära Stresemann von maßgeblichen Kreisen der deutschen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Publizistik angeknüpft wurde. Auch wenn die seit Mitte der zwanziger Jahre vor allem vom Langnamverein und der Deutschen Gruppe des MWT verfolgte Strategie einer Konzentration der deutschen Wirtschaft auf die Expansionsfelder Ost- und Südosteuropa nicht sofort den ungeteilten Beifall aller Interessensgruppen der deutschen Industrie fand, da einige Unternehmen bei politischen Auseinandersetzungen mit Frankreich, Großbritannien und den USA ihre Geschäftsfelder in Westeuropa und Übersee gefährdet sahen, bleibt festzuhalten, daß die Weichen für eine Ausrichtung des Expansio-

¹⁷³ Vgl. Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?, a. a. O., S. 16f.

¹⁷⁴ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA, Nr. 42995, Bl. 141f., Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, Vortrags-Tee am 19. 12. 1919, Schlusswort Dr. Strencioch.

¹⁷⁵ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 213f.

nismus der deutschen Wirtschaft nach Ost- und Südosteuropa noch in der Ära Stresemann bzw. noch vor der Weltwirtschaftskrise gestellt wurden. Die für diese Periode in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund stehende "deutsch-französische Verständigung", die als Werk Stresemanns gilt, wurde in Deutschland immer unter den instrumentellen Aspekten der Durchsetzung einer "freien Hand im Osten", der schleichenden Revision des Versailler Vertrags und der Wiedererlangung des Großmachtstatus betrachtet.¹⁷⁶ Ein einseitiges offizielles Festlegen auf die "Mitteleuropa"-Konzeption hätte zum offenen Konflikt mit Frankreich geführt und jede weitere Aussicht auf den Abbau der Verpflichtungen des Versailler Vertrages zunichte gemacht.¹⁷⁷ Doch mit Mitteln einer "stillen Diplomatie", für die vor allem die Verbände des "Grenz- und Auslandsdeutschtums", der Handelspolitische Ausschuß und die Deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages genutzt wurde, gelang es Deutschland in den zwanziger Jahren sich in Südosteuropa alle Türen offenzuhalten bzw. Stück für Stück aufzustoßen. Durch die Handelsoffensive eroberte die deutsche Wirtschaft in Südosteuropa schnell verlorene Anteile zurück. Diese Möglichkeit ergab sich auch durch die Abwehr aller Pläne für wirtschaftspolitische Bündnisse von zentral-, ost- und südosteuropäischen Staaten ohne deutsche Beteiligung. So wurde Deutschland bereits in den zwanziger Jahren wieder zur führenden Macht im Handel mit den südosteuropäischen Staaten. Allein auf dem Gebiet der Direktinvestitionen und der Kapitalanlagen konnten sich Frankreich und Großbritannien dort noch gegenüber Deutschland behaupten.

6.1.7 Die Gründung von "Mittel"- und Südosteuropa-Instituten

Mit dem Ziel, die wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung Südosteuropas zu planen und wissenschaftlich zu begleiten, wurden seit Ende der zwanziger Jahre in Deutschland spezielle Forschungsinstitute gegründet. 1927 ergriff die Deutsche Gruppe des MWT die Initiative zur Gründung eines "Mitteleuropa-Institutes"

¹⁷⁶ Vgl. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, a. a. O., S. 72ff u. 79; Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 133.

¹⁷⁷ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 60.

in Dresden.¹⁷⁸ Zu einer ersten Besprechung trafen sich dort am 3. Dezember 1927 Delegierte der Deutschen Gruppe des MWT mit Vertretern der sächsischen Regierung und Wirtschaft.¹⁷⁹

Zur Meinungsbildung ersuchte das Auswärtige Amt Ende 1927 die deutschen Gesandten in Südosteuropa um Stellungnahmen. Aufschlußreich ist dabei vor allem die Antwort des deutschen Gesandten in Rumänien, Mutius. Er bemerkte zum Titel des geplanten Instituts:

"Das Wort `Mitteleuropa` ist von Naumann geprägt und stellte eine Art deutschen Kriegszieles dar. Es ist daher in den betroffenen mitteleuropäischen Ländern zu einem Synonym deutscher Vorherrschaft geworden und wird von der uns feindlich gesinnten Presse immer wieder in diesem Sinne verwandt."¹⁸⁰

Um das Aufkommen eines solchen Verdachts im Ausland zu verhindern, schlug Mutius vor¹⁸¹, die Bezeichnung "Mitteleuropa"¹⁸² zu vermeiden und die Gründung des Institutes noch etwas hinauszuschieben.¹⁸³

Hier zeigt sich ein weiteres Mal das vorsichtige Taktieren deutscher Politiker in den zwanziger Jahren, mit dem Ziel, die Realisierung langfristiger Expansionspläne nicht durch öffentliche Propagierung zu gefährden. Nicht länger warten wollte demgegenüber im Juni 1928 die Deutsche Gruppe des MWT. Zwar erklärte auch sie, daß Deutschland mit Rücksichtnahme auf die politische Mentalität Frankreichs und einiger Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches in der "Mitteleuropa-Frage" noch nicht die "Initia-

¹⁷⁸ Die Wahl des Standortes Dresden ergab sich wohl u. a. aus der Tatsache, daß der Oberbürgermeister Blüher und Vertreter des Verbandes sächsischer Industrieller zum Vorstand der Deutschen Gruppe des MWT gehörten. (Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 130.)

¹⁷⁹ Vgl. Protokoll einer Besprechung zum Zwecke der Gründung eines Mitteleuropa-Instituts in Dresden, 3. 12. 1927, nach Opitz, Europastrategien..., a. a. O., S. 535f.

¹⁸⁰ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42994, Bl. 114-115, Mutius, Deutsche Gesandtschaft in Bukarest an AA, 14. 2. 1928. Vgl. auch ebenda, Bl. 134-136, Anlage 2 zum genannten Schreiben.

¹⁸¹ Siehe zu dieser von Mutius vorgeschlagenen Strategie in dieser Arbeit auch S. 366.

¹⁸² Leider ist die beschriebene Kenntnis der ideologischen Funktion des "Mitteleuropa"-Begriffs zur Umschreibung deutscher Hegemonialpläne im In- und Ausland heute fast gänzlich verlorengegangen.

¹⁸³ Vgl. Schreiben Mutius vom 14. 2. 1928, a. a. O.

tive und Führerstellung" an sich reißen könne, doch müsse gerade deshalb der indirekte Weg über die Einrichtung von "Mitteleuropa-Instituten" gewählt werden. Auf diese Weise könne "mit den wirtschaftlichen und politischen Führern der südosteuropäischen Staaten" Kontakt aufgenommen werden.¹⁸⁴ Durch die Gründung "geeigneter Forschungsinstitute" solle den "mitteleuropäischen Völkern" "deutsche Kultur und deutsches Wissen" nähergebracht werden, um diese für alles Deutsche aufnahmebereit zu machen.¹⁸⁵ Eine "intensive Bearbeitung des Balkans" sei für die deutsche Wirtschaft "außerordentlich nutzbringend". Mit Hilfe des Instituts in Dresden solle das "geistige Zentrum der Mitteleuropa-Bewegung immer mehr nach Deutschland verlagert werden."¹⁸⁶ Darüber hinaus sei die geplante Dresdner Einrichtung dazu berufen, die Beziehungen zwischen Deutschland und den Staaten Zentral- und Südosteuropas intensiv zu pflegen

"und einen regen Wirtschaftsverkehr Deutschlands mit den mitteleuropäischen Staaten (...) herzustellen. Der Vorstand der Deutschen Gruppe steht auf dem Standpunkte, dass in dieser wichtigen Frage keine Zeit mehr zu verlieren ist und wird daher die ihm geeignet erscheinenden Schritte einleiten, den Institutsgedanken im Interesse aller beteiligten Kreise seiner Verwirklichung sobald als möglich entgegenzuführen."¹⁸⁷

Als Aufgaben des Instituts wurden in einem Planungspapier folgende Punkte genannt:

- "1. Informationsstelle für Deutschland über die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse Südosteuropas,
2. Propagandastelle Deutschlands für den Südosten,
3. Pressestelle für den Südosten,
4. Wissenschaftliche Forschungsstelle für politische und wirtschaftliche Probleme Südosteuropas,

¹⁸⁴ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 116, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, Kurzer Tätigkeitsbericht 1928.

¹⁸⁵ Programm der Deutschen Gruppe des MWT 1928, nach Schwarzenau, a. a. O., S. 65.

¹⁸⁶ Schwarzenau, a. a. O., S. 80 u. 82.

¹⁸⁷ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 1-2, Rundschreiben Nr. 11, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Deutsche Gruppe, 7. 6. 1928.

5. Vortragsstelle."¹⁸⁸

Mit anderen Worten: Die geplante wissenschaftliche Einrichtung sollte die deutsche Wirtschaft mit Informationen über den süd-osteuropäischen Markt und seine Rahmenbedingungen versorgen und ihr dort mittels "Auslands- und Kulturpropaganda" ein günstiges Geschäftsklima ermöglichen. Während der Dresdner Oberbürgermeister im Dezember 1928 erfreut feststellte, in dieser "Angelegenheit der Auslandspropaganda" volle Übereinstimmung bei Außenminister Stresemann gefunden zu haben¹⁸⁹, bat der Verband sächsischer Industrieller eben diesen Stresemann um eine "namhafte fortlaufende finanzielle Beteiligung" der deutschen Regierung für das geplante "Mitteleuropa-Institut". Auf diese Weise könne ein "organisatorischer Unterbau für eine Kulturpropaganda nach den Südoststaaten", den "wichtigsten deutschen Absatzmärkten", geschaffen werden.¹⁹⁰ Zwar blieben die erhofften fortlaufenden Zahlungen der deutschen Regierung für das geplante Institut aus, doch sicherte diese im Februar 1929 finanzielle Unterstützung, insbesondere für Veröffentlichungen und Reisen der Institutsmitglieder in die Länder Ost- und Südosteuropas zu.¹⁹¹

Im wesentlichen wurde das um die Jahreswende 1929/30 eröffnete "Mitteleuropa-Institut" in Dresden¹⁹² aus Mitteln der sächsischen Industrie finanziert.¹⁹³ Seine Gründung bildete in dieser Periode

¹⁸⁸ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 61f., Zur Schaffung eines Mitteleuropa-Instituts in Dresden. Beigefügt einem Schreiben Prof. Walter Hoffmanns, Freiburg, 14. 11. 1928.

¹⁸⁹ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 93, Brief des Oberbürgermeisters von Dresden Blüher an den vortragenden Legationsrat Joachim Windel, Dresden, 19. 12. 1928.

¹⁹⁰ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 96; Brief des Verbandes Sächsischer Industrieller, Sitz Dresden, an Reichsaußenminister Dr. Stresemann, 21. 12. 1928.

¹⁹¹ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42995, Bl. 143f., Bericht über eine Besprechung zur Einrichtung eines "Mitteleuropa-Institutes" in Dresden am 23. 2. 1929, mit Gothein u. Strencioch (Deutsche Gruppe des MWT), Blüher (Oberbürgermeister von Dresden) sowie Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des Innern.

¹⁹² Neben dem Dresdner Institut gingen aus der Tätigkeit der "Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen" Ende der zwanziger Jahre noch drei weitere "Mitteleuropa-Institute" hervor: In Wien (gegr. am 1. 3. 1929), in Brno (Brünn, gegr. am 10. 9. 1929) und in Budapest (gegr. am 8. 5. 1930). (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 230).

¹⁹³ Gegenüber den Zentren der deutschen Ost- und Südosteuropaforschung in Breslau, Leipzig, München und später Berlin blieb die Bedeutung des Dresdner Instituts gering. Neben der Stipendien-

keine Einzelercheinung. Bereits im April 1918 war in Breslau ein Osteuropa-Institut eingerichtet worden, dessen wichtigste Aufgabe darin bestehen sollte, wissenschaftliche und praktische Vorarbeiten für die spätere Erschließung und Durchdringung Osteuropas zu leisten und ein "Netz von Vertrauensmännern" zu legen.¹⁹⁴ Ab Ende der dreißiger Jahre wechselte der Arbeitsschwerpunkt des Breslauer Instituts von Ost- auf Südosteuropa.¹⁹⁵ In Leipzig entstand 1928 ein "Institut für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung". Dessen Initiatoren begründeten die geplante Forschung über die Tschechoslowakei, Ungarn und die südosteuropäischen Donaustaaten u. a. mit dem Hinweis, auf die in all diesen Ländern in beträchtlicher Zahl ansässigen "deutschen Stammesangehörigen" und deren Einfluß.¹⁹⁶ Erster Direktor des Leipziger Instituts wurde Kurt Wiedenfeld, der die deutsche Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa bereits während des Ersten Weltkrieges wissenschaftlich gefördert und begleitet hatte.¹⁹⁷ Bis 1934 war Wiedenfeld darüber hinaus ständiger Mitarbeiter der "Zeitschrift für Geopolitik". Den Posten des Stellvertreters des Leipziger Instituts übernahm in den dreißiger Jahren Hermann Gross. Dieser war nicht nur maßgeblich an der deutschen Südosteuropaforschung in der Periode des Nationalsozialismus beteiligt, sondern setzte seine Karriere als führender deutscher "Südosteuropa-Experte" auch in der Bundesrepublik fort.¹⁹⁸ Das Leipziger Institut für "Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung" integrierte sich 1936 in ein neugegründetes

vermittlung bestand seine Haupttätigkeit in der Auswertung der südosteuropäischen Fachpresse für die Geldgeber aus der sächsischen Industrie. Für die Handelshochschule Leipzig erledigte es organisatorische Aufgaben im Studentenaustausch, finanzierte akademische Veranstaltungen mit ausländischen Gästen und veröffentlichte studentische Arbeiten dieser Einrichtung. Darüber hinaus hielt der Direktor des Dresdner Instituts an der Leipziger Handelshochschule Lehrveranstaltungen. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 189 u. 239).

¹⁹⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 61.

¹⁹⁵ Das Breslauer Institut hatte mit der Überführung seiner Rußland-Abteilung in ein Berliner Geheimdienst-Institut des SD und mit der Etablierung des speziell polnischen Fragen gewidmeten "Instituts für deutsche Ostarbeit" in Krakau nach der deutschen Annexion Polens seine beiden bisherigen Arbeitsschwerpunkte verloren und suchte sich somit in Südosteuropa neue Betätigungsfelder. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 191).

¹⁹⁶ Schreiben des Institutsdirektors Wiedenfeld, 24. 4. 1928, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 117.

¹⁹⁷ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 304, Fußnote.

¹⁹⁸ Biographie im Anhang.

"Südosteuropa-Institut" an der dortigen Universität.¹⁹⁹ Dessen Leiter Seraphim bezeichnete diese Einrichtung 1938 als "Zentralstelle für wirtschaftswissenschaftliche Forschung über den Südosten".²⁰⁰ In München wurde auf Betreiben der revisionistischen Deutschen Akademie²⁰¹ und mit offizieller Unterstützung durch das Bayrische Staatsministerium für Unterricht und Kultur 1930 ein "Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten" eröffnet. Ab Mitte der dreißiger Jahre erhob die Institutsleitung, angestoßen durch ihren Mitarbeiter Fritz Valjavec²⁰², den Führungsanspruch in der gesamten wissenschaftlichen Südosteuropaforschung. Zur Untermauerung dieses Anspruchs erfolgte 1936 die Umbenennung in Südost-Institut²⁰³. Das Münchner

¹⁹⁹ Das Institut, das bis 1943 bestand, gab die "Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa" heraus. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 187f.).

²⁰⁰ Vgl. Seraphim, H.-J., Zehn Jahre Institut für mittel- und südosteuropäische Wirtschaftsforschung, in: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, 1. Jg., 1937/38, H. 4, S. 92. Geschwächt wurde der Einfluß des Leipziger Instituts in der Südosteuropaforschung des nationalsozialistischen Deutschland Ende der dreißiger Jahre durch die Berufung von Hermann Groß an die Volkswirtschaftliche Abteilung der I.G. Farben nach Wien und von Seraphim an das Osteuropa-Institut in Breslau. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 238).

²⁰¹ Siehe zur Deutschen Akademie in dieser Arbeit S. 353f.

²⁰² Fritz Valjavec stammte aus der deutschen Minderheit in Ungarn. An das Münchner Institut kam er 1934 als Sechszwanzigjähriger mit der Empfehlung seiner Aktivitäten in der Südostarbeit der NS-Studentenführung. Er wurde unter dem Nationalsozialismus und im Nachkriegsdeutschland zu einem der bekanntesten und angesehensten Vertreter der Südosteuropaforschung. Eines seiner Hauptanliegen bestand seit 1945 darin, die Kulturarbeit der auf Südosteuropa orientierten revisionistischen Deutschumsverbände, die sich zu Interessensvertretern der "hinter dem Eisernen Vorhang versunkenen" deutschen Minderheiten erklärten, zu aktivieren und mit der Südosteuropaforschung zu koordinieren. Dazu gründete Valjavec das "Südostdeutsche Kulturwerk" und dessen Zeitschrift "Südostdeutsche Heimatblätter", später "Südostdeutsche Vierteljahresblätter". Darüber hinaus war er Gründungsmitglied des "Ostdeutschen Kulturrates" und der "Südostdeutschen Historischen Kommission" sowie Herausgeber der Jahrbücher dieser Organisationen. In seinem Hauptwerk "Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa" geht er von einem "west-östlichen Kulturgefälle" aus und folgert daraus eine besondere Mission des deutschen "Volkstums" in Südosteuropa. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 186 u. 395f; Valjavec, Fritz, Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa, Bd. I-IV, München 1953-1965. Die erste Auflage erschien 1940 unter dem politisch eindeutigen Titel "Der deutsche Kultureinfluß im nahen Südosten").

²⁰³ Der ursprüngliche Titel lautete: Institut zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten. 1935 wurde er durch

Institut besteht bis heute und ist weiterhin die führende Institution der deutschen Südosteuropa-Forschung.²⁰⁴ Während des Zweiten Weltkrieges ging die bestimmende Position in der deutschen Südosteuropaforschung vorübergehend an das im September 1939 unter maßgeblichem Einfluß der SS gegründete Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut mit der dazugehörigen Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Berliner Universität über. Dekan bzw. Präsident beider Einrichtungen wurde der Leiter des Amtes für "Weltanschauliche Forschung und Auswertung" im Reichssicherheitshauptamt F. A. Six.²⁰⁵ Durch die Berufung von Valjavec sicherte sich das Berliner Zentrum den im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie politisch zuverlässigsten und aktivsten Südosteuropaforscher jener Jahre.²⁰⁶ Den Terminus "Auslandswissenschaft" erläuterte ein leitender Mitarbeiter des Berliner Instituts 1940. Demnach sollten die Auslandswissenschaften "politische Wettermeldungen und eine politische Geländekunde" liefern, die "unser Volk" so nötig brauche wie der Flieger "vor dem Flug ins feindliche oder freundliche Land sorgfältige Wettermeldungen von seinen Metereologen".²⁰⁷ Diese im schlechten Sinne "aufklärende" Forschung nahm ihre institutionellen Anfänge in der Weimarer Republik durch die Etablierung der Ost- und Südosteuropaforschung in Breslau, Leipzig, Dresden und München.²⁰⁸ Die Gründung der dortigen Institute unterstreicht, daß die ökonomischen, völkischen und militärstrategischen Interessen der deutschen Politik und Wirtschaft nach Ende des Ersten Weltkrieges keineswegs

die bis heute gültige Bezeichnung "Südost-Institut" ersetzt. Ab 1936 gab das Münchner Institut die Zeitschrift "Südostdeutsche Forschungen" heraus. Mit dem 5. Jahrgang wurde der Titel auf "Südost-Forschungen" abgeändert. Die Zeitschrift erscheint bis heute. (Vgl. Valjavec, Fritz, Die deutsche Südosteuropaforschung, in: Jahrbuch der Politik, 1943, S. 1085 u. 1089f.).

²⁰⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 117; Valjavec, Die deutsche Südosteuropaforschung, a. a. O., S. 1085.; Siebert, a. a. O., S. 395.

²⁰⁵ Six war von 1939-1943 Leiter des Amtes VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung) im Reichssicherheitshauptamt und von 1940-1945 Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in Berlin. (Vgl. Siebert, a. a. O., S. 311).

²⁰⁶ Vgl. Siebert, a. a. O., S. 190.

²⁰⁷ Vgl. Pfeffer, K. H., Begriff und Methode der Auslandswissenschaften, in: Jahrbuch der Weltpolitik, Berlin 1942, S. 884ff.

²⁰⁸ Vgl. dazu: Gross, Hermann, Zur Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Südosteuropa-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.), Südosteuropaforschung in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, Boppard 1979.

fallengelassen, sondern auf einer viel breiteren organisatorischen Basis als zuvor verfolgt wurden. Als Legitimationsinstrument wurde darüber hinaus eine neue Wissenschaft kreiert: die Geopolitik.

6.1.8 Südosteuropa in der Konzeption der deutschen Geopolitik

Auf der Grundlage der Schriften von Ratzel²⁰⁹ und Kjellén²¹⁰ wurde die Geopolitik in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus unter der Federführung des Münchner Professors Karl Haushofer²¹¹ geprägt und als wissenschaftliche Disziplin etabliert. Der

²⁰⁹ Siehe zu Ratzel in dieser Arbeit S. 172, 202 u. 291, Fußnote.

²¹⁰ Siehe zu Kjellén in dieser Arbeit S. 249 u. 291ff.

²¹¹ Karl Haushofer (1869-1946) veröffentlichte bereits vor 1914 zahlreiche Bücher und Artikel über Grenzen, Macht und Boden, "raumüberwindende Mächte" und Geopolitik. Im Ersten Weltkrieg stieg er bis zum Rang eines Generalmajors der deutschen Armee auf. Er gehörte einige Zeit zum bayrischen Generalstab und hielt sich mehrere Jahre als militärischer Beobachter in Japan auf. Während des Krieges lernte Haushofer Rudolf Heß kennen, der einige Zeit als Ordonnanzoffizier sein Vorgesetzter war. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann Haushofer 1919 an der Universität München als Dozent für geographische Fragen. Im Jahre 1921 übernahm er eine Professur für Geographie. Heß wurde bald darauf zu seinem Studenten und "Lieblingsschüler". Dieser brachte Haushofer 1922 in Kontakt mit Adolf Hitler. Als Heß und Hitler nach dem gescheiterten Putsch von 1923 in der Landsberger Festungshaft saßen, wurden sie von Haushofer mit Literatur versorgt. Unter den Büchern befand sich Ratzels "Politische Geographie" von 1897. Diese Schrift sowie Gedanken Haushofers bildeten für Hitler Grundlagen bei der Formulierung seines Buches "Mein Kampf". Neben der Rassenlehre wurde die Geopolitik zur offiziellen Doktrin des Nationalsozialismus erhoben. Haushofer galt als geistiger Führer dieser Pseudowissenschaft. In seinen zahlreichen Büchern, Aufsätzen und Vorträgen propagierte er die Schaffung eines "Großdeutschland", das durch die Revision des Versailler Vertrages zu einer riesigen kontinentalen Macht (Eurasien) werden sollte, ergänzt durch ein Kolonialreich (Eurafrika). Sein Hauptwerk "Weltpolitik von heute" erschien 1934. Er widmete es Rudolf Heß. Im Vorwort bezeichnete er den Zweck des Buches als "Denken in großen Räumen". 1934 erhielt Haushofer die Berufung zum Präsidenten der Deutschen Akademie in München (siehe dazu in dieser Arbeit S. 353f. u. 387). Ab 1938 leitete Haushofer darüber hinaus als Präsident den "Volksbund für das Deutschtum im Auslande", eine Spionageorganisation der NSDAP. Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde Haushofers Sohn Albrecht verhaftet und hingerichtet. Auch Karl Haushofer geriet deshalb 1944 vorübergehend in Haft. Auf Grund dessen wurde er im Nachkriegsdeutschland zum Antifaschisten erklärt. Den Alliierten blieb die bedeutende Rolle Haushofers im Nationalsozialismus jedoch nicht verborgen. Als er vor dem Nürn-

Gang der Geschichte werde, so die Grundthese der Geopolitiker, durch das Verhältnis von geographischem Raum und "Volk" bestimmt. Unter Berufung auf die fragwürdigen Kategorien Boden, Lebensraum, Bevölkerungswachstum, Volk und Führer leiteten die deutschen Geopolitiker, ausgehend von einem "Recht auf Wachstum", eine angeblich natürliche Gesetzmäßigkeit des deutschen Expansionismus ab. Dabei sahen sie deutsche "Wachstumsmöglichkeiten in erster Linie in Ost- und Südosteuropa."²¹² 1924 schlossen sich die führenden deutschen Geopolitiker in einer Arbeitsgruppe zusammen und gründeten die "Zeitschrift für Geopolitik", die bis Ende 1944 und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ab 1951 erschien. Sie vermittelte der deutschen Öffentlichkeit die fragwürdigen geopolitischen Überzeugungen ohne wesentliche Veränderungen in der Weimarer Republik, der Periode des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. Ebenfalls 1924, dem Gründungsjahr der "Zeitschrift für Geopolitik" nahm an der Deutschen Hochschule für Politik, wie erwähnt, ein geopolitisches Seminar unter Leitung von Professor Adolf Grabowsky den Lehrbetrieb auf.²¹³ Damit war die Geopolitik zur Wissenschaft erhoben. Nach 1933 wurde sie an allen deutschen Universitäten zum Prüfungsfach.²¹⁴

Zu Beginn der nationalsozialistischen Periode schloßen sich Anhänger Haushofers zur "Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik e. V." zusammen, die im April 1933 zu Ehren des Machtantritts Hitlers eine Denkschrift mit dem Titel "Geopolitik als nationale Staatswissenschaft" herausgab. Konrad Haushofer und sein Sohn Albrecht, der 1933 das geopolitische Seminar an der Deutschen Hochschule für Politik übernahm, waren im Nationalsozialismus zudem als ständige Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes tätig.²¹⁵ Als Nachbardisziplin der Geopolitik etablierte sich an deutschen Universitäten die Geojurisprudenz, d. h. die "Lehre vom Emporsteigen des Rechts aus dem Raum". Der an der Berliner Universi-

berger Gerichtshof in bezug auf seine Tätigkeit für den "Volksbund für das Deutschtum im Auslande" vernommen werden sollte, beging Haushofer am 10. März 1946 Selbstmord. (Vgl. Heyden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik, Berlin (DDR), 1958, S. 115ff, 158f., 164 u. 179; Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 177).

²¹² Vgl. Heyden, a. a. O., S. 149.

²¹³ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 346f.

²¹⁴ Vgl. Heyden, a. a. O., S. 146, 153 u. 209; Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 309.

²¹⁵ Vgl. Heyden, a. a. O., S. 151 u. 158.

tät lehrende Jurist Carl Schmitt wurde ihr bekanntester Vertreter. Er blieb bis weit in die Nachkriegszeit in Deutschland ein angesehener Wissenschaftler.²¹⁶

Die geopolitische Schule war entscheidend daran beteiligt, daß sich der Slogan "Mitteleuropa" in Deutschland als wesentlicher Schlüssel zum Verständnis und zur Begründung der deutschen Politik seit Mitte des 19. Jahrhunderts durchsetzte.²¹⁷ "Mitteleuropa" bilde, so die Geopolitik, eine "Schicksalsgemeinschaft" und werde für Deutschland zur "Schicksalsfrage". In "Mitteleuropa" läge Deutschlands "Lebensraum" und Zukunft.²¹⁸

Bezüglich Südosteuropas vertraten die deutschen Geopolitiker nach 1918 die Auffassung, die dortigen Staaten hätten sich nach dem Ersten Weltkrieg durch ihre Anlehnung an Frankreich und Italien "in die Abhängigkeit von Bündnissystemen gebracht, denen sie weder geopolitisch noch ethnopolitisch zugehören." Die zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der Ostsee und dem Mittelmeer gelegenen Staaten Ost- und Südosteuropas bezeichneten die Geopolitiker als "Zwischeneuropa" oder als "europäische Schütterzone". Der Begriff "Schütterzone" umschrieb die Überzeugung, daß weitere kriegerischen Erschütterungen in diesem Gebiet bevorstünden, da dessen staatliche Gliederung untragbar sei. "Die geopolitische Anlage dieses Raumes", dränge zu "großräumiger Zusammenfassung", "die ethnopolitische zur Zersplitterung".²¹⁹ Die nationalsozialistische Politik der nächsten Jahre folgte dieser Maxime. Sie setzte gewaltsam eine "großräumige Zusammenfassung" weiter Teile Ost- und Südosteuropas unter deutscher Hegemonie bei gleichzeitiger "ethnopolitischer Zersplitterung" multinationaler Staaten wie der Tschechoslowakei und Jugoslawiens durch. Bereits Anfang der dreißiger Jahre skizzierten die

²¹⁶ Vgl. Heyden, a. a. O., S. 154; Schmitt, Carl, Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969, Berlin, 1995, u. a.

²¹⁷ Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 6.

²¹⁸ Vgl. Kreil, Fritz, Mitteleuropäische Autarkie, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932, S. 206ff.; Schmerz, Ig., Deutschlands Donauerbe, ebenda, S. 224ff.; Nelböck, Friedrich, Deutschland und die Tschechoslowakei, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8/1932, S. 451ff.

²¹⁹ Vgl. Trampler, Kurt, Die Staaten der europäischen Schütterzone, in: Haushofer, Karl (Hg.), Jenseits der Großmächte. Ergänzungsband zur Neubearbeitung der Großmächte Rudolf Kjéllens, Leipzig/Berlin 1932, S.186ff.; Der Süd-Ostraum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8/1933, S. 455ff.

deutschen Geopolitiker das Konzept der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft. Die zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Staaten Ost- und Südosteuropas sollten als Agrar- und Rohstofflieferanten langfristig an Deutschland gebunden werden. Um dies zu erreichen, sollte Deutschland seine Zollmauern gegen die landwirtschaftlichen Produkte "der zwischeneuropäischen Staaten" niederlegen, während diese ihre Zollbeschränkungen gegen deutsche Industrieprodukte beseitigen müssten. Dabei müsse die seit 1918 aufgebaute Industrie der Länder Ost- und Südosteuropas wieder verschwinden. Diese sei "in steter Versündigung gegen Geographie und Geschichte" aufgebaut worden. Die Geopolitiker bezeichneten die Industrie Südosteuropas als "künstlich", "unorganisch" und "überflüssig" und forderten für die Realisierung der deutsch-südosteuropäischen "Ergänzungswirtschaft" deren Eindämmung bzw. Reduzierung.²²⁰

Das Ziel der französisch-tschechischen "Donaupolitik" bestehe in der Absicht, "Deutschland einen Riegel nach Südosten vorzuschieben", um dessen wirtschaftliches und politisches Vordringen in dieser Richtung zu verhindern. Ganz "Mitteleuropa" bis zum Schwarzen Meer werde von Frankreich fremdbestimmt. Das französische Vertragssystem habe jedoch nicht "raumbildend" gewirkt. Die Geopolitik stelle allein Deutschland die Aufgabe, diesen Raum zu formen und zu organisieren. Dabei lasse Deutschland sich nicht durch "imperialistische Hegemoniebestrebungen" leiten, sondern durch die Notwendigkeit, "Mitteleuropa" nicht zum Erbe der Sowjetunion werden zu lassen.²²¹

In der Tradition der bereits im 19. Jahrhundert verbreiteten Ideologie von der angeblichen "Barbarei" bzw. "Rückständigkeit" der Bevölkerung Südosteuropas vertraten die deutsche Geopolitiker darüber hinaus die Überzeugung, daß nur eine deutsche Kulturmission diesem Gebiet Fortschritt und Zivilisation bringen

²²⁰ Vgl. Trampler, a. a. O., S. 186ff; Nelböck, a. a. O., in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 8/1932, S. 459.

²²¹ Vgl. Schmerz, Ig., Verschiebungen im Donaauraum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3/1931, S. 177ff.; ders., Deutschlands Donauerbe, in Zeitschrift für Geopolitik, Heft 4/1932, S. 224ff, Kreil, Fritz, Mitteleuropäische Autarkie, ebenda, S. 208ff.; Lüdorf, Paul Fr., Aktive deutsche Mitteleuropapolitik!, ebenda, S. 214ff.; Török, Arpad, Ungarn im Spiel der französischen Donaupolitik, ebenda, S. 218ff., Mühlmann, Karl, Balkan und Vorderer Orient in geopolitischer Bedeutung, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 7/ 1932, S. 398ff.; Nelböck, a. a. O., S. 451ff.

könne. Da die Bevölkerung des Balkans seit Jahrzehnten vergeblich versucht habe, sich zu europäisieren und "moralisch und geistig die westliche Höhe zu erreichen", bleibe es Aufgabe der deutschen Ostsiedler, ihr "ein bewußtes und gestaltetes Leben vorzuleben".²²² Weiter hieß es in der "Zeitschrift für Geopolitik":

"Die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanländer ist möglich und notwendig. Sie wird wie in allen kolonialen oder halbkolonialen Gebieten das Werk eines höherstehenden Wirtschaftsvolkes sein müssen."²²³

Hier bleibt kein Zweifel, daß den Ländern Südosteuropas bereits vor 1933 in deutschen Konzepten der Status von Kolonien zugeacht wurde. Ein anderer Geopolitiker erklärte, die Weltgeschichte habe Prag, Budapest, Bukarest und Belgrad "für immer nur eine zweite oder dritte Rolle angewiesen".

"Die universale Sprache und Kultur des Donaumaums war immer, ist heute und wird wohl auch in Zukunft deutsch sein."²²⁴

Mit derartigen pseudowissenschaftlichen Argumentationen legitimierte die deutsche Geopolitik die Einbindung der Länder Ost- und Südosteuropas in die deutsche Großraumwirtschaft, die sich in den dreißiger Jahren in rasanter Weise vollzog.

Die dargestellten Ausführungen und Forderungen deutscher Geopolitiker bestätigen folgende 1932, 1938 und 1944 in Frankreich, der Schweiz und den USA getroffenen Urteile:

1. Geopolitik ist ein Zweckwissenschaft zur Rationalisierung von Eroberungen.²²⁵
2. "Letzten Endes ist Geopolitik nichts anderes als die Ideologie imperialistischer Expansion."²²⁶

²²² Vgl. Zillich, Heinrich, Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 2/1929, S. 146f.

²²³ Körber, A., Rückblick und Ausschau auf den Balkan, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 9/1929, S. 751. Ähnlich offen argumentierte der Vorsitzende der Deutschen Gruppe des MWT Gothein 1931. (Vgl. Gothein, Georg, Mitteleuropäische Zollunion, in: Volk und Reich, 7. Jg., 1931, Heft 2/3, S. 131).

²²⁴ Welte, Adolf, Der Donaumaum, in: Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3/1934, S. 152.

²²⁵ Vgl. Mühlen, Norbert, Der Zauberer. Leben und Anleihen des Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht, Zürich 1938, S. 134.

²²⁶ Neumann, Behemoth, a. a. O., S. 187.

2. "Geopolitik ist Vorbereitung zu einem Angriff, ist ein Werkzeug des Krieges."²²⁷

6.2 1929-1945: Südosteuropa in den Fesseln deutscher Großraumwirtschaft

Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurden die alten deutschen Expansionsziele in Richtung Ost- und Südosteuropa nicht mehr nur mit Mitteln der stillen Diplomatie, sondern wieder mittels offensiver Aktionen.²²⁸

Einen Ansatzpunkt zur Durchsetzung günstiger Geschäftsbedingungen für die deutsche Exportindustrie bot die schier auswegslose ökonomische Situation, in die die südosteuropäischen Staaten, die als unterentwickelt gehaltene Länder vom Export weniger unverarbeiteter Produkte abhängig waren, infolge der Weltwirtschaftskrise gerieten. In ihrem Kontext versiegten die Auslandskredite, die in den zwanziger Jahren eine ökonomische Konsolidierung Südosteuropas ermöglicht hatte. Die Weltwirtschaftskrise traf Südosteuropa stärker als andere Teile der Welt. Bereits 1928 sahen sich die dortigen Staaten mit einem rapiden Preisverfall ihrer Hauptexportgüter (Getreide, Schweine, Eier, Kupfer, u. a.) konfrontiert. Die Weltmarktpreise für Agrarprodukte lagen in diesem Jahr um 30% niedriger als in der Periode von 1923-1925.²²⁹

Gleichzeitig kam es in der Nachkriegsperiode zu einem zunehmenden Konkurrenzkampf um den westeuropäischen Agrarmarkt, bei dem die südosteuropäischen Staaten gegenüber Ländern aus Übersee beträchtliche Einbußen hinnehmen mußten. Durch moderne Technik und eine durchrationalisierte Landwirtschaft mit wenig Arbeitskräften konnte in Argentinien, Kanada, Australien und den USA der Getreideanbau verdoppelt bis verdreifacht und unter geringem Kostenaufwand verschifft werden. Demgegenüber erzeugten die Bauern Südosteuropas ihr Getreide mit bescheidenen technischen Mitteln auf kleinen Parzellen mit vielen gering bezahlten Arbeitskräf-

²²⁷ Demangeon, Albert, Géographie politique, in: Annales des Géographie, Nr. 233, 15. 1. 1932, S. 31.

²²⁸ Vgl. Haberl, a. a. O., S. 513.

²²⁹ Vgl. Ránki, Economy and foreign policy. The struggle of the great powers for hegemony in the danube valley 1919-1939, a. a. O., S. 51.

ten.²³⁰ Den südosteuropäischen Staaten fehlten die Mittel zur Technisierung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Gleichzeitig war weiterhin die Subsistenzwirtschaft verbreitet, so daß ein großer Teil der erzeugten Agrarprodukte im Lande verblieb. Darüber hinaus verkleinerten sich die Landparzellen infolge von Erbteilungen in zunehmendem Maße, da es für die Bevölkerung aufgrund der fehlenden Industrie keine alternativen Möglichkeiten der Existenzsicherung gab. Aufgrund dieser Entwicklung sprachen Wirtschaftsplaner von einer landwirtschaftlichen Überbevölkerung Südosteuropas.²³¹ Während die südosteuropäischen Donauländer von 1909-1913 noch 11,2% der Weltgetreideausfuhr lieferten, fiel ihr Anteil in den Jahren 1925-1930 auf 3% zurück. Die vier genannten überseeischen Staaten konnten dagegen ihren Anteil von 41% auf 82,4% steigern.²³² Um der ökonomischen Krise zu entkommen, verdreifachten Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien im Zeitraum von 1928-1933 das Exportvolumen von Getreide, doch gleichzeitig sanken die Preise um 75%. Die Exportüberschüsse wurden durch eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung erkaufte.²³³ Aufgrund ihrer monokulturellen Struktur konnten die Staaten Südosteuropas auf Exportrückschläge bei ihren agrarischen Kernprodukten Mais, Weizen, Früchte, Vieh und Tabak nicht flexibel durch eine Verlagerung der Ausfuhr auf andere Erzeugnisse reagieren. So mußte sie die Weltwirtschaftskrise, auf die die Industriestaaten mit protektionistischen Maßnahmen bei der Einfuhr von Agrarprodukten reagierten, besonders hart treffen.

Die Einschnitte im Außenhandel der südosteuropäischen Donaustaaten infolge der Weltwirtschaftskrise zeigt folgende Tabelle:

Land	Importe (in Mio. \$)		Exporte (in Mio. \$)	
	1928	1932	1928	1932
Bulgarien	87	42	76	41
Rumänien	332	116	278	170

²³⁰ Vgl. Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen, a. a. O., S. 487.

²³¹ Vgl. u. a. Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte, a. a. O., S. 43.

²³² Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 55.

²³³ Vgl. Teichova, a. a. O., S.177f.

Jugoslawien 233 78 192 83 ²³⁴

Auch der Wert ihrer Exporte ging massiv zurück und das Nationaleinkommen sank in drastischer Weise. Hinzu kam der Stopp der Auslandskredite bei gleichzeitig wachsendem Schuldendienst.²³⁵

Die Auslandsverschuldung, der die Staaten Rumänien, Bulgarien und Serbien (ab 1918 Jugoslawien) seit der Nationalstaatsbildung nicht entkommen konnten, hatte sich u. a. durch Kredite für den Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg und für den Aufbau eigener Industrien drastisch erhöht. Dies dokumentiert folgende Tabelle:

Die Auslandsverschuldung südosteuropäischer Länder 1931/32
(in Millionen Gold-Dollar)

Land	Gesamtverschuldung	Schulden vor 1918	Nachkriegs- schulden
Bulgarien	138,9	90,1	48,8
Jugoslawien	634,8	460,9	173,9
Rumänien	1022,7	649,9	372,8 ²³⁶

Einige Staaten Südosteuropas standen 1931 unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Die sinkenden Agrarpreise erschwerten den Schuldendienst. Die Rückzahlungen verschlangen 1932 folgende Anteile an den gesamten Staatsausgaben: Bulgarien 35%, Rumänien 27% und Jugoslawien 26%.²³⁷ Die Möglichkeiten des Schuldenabbaus blieben weiter eingeschränkt, da die Hauptgläubiger (Frankreich, Großbritannien, USA) nur einen geringen Teil der Exporte der südosteuropäischen Donauländer aufnahmen.²³⁸

Da sie den Rückzahlungsbedingungen nicht weiter gewachsen waren, erklärten die Regierungen der Staaten Südosteuropas 1932/33 par-

²³⁴ nach Orlow, Dietrich, *The Nazis in the Balkans. A case study of totalitarian politics*, Pittsburgh 1968, S. 4.

²³⁵ Vgl. Sundhausen, *Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum*, a. a. O., S. 123.; Basch, *The Danube Basin and the German Economic Sphere*, New York 1943, S. 35f.

²³⁶ nach Teichova, a. a. O., S. 122.

²³⁷ Vgl. Wendt, *England und der deutsche "Drang nach Südosten"*, a. a. O., S. 493.

²³⁸ Vgl. Seckendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 121-123 u. 126ff.

tielle Schuldenmoratorien. In Griechenland und Bulgarien erfolgte dies im Frühjahr 1932, in Jugoslawien im November 1932 und in Rumänien im Januar 1933. Ohne eine internationale Lösung und eine gemeinsame Aktion bestanden für die Länder der Balkanhalbinsel keine Möglichkeiten mehr, zur Schuldentrückzahlung und zum Freihandelssystem zurückzukehren.²³⁹

In den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise bot auch der Handel mit Deutschland keinen Ausweg, da auch die deutsche Wirtschaft infolge des Devisenmangels ihre Einfuhrkontingente für landwirtschaftliche Produkte reduzierte. Vor diesem Hintergrund ging der deutsche Handel mit den drei südosteuropäischen Donaustaaten zwischen 1930 und 1931 zurück, wie folgende Tabelle zeigt:

Reiner Warenverkehr in Mio. Reichsmark

Einfuhren nach Deutschland aus: Ausfuhren Deutschlands nach:

Land:	1928	1929	1930	1931	1928	1929	1930	1931
Rumänien	188,0	211,0	236,9	102,4	173,0	164,1	137,3	92,5
Jugoslawien	66,6	60,9	74,8	40,1	117,6	152,6	172,1	95,1
Bulgarien	51,0	51,2	58,9	48,3	36,0	44,7	22,9	25,3 ²⁴⁰

Dennoch behielt Deutschland auch in dieser Periode die führende Position im Handel der südosteuropäischen Donaustaaten:

Anteil des Deutschen Reiches am Außenhandel der südosteuropäischen Donauländer in Prozent

	Bulgarien		Jugoslawien		Rumänien	
1929	22,3	29,9	15,6	8,5	24,1	27,6
1930	23,2	26,2	17,5	11,7	25,1	18,8
1931	23,3	29,5	19,3	11,3	29,1	11,4
1932	25,9	26,1	17,7	11,3	23,6	12,5 ²⁴¹

²³⁹ Vgl. Basch, a. a. O., S. 54 u. 73.

²⁴⁰ nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 164.

Deutschland hatte in dieser Periode im Handel mit bestimmten Warengruppen eine monopolartige Stellung erreicht. So betrug z. B. 1931 der deutsche Anteil an der gesamten Chemieeinfuhr Rumäniens 40% (gefolgt von Frankreich mit 15,5%). Andererseits importierte Deutschland ca. 40% der rumänischen Getreideausfuhr. In dieser Stellung erblickten deutsche Wirtschaftskreise eine Basis, um der eigenen Devisenknappheit und Außenhandelskrise nach dem Börsencrash von New York zu entkommen. Die deutsche Industrieproduktion war bereits von 1927 zu 1928 um 3,8% und von 1928 zu 1929 um 1% gefallen. Von 1929 zu 1930 sank sie rapide um 12,8%. Zudem führte die Weltwirtschaftskrise zu einem drastischen Rückgang des deutschen Handels in Übersee und in Europa.²⁴² Die Weltwirtschaftskrise traf Deutschland weniger aufgrund des Abzuges kurzfristiger Auslandsanleihen, als vielmehr in Auswirkung des Niederganges des Welthandels, war doch die deutsche Wirtschaft zum großen Teil exportabhängig. Zum anderen bestand ein lebenswichtiger Bedarf an Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten, die weitgehend durch Ausfuhr finanziert werden mußten. Der Zerfall des Weltmarktes wirkte sich für Deutschland um so drastischer aus, da sich nach dem Ersten Weltkrieg das Maß der Eigenversorgung durch die im Versailler Vertrag bestimmten Gebietsabtretungen erheblich reduziert hatte. Der Verlust an Territorium war gleichbedeutend mit der Einbuße von 75% der deutschen Eisenerzgewinnung, 26% der Bleierzeugung und 7% der deutschen Industrieunternehmen. Die nach dem Krieg abgetrennten Agrarüberschußgebiete Westpreußen und Posen hatten 18% der Kartoffel-, 17% der Roggen- und Gerstenerträge und 13% bzw. 11% der Weizen- und Haferernte bestritten. Solange der Welthandel funktionierte, ermöglichte die deutsche Exportproduktion die Einfuhr fehlender Rohstoffe und Agrarprodukte. Mit der Weltwirtschaftskrise erwies sich diese Voraussetzung als kaum noch gegeben.²⁴³ Vor diesem Hintergrund begannen die zuvor zögernden, am Freihandel und am Überseege­schäft interessierten Gruppen des deutschen Kapitals, unter Führung des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RDI)

²⁴¹ nach Haberl, a. a. O., S. 515.

²⁴² Vgl. Meyer, Mitteleuropa in German thought and action, a. a. O., S. 312; Basch, a. a. O., pp. 35-69 u. 166.

²⁴³ Vgl. Volkmann, Hans-Erich, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, herausgegeben von Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann u. a., Stuttgart 1979, S. 178.

und des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), die Konzeption des Langnamvereins zu übernehmen, d. h. Abkehr vom Überseegetreide und Sicherung des wirtschaftlichen "Ergänzungsraumes" Südosteuropa auf der Basis von Zollunionen und bilateralen Präferenzverträgen. Das von 1925-1930 in allen wichtigen Handelsverträgen verfolgte Prinzip der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung sollte aufgegeben werden.²⁴⁴

Die neuen Parolen hießen "Autarkie", "Regionalisierung" und "Großraumwirtschaft" mit Südosteuropa als vorrangigem "Ergänzungsraum".²⁴⁵ Dabei hofften die Wirtschaftsplaner die noch prekärere wirtschaftliche Situation der Staaten Südosteuropas ausnutzen zu können, um diese langfristig an Deutschland zu binden und ihre Produktion ganz nach den Bedürfnissen des deutschen Marktes auszurichten. Anknüpfungspunkte bei der Formulierung und Legitimation ihrer Konzepte fanden sie in den "Mitteleuropa"-Plänen des Ersten Weltkrieges und noch früher in den Schriften Friedrich Lists. Ideologische Begründungsmuster lieferte ihnen darüber hinaus die deutsche Geopolitik.

6.2.1 Die Genese des Konzepts einer deutschen Großraumwirtschaft

An der Ausformulierung des Konzeptes einer deutschen Großraumwirtschaft mit der Hauptausrichtung nach Südosteuropa beteiligten sich ab Ende der zwanziger Jahre die Deutsche Gruppe des MWT, die "Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa", deutsche Geopolitiker und Regierungsbeamte sowie Schüler Friedrich Naumanns. Einer von ihnen, Erich Koch-Weser, Mitglied der von Naumann gegründeten Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Gruppe des MWT sowie 1928/29 deutscher Justizminister, benannte 1929 in einem dem Andenken Gustav Stresemanns gewidmeten Buch folgende langfristige Ziele und Pläne deutscher Ost- und Südosteuropapolitik. Er setzte auf

- einen Anschluß Österreichs und eine Korrektur der Ostgrenzen²⁴⁶,

²⁴⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 121ff; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, S. 216.

²⁴⁵ Vgl. Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 206.

²⁴⁶ Vgl. Koch-Weser, Erich, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit, 6. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik, Berlin 1929, S. 119.

- die Verwirklichung von Naumanns "Mitteleuropa",
- auf Ost- und Südosteuropa als "deutschen Lebensraum"²⁴⁷,
- ein offensives Hochspielen der Frage des
Auslandsdeutschtums²⁴⁸

Ganz offen betonte Koch-Weser die Kontinuität des deutschen
"Drangs nach Südosten":

"Mögen die Verschiebungen des Weltkrieges auch noch so groß gewesen sein, die von Naumann immer betonte Tatsache, daß der Lebensraum Deutschlands in Mitteleuropa liegt und gen Südosten zu erweitern ist, ist unverändert geblieben. Wir denken nicht an eine Annexion dieser Völker. Aber hier im Osten und Südosten von Deutschland ist die deutsche Sprache als Verkehrssprache verwurzelt und ist deutsches Wissen und Können berufen, an der Entwicklung führend mitzuarbeiten."²⁴⁹

Die Aktualität traditioneller deutscher "Mitteleuropa"-Konzepte hob 1931 auch der Reichsminister für die besetzten Gebiete Treviranus hervor. Er schrieb im Geleitwort zum Sammelband "Großraumwirtschaft":

"Dem organischen Denken erscheint es als eine Selbstverständlichkeit, die Idee Mitteleuropa, die von unserem großen Friedrich List erstmalig geäußert, später von Friedrich Naumann ausgearbeitet wurde, zu Ende zu denken, und sie ihrer praktischen Lösung entgegen zu führen. Für das organische Denken treten alle machtpolitischen Hemmungen in den Hintergrund".²⁵⁰

Damit war die Forderung einer notfalls auch gewaltsamen Durchsetzung der "Mitteleuropa"-Pläne von List und Naumann ausgesprochen.

Im Sammelband "Großraumwirtschaft" selbst wurde, unter Berufung auf Naumann, das Projekt eines von Deutschland beherrschten "Mitteleuropas" 1929 gegen das von französischen Politikern favorisierte Paneuropa-Konzept gestellt. Der Band ging aus Vortragsabenden der "Studiengesellschaft für Mittel und Südosteuropa"

²⁴⁷ Vgl. ebenda, S.121f.

²⁴⁸ Vgl. ebenda, S.128ff.

²⁴⁹ Ebenda, S.121f.

²⁵⁰ Geleitwort von G. R. Treviranus im Buch Großraumwirtschaft, der Weg zur europäischen Einheit, herausgegeben von Wilhelm Gürge und Wilhelm Grotkopp, Berlin 1931, S. 7f.

pa" hervor.²⁵¹ In dieser für die künftige Wirtschaftspolitik maßgeblichen Schrift hieß es, Deutschland müsse sich Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkte sichern. Es benötige sie für den Bedarf der eigenen Bevölkerung und zur Zahlung seiner finanziellen Verpflichtungen. Dabei solle es die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, von denen die Länder Ost- und Südosteuropas am stärksten betroffen seien, ausnutzen. Deutschland könne diesen Staaten Vorzugszölle für ihr Getreide gewähren. Als Gegenleistung für dieses "Opfer" der deutschen Landwirtschaft solle Deutschland zur Förderung seines Industriewarenexportes von den Staaten Südosteuropa den Abbau ihres Schutzsystem für die einheimische Industrie verlangen. Auf Grundlage einer "Arbeitsteilung" zwischen deutscher Industrie und südosteuropäischer Landwirtschaft sei die Errichtung einer Großraumwirtschaft möglich.²⁵² Deutschland benötige Zollbündnisse mit Ländern, deren Produktionsstruktur die deutsche Wirtschaft ergänzen könne, d. h. nicht mit Industriestaaten, sondern mit den Rohstoff- und Agrarproduzenten "des Ostens". Die durch "Versailles" geschaffenen Zollschranken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa müßten wieder beseitigt werden. Der Mitherausgeber des Sammelbandes "Großraumwirtschaft" Gürge ging davon aus, daß sich Ungarn und Rumänien nach einem Anschluß von Österreich an Deutschland einer von diesem Kern ausgehenden "mitteleuropäischen" Wirtschaftspolitik freiwillig unterwerfen würden. Dann müßten sich - ob sie wollen oder nicht - auch Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien

²⁵¹ Ein großer Teil der dort Versammelten kam aus einem seit Anfang der dreißiger Jahre für eine "aktive Konjunkturpolitik" eintretenden Reformerkreis um Grotkopp, u.a. Dieser gründete als Schwesterorganisation zur Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft die Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa. Die Leitung übernahm Dr. Wilhelm Gürge. Die Idee der Großraumwirtschaft entwickelte sich aus ihren Debatten über eine aktive Konjunkturpolitik. Der Begriff "Großraumwirtschaft" wurde erst seit Erscheinen des genannten Sammelwerkes handelspolitisch üblich. Wilhelm Gürge war nach einer Personalanmerkung Grotkops, Direktor eines Industrieunternehmens, seit 1933 Lehrbeauftragter an der Universität Berlin und 1940 Hauptgeschäftsführer der deutschen Handelskammer in Helsingfors. Er starb 1941. Sein Kollege Grotkopp schrieb auch in der "Zeitschrift für Geopolitik". (Vgl. Opitz, Europastrategien, a. a. O., S. 591).

²⁵² Vgl. Gürge, Wilhelm, Der Aufbau Mittel- und Südosteuropas als wirtschaftliche Forderung, Grotkopp, Wilhelm, Handelspolitische Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in: diess., Großraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit, Berlin 1931, S. 11, 16, 24f., 30 u. 34f.

einer Einbindung fügen.²⁵³ Anknüpfend an das im 19. Jahrhundert verbreitete Legitimationsmuster deutscher Südosteuropaexpansion erklärte er, die durch Deutschland vermittelten zivilisatorischen "Errungenschaften" böten den betroffenen Ländern "wahre Völkerbeglückung". Gleichzeitig bestände auf der Grundlage der Zusammenfassung des mit 150 Millionen Menschen bewohnten Großraumes "Mitteleuropa" die Möglichkeit, die USA und Großbritannien aus ihren Positionen in Ost- und Südosteuropa herauszudrängen und eine tendenziell autarke Großraumwirtschaft zu initiieren, von der aus später auch "die Brücke zu Paneuropa", d. h. in die westeuropäischen Länder geschlagen werden könne.²⁵⁴ Ein weiterer Autor des Sammelbandes vertrat die Auffassung, für eine eigenständige Industrie der südosteuropäischen Staaten seien keine Voraussetzungen gegeben.²⁵⁵

Allein für die Verwertung von Produkten der Forstwirtschaft, des Bergbaus- und der Landwirtschaft sollten die Länder Südosteuropas nach Meinung der Autoren des Sammelbandes "Großraumwirtschaft" über eigene Industrien verfügen dürfen. Ansonsten müßten sie im Rahmen der Großraumwirtschaft "auf die künstliche Schaffung neuer Industrien verzichten".²⁵⁶ Der Autor der 1932 erschienenen Schrift "Deutsche Großraumwirtschaft", Karl Krüger unterstützte diese Position. Er erklärte, "die überspannten Industrialisierungspläne der kleineren Staaten im Donaauraum" müßten durch ein "engeres Zusammengehen mit Industriedeutschland eingeschränkt werden."²⁵⁷

Krüger sah in der Schaffung eines deutschen Großwirtschaftsraumes von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer ein Konzept, daß bereits im Ersten Weltkrieg angestrebt und der Verwirklichung nahegebracht worden sei. Er blickte noch weiter in die Geschichte

²⁵³ Diese Überzeugung war in der zeitgenössischen deutschen Publizistik verbreitet. (Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 203).

²⁵⁴ Vgl. Gürge, Wilhelm, Paneuropa und Mitteleuropa, Berlin 1929, S.16f., 39, 52, 61 u. 65-72.

²⁵⁵ Vgl. Blaskovics, Franz, Zollunion - reine Notwendigkeit für die Landwirtschaft des Südostens, in: Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 74. Der Domprobst Blaskovics war Präsident des "Schwäbischen Landwirtschaftvereins" in Temesvar/Rumänien. (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 111. u. 131).

²⁵⁶ Franges, Otto von, Die Bedeutung von Präferenzverträgen für die mitteleuropäische Industrie, in: Großraumwirtschaft, a. a. O., S. 85ff.

²⁵⁷ Krüger, Karl, Deutsche Großraumwirtschaft, Hamburg 1932, S. 16.

zurück und betonte, daß "Deutschlands `Drang nach dem Osten` in seiner Bedeutung als Zielstreben donauabwärts nach den Schwarzmeerländern und dem Orient" als feststehender Begriff schon in der ersten Zeit des deutschen Kaiserreiches international bekannt geworden sei. Hieran gelte es anzuknüpfen, denn, so schrieb Krüger weiter:

"Wir sind (...) der Überzeugung, daß die Länder längs des Weges zum Schwarzen Meer und vielleicht sogar bis zum Persischen Golf für eine freiere Betätigung unseres Außenhandels ganz erheblich größere Aussichten bieten als z. B. Südamerika oder Ostasien."²⁵⁸

Zu etablieren sei eine "mitteleuropäisch-balkanische Großraumwirtschaft" als "wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft größten Stils." Ein solcher "festgefügtter Großhandelsraum unter deutscher Führung auf dem Balkan und in Vorderasien" könne gleichzeitig als das "unbedingt erforderliche Gegengewicht gegen ein Vordringen Rußlands" wirken.²⁵⁹

Im Konzept der Großraumwirtschaft verschmolzen traditionelle Konzeptionen eines von Deutschland dominierten "Mitteleuropa" mit modernen - staatskonjunkturellen - Modellen deutscher Wirtschaftsreformer.²⁶⁰ Die Popularisierung des Großraumwirtschaftskonzeptes unter der Parole "Mitteleuropa" dokumentieren Karten aus der Zeitschrift "Volk und Reich" auf den folgenden Seiten. Bereits 1929 fand das Konzept eines "mitteleuropäischen" Großwirtschaftsraums Unterstützung von seiten der deutschen Wehrmacht. Am 18. April 1929 wurde in einem Artikel ihrer Zeitschrift "Militär-Wochenblatt" die Forderung erhoben, daß der deutsche Staat einen Wirtschaftsraum zur Verfügung haben müsse, der "die Ernährung des Volkes" und "die Erzeugung und Ergänzung des Kriegsmaterials unabhängig vom Ausland eine Zeit lang sicherstellen" könne. In Europa käme für Deutschland in den näch-

²⁵⁸ Ebenda, S. 20.

²⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 21, 27f. u. 80.

²⁶⁰ Vgl. Kahrs, Horst, Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung". Zur strategischen Orientierung der deutschen Eliten 1932-1943, in: Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 10, herausgegeben von Götz Aly/Christoph Dieckmann/Ahlfriedrich Meyer, u. a. , Berlin 1992, S. 9.

Die Mitte

ist heute noch in eine Unzahl von Staaten



Mittleuropa von heute ist wirtschaftspolitisch noch völlig zerstückelt.

Mittleuropa — ist

Stark Gegenkräfte sind aber auch hier schon am Wert,

Europas

und nationalen Wirtschaftskörpern aufgeteilt!

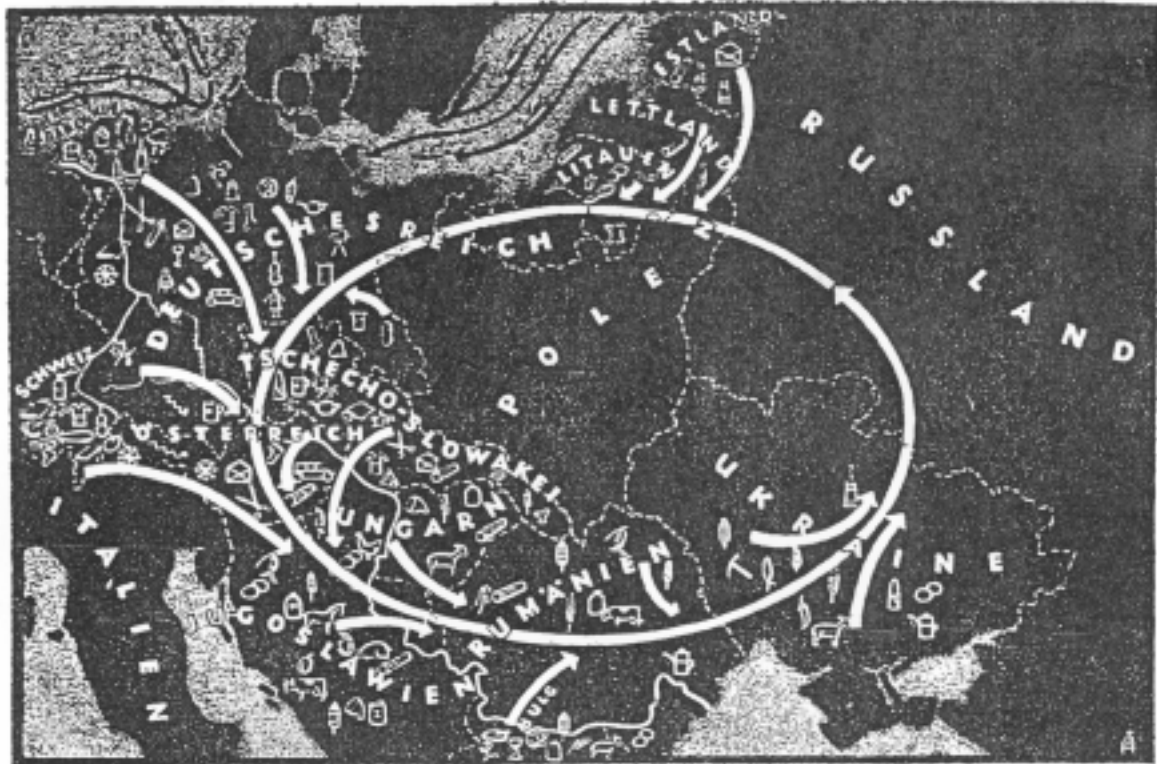


Mittleuropa von morgen — ein Wirtschaftsbloß! mit Deutschlands!

unsere Forderung!

um Deutschland zuzueintreten oder ganz anzuschließen.

Mitteleuropa als deutscher Binnenmarkt



- ✂ EPZE
- ✂ EISENWAREN
- ⚙ METALLWAREN
- ✂ ALUMINIUM
- ⚙ MASCHINEN
- 🚗 FAHRZEUGE
- ⚡ ELEKTR. ERZEUGN.
- 🪵 HOLZ-HOLZ
- 🪵 BRAUN-KÖHLE
- 🪵 STEIN-KÖHLE
- 🪵 KOKS
- 🪵 BRIKETS
- 🪵 PETROLEUM
- 🪵 ZEMENT
- 🪵 KADLIN
- 🪵 PORZELLAN
- 🪵 GLAS
- 🪵 PAPIER
- 🪵 ARZNEIEN
- 🪵 GUMMI-WAREN
- 🪵 LEDER-WAREN
- 🪵 WOLLWAREN
- 🪵 SEIDEN-WAREN
- 🪵 LEINEN-WAREN
- 🪵 KLEIDER
- 🪵 BAUMWOLL-WAREN
- 🪵 TEXTILM.
- 🪵 STICKEREN
- 🪵 SPIELWAREN
- 🪵 BÜCHER
- 🪵 FILME
- 🪵 MUSIK-INSTR.
- 🪵 UHREN
- 🪵 CHEM. ERZEUGN.
- 🪵 KOCHSALZ
- 🪵 ABBAUM. SALZE
- 🪵 THEERFASSEN

Deutschlands Wirtschaft braucht neue Absatzgebiete. Das große, noch unerschlossene Absatzgebiet ist das östliche Mitteleuropa. Deutschland ist durch seine natürliche Lage begünstigt, die industrielle Herzkammer Mitteleuropas zu werden. Aber starke Gegenkräfte der übrigen europäischen und außereuropäischen Wirtschaftskräfte sind schon am Werk. Sie machen schnelles, entschlossenes und geschlossenes Handeln notwendig. Nach fünfjähriger Vorarbeit rufen wir daher die deutsche Wirtschaft auf, ihr wirtschaftliches Denken bewußt auf die Schaffung eines mitteleuropäischen Binnenmarktes einzustellen, denn eine politische Neuordnung Europas kann heute nur auf dem Wege wirtschaftlicher Neuordnung verwirklicht werden. Eine klare deutsche Politik ist ohne klaren deutschen Wirtschaftsgedanken nicht möglich. — Und dieser Wirtschaftsgedanke ist

Mitteleuropa!

- 🪵 WEIZEN
- 🪵 GERSTE
- 🪵 HAFER
- 🪵 ROGGEN
- 🪵 MAIS
- 🪵 MEHL
- 🪵 ERBSEN
- 🪵 BOHNEN
- 🪵 LEINSAAT
- 🪵 KARTOFFEL
- 🪵 GEMÜSE
- 🪵 RINDER
- 🪵 PFERDE
- 🪵 SCHWEINE
- 🪵 TIERE
- 🪵 FLEISCH
- 🪵 HAUTE
- 🪵 WOLLE
- 🪵 BUTTER
- 🪵 BLUMEN-ZWISSELN
- 🪵 BORSTEN
- 🪵 MILCH
- 🪵 EIER
- 🪵 GEFÜGEL
- 🪵 FEDERN
- 🪵 FLACHS
- 🪵 HOPFEN
- 🪵 TABAK
- 🪵 WEIN
- 🪵 ROSENÖL
- 🪵 PFLANZENÖL
- 🪵 MALZ
- 🪵 BIER
- 🪵 ZUCKER
- 🪵 KAKAO
- 🪵 SCHOKOLADE
- 🪵 MARGARIN
- 🪵 GEWÜRZE
- 🪵 EIER
- 🪵 PFLAUMEN
- 🪵 HANF

sten 100 Jahren nur ein Wirtschaftsgebiet zur Erfüllung dieser Forderungen in Frage:

"die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa, (...) als militärisch und wirtschaftlich geschlossener Staat mit gesicherten Grenzen von der Maas bis zu den Rokitnosümpfen²⁶¹, von Hamburg bis Saloniki."²⁶²

Für die deutsche Militärführung bot das "Mitteleuropa"-Konzept die Aussicht, für den nächsten Krieg ausreichende Lebensmittel- und Rohstoffreserven aus den ost- und südosteuropäischen "Ergänzungsräumen" zu erhalten. Der somit bereits in der Weimarer Republik propagierte blockadesichere deutsche Großwirtschafts- und Versorgungsraum "Mitteleuropa" galt zehn Jahre später, während des Zweiten Weltkrieges, als unerläßliche Basis für die Versorgung der deutschen Bevölkerung und der deutschen Armee.

Das gesteigerte Interesse der Reichswehr an Südosteuropa geht auch aus der Wiederaufnahme der Militärspionage gegen Jugoslawien und Rumänien seit 1929 hervor. Dabei fungierten die deutschen Gesandtschaften als Agenturen des Reichwehrr-Nachrichtendienstes.²⁶³

Ab Anfang der dreißiger Jahre versuchten auch Verbände der Industrie die deutsche Regierung zu bewegen, von den Mitteln der "stillen Diplomatie" zur offensiven Umsetzung des Großraumwirtschaftskonzeptes überzugehen. So forderte die Führung des Langnamvereins die deutsche Regierung Anfang 1930 auf, "die Initiative zu ergreifen", um den Zusammenschluss von Ländern mit landwirtschaftlichem Defizit und Ländern mit industriellen Defizit zu erreichen. In seinem Tätigkeitsbericht ging der Vereinsvorstand der Frage nach, wie beim Zustandekommen dieser Art "Ergänzungswirtschaft" in einem zum Zollinland ausgebauten "mitteleuropäischen Wirtschaftsblock" eine Schädigung der deutschen Großagrarien vermieden werden könne. Er kam zu dem Schluß, daß die Einfuhr südosteuropäischer Agrarprodukte für den deutschen Markt keine Belastung bedeuten würde, wenn der Getreidestrom aus Übersee mittels hoher Zölle um das "mitteleuropäische Wirtschaftsge-

²⁶¹ Die Rokitno-Sümpfe, benannt nach der Stadt Rokitnoje, liegen in Weißrußland. (Vgl. Der Große Brockhaus, Wiesbaden 1972).

²⁶² Der Staat - eine Festung, in: Militär-Wochenblatt. Unabhängige Zeitschrift für die deutsche Wehrmacht, Berlin, 113. Jg., Nr. 39, 18. 4. 1929. Leitartikel.

²⁶³ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 115.

biet" abgestoppt werden könne. Die Abkehr vom überseeischen Getreide und die Abnahme südosteuropäischer Agrarprodukte in Deutschland sei auch die Voraussetzung dafür, daß "die Politik der Industriezüchtung im europäischen Südosten" aufgegeben würde, damit dieses Gebiet ein "Hauptabnehmer deutscher Industrieerzeugnisse" werde.²⁶⁴

6.2.2 Der "Tat-Kreis" und Südosteuropa

Zu einem wichtigen Organ für die Propagierung deutscher Südosteuropapläne wurde ab Oktober 1929 die Zeitschrift "Die Tat"²⁶⁵. Die Reaktion der seit 1909 erscheinenden "Tat" ging zu diesem Zeitpunkt in die Hände von Mitgliedern aus dem Kreis der "Jungkonservativen" bzw. "konservativen Revolutionären"²⁶⁶ über. Den Posten des Herausgebers erhielt Hans Zehrer²⁶⁷, zuvor politischer Redakteur der "Vossischen Zeitung". Zu seinen engsten Mitarbeitern bei der "Tat" wurden Giselher Wirsing (später SS-Sturmbannführer)²⁶⁸ und Ferdinand Friedrich Zimmermann²⁶⁹ (später

²⁶⁴ Vgl. Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, Heft.1/1930, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1929, S. 30ff.

²⁶⁵ Die Zeitschrift "Die Tat" erschien in dreißig Jahrgängen von 1909 bis 1939. Verleger der "Tat" war ab 1912 Eugen Diederichs, der bis zum Amtsantritt von Zehrer auch als Herausgeber fungierte. In der Phase vor dem Ersten Weltkrieg hatten u. a. Paul Rohrbach und Ernst Jäckh für die "Tat" geschrieben. (Vgl. Hekker, Hans, Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909-1939, Köln 1974, S. 7; Rohrbach, Paul, Der Kaiser und die auswärtige Politik, in: Die Tat, 5. Jg., H. 6, Sept. 1913, S. 555-583; Jäckh, Ernst, "Hie Kreuz - dort Halbmond!", 4. Jg., H. 8, Nov. 1912, S.447-449).

²⁶⁶ Siehe zu diesem Kreis in dieser Arbeit S. 347ff.

²⁶⁷ Hans Zehrer wurde 1898 in Berlin geboren. Den Posten des Chefredakteurs der "Tat" hatte er von 1929-1933 inne. Im Sommer 1932 übernahm er zudem die Zeitschrift "Tägliche Rundschau". 1940 wurde er Leiter des Stalling-Verlages in Oldenburg. In der BRD machte er Karriere als Chefredakteur der "Welt". (Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 298 u. 308; Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des >Tat<-Kreises, Frankfurt/M. 1976, S. 308).

²⁶⁸ Der 1907 geborene Soziologe Giselher Wirsing wurde in der "Tat" zum Fachmann für Außenpolitik. Nachdem die nationalsozialistische Regierung Zehrer 1933 die Leitung der "Tat" entzogen hatte, erhielt Wirsing im Alter von 26 Jahren diese Position. Darüber hinaus übernahm er im Herbst 1933 von Zimmermann die Hauptschriftleitung der auflagenstarken und einflußreichen Zeitung "Münchner Neueste Nachrichten" übertragen. Er wurde

SS-Obersturmführer und Mitarbeiter im Rasse- und Siedlungsamt). Zimmermann publizierte unter dem Pseudonym Ferdinand Fried. Die Redaktion wurde in Deutschland als "Tatkreis" bekannt. Die Mitglieder orientierten sich u. a. an den Schriften Moeller van den Brucks "Das Dritte Reich" und "Das Recht der jungen Völker".²⁷⁰ Allgemeine Argumentationslinien und vor allem die Begriffssprache der Kapitalismuskritik übernahm der "Tat"-Kreis darüber hinaus vom Nationalökonom Werner Sombart, den die Redaktion kontinuierlich bei Beratungen hinzuzog. Weitere intensive Kontakte unterhielt Herausgeber Zehrer zum Reichswehrministerium, zum Großindustriellen Stinnes und zum deutschen Gesandten in Jugoslawien, Ulrich von Hassell. Unter der Herausgeberschaft von Zehrer stieg die Auflage der "Tat" von 800 Exemplaren (1929) auf 30.000 Exemplare (1932). "Die Tat" wurde zur meistgelesenen und in der deutschen Öffentlichkeit meistdiskutierten politischen Zeitschrift. Die in den Artikeln beständig wiederholten wesentlichen Forderungen des "Tat"-Kreises lauteten:

1. Ablösung des "überfälligen parlamentarischen Systems" durch einen autoritären Staat,
2. Stop der Reparationszahlungen,
3. Revision der Grenzen, um "deutschen Lebensraum" zu gewinnen.

Dabei suggerierten die "Tat"-Redakteure den LeserInnen, die soziale Sicherheit der deutschen Bevölkerung hänge von einer außenpolitischen Machterweiterung Deutschlands, vor allem in Rich-

Hauptsturmführer der SS und Mitarbeiter des SD. Nach 1945 hinderte ihn das nicht am Aufstieg zum Chefredakteur der Zeitschrift "Christ und Welt". (Vgl. Petzold, J., Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 309f.; Fritzsche, a. a. O., S. 313).

²⁶⁹ Bevor er zur Redaktion der "Tat" kam, war Zimmermann Wirtschaftsredakteur der "Berliner Morgenpost", die wie die "Vossische Zeitung", bei der Zehrer beschäftigt war, zum Ullstein-Konzern gehörte. Im Juli 1933 übernahm er die Gleichschaltung der "Münchner Neuesten Nachrichten", einer der führenden deutschen Tageszeitungen. Im November 1933 wurde er leitender wirtschaftspolitischer Redakteur der "Deutschen Zeitung" in Berlin. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Zimmermann im September 1934 von Himmler persönlich zum Obersturmführer ernannt und zum Mitarbeiter im Rasse- und Siedlungsamt berufen. 1936 wurde er zum Sturmbannführer der SS befördert. Zwei Jahre später erhielt er eine Professur im besetzten Prag. In der BRD übernahm er in der von Zehrer geleiteten "Welt" das Ressort Wirtschaftsfragen. (Vgl. Petzold, J., Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 309; Fritzsche, a. a. O., S. 51 u. 312).

²⁷⁰ Siehe dazu in dieser Arbeit S. 347f.

tung Ost- und Südosteuropa, ab.²⁷¹ Der "Tat"-Kreis setzte auf ein neues Nationalgefühl der Deutschen, daß

"zum ersten Mal nach der Verengung der wilhelminischen Ära wieder mit der gesamten deutschen Nation deutschen Blutes und deutscher Sprache (rechnet). D. h., seine Ziele sind der Anschluß, die Minderheiten, der Balkan: Alles unter der größeren Parole: Mitteleuropa. Oder: Richtung Ost und Süd-Ost."²⁷²

In diesem Kontext popularisierte der "Tat"-Kreis den Begriff "Zwischeneuropa"²⁷³, mit dem das Gebiet zwischen Deutschland und der Sowjetunion, das die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien umfaßte, bezeichnet wurde.²⁷⁴ Dieses "Zwischeneuropa" sei dazu prädestiniert, mit Deutschland eine "Raumeinheit" zu bilden. Die "Zwischeneuropa"-Theorie bildete eine komplementäre Ergänzung zum klassischen "Mitteleuropa"-Konzept. Giselher Wirsing faßte die Position des "Tat"-Kreises 1932 im Buch "Zwischeuropa und die deutsche Zukunft" zusammen. Darin bezog er sich ausdrücklich auf den Begründer der deutschen Geopolitik, den Alldeutschen Friedrich Ratzel.²⁷⁵

Das einigende Band zwischen Deutschland und den ost- und südosteuropäischen Staaten erblickte der "Tat"-Kreis darin, daß all diese Länder seit den Friedensverträgen von 1919 zu Schuldnerstaaten der USA, Frankreichs und Großbritanniens degradiert und dadurch auf den Status von Halbkolonien gezwungen worden seien. Deutschland solle aufgrunddessen mit den Staaten Südosteuropas eine "antiimperialistische Front" bilden. Allein der "mitteleuropäische Block" der industriellen und agrarischen Schuldnerländer, der durch ein System von Handelsverträgen mit Präferenzzöl-

²⁷¹ Vgl. Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 298ff.; Fritzsche, a. a. O., S. 56, 81 u. 353.; Wirsing, Giselher, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31, S. 628.

²⁷² Zehrer, Hans, Grundriß einer neuen Partei, in: Die Tat, Jg. 21/II, 1929/30, S. 646.

²⁷³ Geprägt wurde der Begriff "Zwischeneuropa" 1916 durch den österreichischen Geographen und Geopolitiker Albrecht Penck. (Vgl. Penck, Albrecht, Zwischeneuropa, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde, 1916, S. 177-180).

²⁷⁴ Vgl. Wirsing, Giselher, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932, S. 9.

²⁷⁵ Vgl. Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, a. a. O., S. 316, Anm. 3.u. 4.

len und festen Lieferkontingenten realisiert werden sollte, biete einen Ausweg aus der "Zinsknechtschaft." Die geplante Organisationsform "Mitteleuropas" bezeichnete Wirsing als Staatssozialismus oder Staatskapitalismus.²⁷⁶

Mit der Abwendung vom Westen hofften die "Tat"-Redakteure die deutsche Abhängigkeit vom US-Kapital zu beenden und Deutschland aus der Wirtschaftskrise herausführen zu können. Sie gingen davon aus, daß sich für das hochindustrialisierte Deutschland in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Österreich und den südosteuropäischen Agrarstaaten die Möglichkeit ergebe, sich von den Krisenerscheinungen der Weltwirtschaft abzuschließen.²⁷⁷

Staatliche Planwirtschaft und Wirtschaftskontrolle, Antiliberalismus, Autarkie und "mitteleuropäische" Expansionspläne wurden in der "Tat" nicht nur als Krisenlösung, sondern als die integrative Wirtschaftsordnung der Zukunft angeboten.²⁷⁸ Entstehen sollte ein aufeinander bezogenes Wirtschaftsgebiet zwischen "Großdeutschland" und den "Südoststaaten", dessen Abgrenzung nach Osten und Norden offen zu halten sei. Als politische Organisationsform dieses Wirtschaftsraumes favorisierte der "Tat"-Kreis einen "föderalistischen mitteleuropäischen Staatenverband", wirtschaftlich straff und zentral verwaltet, bei kultureller Autonomie der Gliedstaaten. Damit aktualisierte und erweiterte der "Tat"-Kreis den alten "Mitteleuropa"-Plan Naumanns. Durch vielfache Behandlung und detaillierte Ausformulierung trug der "Tat"-Kreis zur öffentlichen Verbreitung des Großraumwirtschaftskonzeptes bei.²⁷⁹ Bereits im Winter 1930 stellte die Redaktion befriedigt fest:

"Mit einem Schlage wird der mitteleuropäische Großraum greifbare Wirklichkeit."²⁸⁰

²⁷⁶ Vgl. Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, a. a. O., S. 2-10,, 251f., 264, 308-315; Fried, Ferdinand, Der Umbau der Welt, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 125.; Wirsing, Giselher, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31, S. 644f.

²⁷⁷ Vgl. Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Weimarer Republik, a. a. O., S. 180.

²⁷⁸ Vgl. Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, a. a. O., S. 81.

²⁷⁹ Vgl. Fritzsche, a. a. O., S. 213 u. 229; Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 310.; Wirsing, Giselher, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, a. a. O., S. 638.

²⁸⁰ Wirsing, Giselher, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, a. a. O., S. 634.

Und im Sommer 1931 vermeldete die Redaktion:

"Die Südostparole hat sich in erstaunlich schneller Zeit in weiten Kreisen durchgesetzt."²⁸¹

Seit Anfang der dreißiger Jahren erhofften sich alle relevanten politischen Kräfte des deutschen Bürgertums durch die Herstellung eines von Deutschland beherrschten "mitteleuropäischen Großraums" die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Deutschlands.²⁸²

Wie Naumann ging der "Tat"-Kreis nicht von einer Gleichberechtigung der für den Großwirtschaftsraum vorgesehenen Staaten, sondern von einer notwendigen Dominanz Deutschlands aus. Mit der Behauptung, daß die "zwischeneuropäischen Völker" infolge der Pariser Friedensverträge von 1919 nicht in der Lage seien, notwendige neue und eigenständige Lebensformen zu entwickeln, begründete die "Tat"-Redaktion die angebliche Aufgabe Deutschlands, hier führend einzugreifen.

Deutschland habe schöpferisch befruchtend auf die "Völker Zwischeneuropas" einzuwirken, sie nicht nur politisch zu erfassen und zu organisieren, sondern auch geistig kulturell auf sich auszurichten. Dazu müsse eine großangelegte deutsche Kulturpropaganda aufgebaut werden, die zunächst den zur Zeit dominierenden französischen Kultureinfluß zu verdrängen habe.²⁸³

In einem Entwicklungsprozeß für dessen Dauer mindestens "eine Generation"²⁸⁴ veranschlagt wurde, habe Deutschland die immer ausschließlicher werdenden Beziehungen zwischen dem "großdeutschen" Wirtschaftsraum und den Staaten "Zwischeneuropas" zum "nationalen Wirtschaftsraum" bzw. zum geschlossenen binnenwirtschaftlichen Raum umzugestalten. Das Gebiet vom Rhein ab östlich bis zum Schwarzen Meer solle einen geschlossenen Großwirtschaftsraum bilden, in dem deutsche "Tatkraft" und Erfahrung die führende wirtschaftliche Stellung einzunehmen habe.²⁸⁵ Als wirtschaftliche

²⁸¹ Wirsing, Giselher, Vorstoß Zollunion, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 225.

²⁸² Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S. 26.

²⁸³ Vgl. Hecker, a. a. O., S. 163 u. 175; An (= Hans Zehrer), Deutschlands Weg aus der Einkreisung, in: Die Tat, Jg. 22/II, 1930/31, S. 929-956, hier S. 951.

²⁸⁴ Vgl. Wirsing, Giselher, Vorstoß Zollunion, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 226.

²⁸⁵ Vgl. Hecker, a. a. O., S. 176.

Grundlage dieser Großraumwirtschaft sah der "Tat"-Kreis einen staatlich organisierter Warenaustausch vor. Dabei plädierten die Redakteure der "Tat" in Übereinstimmung mit den Autoren des Sammelbandes "Großraumwirtschaft" für eine "Arbeitsteilung" bzw. "Ergänzungswirtschaft" innerhalb "Mitteleuropas". Deutschland sollte als der "industrielle Raumteil" Fertigwaren liefern, während die Länder Südosteuropas den Bedarf an Rohstoffen und Agrarprodukten zu decken hätten.²⁸⁶

Der "Tat"-Kreis begründete die Konzentration der deutschen Wirtschaft auf Absatzmärkte in Ost- und Südosteuropa u. a. mit der Suche nach einem Ersatz für verlorengegangene deutsche Exportmärkte in Übersee. "Zwischeneuropa" könne hier zwar keinen vollen Ausgleich bieten, aber immerhin eine sichere Mindestabnahme deutscher Güter garantieren. Bei vorsichtiger Schätzung sei zu erwarten, daß die Staaten Südosteuropas in den folgenden Jahren ein Viertel der deutschen Getreideeinfuhr übernehmen könnten. "Zwischeneuropa" galt dem "Tat"-Kreis desweiteren als deutsche Brücke in den russischen und asiatischen Wirtschaftsraum.²⁸⁷

Deutschland könne sich in dieser Richtung in mehreren Etappen Absatz- und Rohstoffmärkte sichern. Nach der politischen Angliederung von "Zwischeneuropa" sei eine Durchdringung des sowjetischen Wirtschaftsraumes und zuletzt eine wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Asien möglich.²⁸⁸

Wörtlich hieß es:

"der Südosten ist in der Lage, uns die fehlenden Lebensmittel (zum Teil auch Rohstoffe) zu liefern; wir aber sind in der Lage, den Südosten mit den Fertigwaren und Maschinen zu versorgen, die er braucht. (...) Wir sehen dann allmählich die neuen Konturen der Welt sich langsam abheben wie auf einer belichteten Platte im Entwickler. Um Deutschland-Österreich gruppiert sich der mitteleuropäische Raum, der (schließlich) die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, vielleicht auch Griechenland umfaßt, und sich im Süden an die Türkei und Persien lehnt, die gleichzeitig die Brücke zu einem selbständigen Indien bilden; im Norden an die schon keimende baltische Union (Finnland und Randstaaten), und der

²⁸⁶ Vgl. An (= Zehrer), Deutschlands Weg aus der Einkreisung, a. a. O.; Fried, Ferdinand, Wo stehen wir? in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 384f.; Wirsing, Richtung Ost-Südost, in: Die Tat, a. a. O., S. 632.

²⁸⁷ Fried, Ferdinand, Der Umbau der Welt, in: Die Tat, a. a. O., S. 118f. u. S. 125f.; Wirsing, Richtung Ost-Südost!, in: Die Tat, a. a. O., S. 642.

²⁸⁸ Vgl. Hecker, a. a. O., S. 175.

schließlich an Rußland seinen gewaltigen wirtschaftlichen Rückhalt findet (...) Dieser weitere Raum erweitert sich noch durch das chinesisch-japanische Gebiet."²⁸⁹

Damit entstände

"der größte und zukunftsreichste Wirtschaftsraum der Welt und der Geschichte, dessen materielle und gedankliche Bearbeitung dem (...) deutschen Volk eine historische Aufgabe von Jahrhunderten zuweist."²⁹⁰

Mit diesem Großraumkonzept ging der "Tat"-Kreis noch über die von der Nordsee bis zum Persischen Golf reichenden deutschen Hegemonialpläne des Ersten Weltkrieges hinaus. Das von deutschen Geopolitikern, den Wirtschaftsplaner der "Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa" und der Deutschen Gruppe des MWT entwickelte und vom "Tat"-Kreis in die Öffentlichkeit getragene "Ergänzungswirtschafts"- und Großraumkonzept mit Hauptausrichtung nach Südosteuropa fand ab Anfang der dreißiger Jahre breite Unterstützung durch die Interessensverbände der deutschen Industrie. Um die Anstrengungen zur Durchsetzung dieses Konzept zu bündeln und zu forcieren, erfolgte in dieser Phase eine Neustrukturierung und Stärkung der Führung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages.

6.2.3 Zur Neuorganisation des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise drängten der Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) zunehmend auf politische Maßnahmen zur Verwirklichung der "Mitteleuropa"-Konzeption. Den Weg erblickten die deutschen Industrieverbände vor allem in der Gewährung deutscher Zollpräferenzen für südosteuropäische Agrarprodukte.²⁹¹

²⁸⁹ Fried, Ferdinand (=Ferdinand Friedrich Zimmermann), Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931 (Tat-Schriften), S. 256f. u. S. 264f.; vgl. auch ders., Der Umbau der Welt, in: Die Tat, a. a. O., S. 125.

²⁹⁰ Vgl. Fried, Ferdinand, Wo stehen wir?, in: Die Tat, Jg. 23/I, 1931/32, S. 385.

²⁹¹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 105.

Eine erweiterte Basis für öffentliche und nichtöffentliche Aktionen zur Durchsetzung eines "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraums" unter deutscher Führung schuf sich die deutsche Industrie Mitte 1930 durch die Umgestaltung der Wiener Zentrale des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. In einer koordinierten Aktion der Deutschen Gruppe des MWT, des DIHT und der deutschen Regierung gelang es, die Freihändler²⁹² und die Vertreter eines "Mitteleuropas" ohne Deutschland (u. a. den Ungarn Hantos) aus dem MWT zu verdrängen und durch "großdeutsch" eingestellte österreichische Unternehmer und Politiker zu ersetzen.²⁹³ Die Wiener Zentrale fungierte in den folgenden Jahren in erster Linie als Vertretungsorgan der deutschen Wirtschaft. Sie wurde beauftragt, von nun an verstärkt in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien zu agitieren. Ihre Tätigkeit orientierte sich dabei u. a. an folgenden Zielsetzungen:

- Ablehnung aller Bündniskonzeptionen in Ost- und Südosteuropa, die die deutsche Dominanz gefährdeten und Bekämpfung aller Paneuropaprojekte,
- Schaffung eines "mitteleuropäischen" Wirtschaftsbündnisses, in dem Deutschland die führende Rolle übernehmen sollte,
- Realisierung dieses Bündnisses über die Lösung des "Zollproblems".²⁹⁴

Diese Ziele bestimmten fortan die öffentliche und nichtöffentliche Arbeit der Deutschen Gruppe des MWT. Dies deutete sich bereits auf der V. Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung an, die Anfang 1930 in Breslau und damit erstmals in Deutschland stattfand. Das Auswärtige Amt hatte die Deutsche Gruppe des MWT bestärkt, die turnusmäßige Tagung erstmalig in Deutschland durch-

²⁹² Zu ihnen zählte unter anderen der Begründer der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagungen, der Wiener Unternehmer Julius Meinl.

²⁹³ Tilgner, Präsident der Wiener Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie und des Österreichischen Handelskammertages und Richard Riedl, dem ehemaligen österreichischen Gesandten in Berlin. Darüber hinaus wurde der deutsche Geheimrat a. D. Zoepfl in die Geschäftsführung berufen. Einbezogen in die Gespräche zur Neuorganisation wurde auch der Vorsitzende des Österreichisch-Deutschen Volksbundes Hermann Neubauer, später (1938-1940) Bürgermeister von Wien und Kontaktmann der I.G. Farben für Südosteuropa, während des Zweiten Weltkrieges Sonderbeauftragter der deutschen Regierung für Südosteuropa. (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 87 u. 90).

²⁹⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 105ff.

zuführen, um "Deutschlands Bedeutung und Schwergewicht bei der Lösung der Mitteleuropafrage würdig und repräsentativ zum Ausdruck zu bringen." Das Auswärtige Amt subventionierte die Tagung, Außenminister Stresemann erklärte sich bereit, den Ehrenvorsitz zu übernehmen und sechs Reichsminister gehörten dem Ehrenkomitee an.²⁹⁵ Vertreter aus Großbritannien, Frankreich, Italien, der Niederlande und der Schweiz waren auf dieser Tagung nicht mehr anwesend. Im Mittelpunkt der Konferenz, die sich mit Zoll-, Handels- und Produktionspolitik befaßte, stand das Konzept der "Ergänzungswirtschaft", daß somit erstmals auf die Tagungsordnung einer multinationalen Konferenz gesetzt wurde. Die Tagung in Breslau zeigte deutlich, daß sich das Gewicht im MWT zugunsten Deutschlands verschoben hatte.

Anfang 1931, wenige Monate nach der Neubesetzung der Wiener Zentrale, wurde auch die Struktur und Führung der Deutschen Gruppe des MWT neu organisiert. Hatten bisher vornehmlich Vertreter des Handelskapitals und der Verbrauchsgüterindustrie die Deutsche Gruppe geprägt, so wurden nun verstärkt Führungspersonen der Chemie- und Elektrokonzerne und vor allem der Schwerindustrie einbezogen. Die Umorganisation erfolgte in Abstimmung mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt, welches den MWT ab 1931 mitfinanzierte.²⁹⁶ Im neuen obersten Leitungsorgan, dem Präsidium, stellte die nordwestdeutsche Schwerindustrie unter den zwölf Mitgliedern vier Vertreter.²⁹⁷ RDI und DIHT entsandten ihren Vorsitzenden (Duisberg) bzw. ihr geschäftsführendes Präsidialmitglied (Hamm). Vertreten waren darüber hinaus Siemens, die AEG, die I.G. Farben, die Dynamit AG, die Deutsche Bank, die Discontogesellschaft, die Dresdner Bank, der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten, die Tabakindustrie²⁹⁸, die Preu-

²⁹⁵ Vgl. Seckendorf, *Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?*, a. a. O., S. 16.

²⁹⁶ Vgl. Elvert, *Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen*, a. a. O., S. 157.; Schwarzenau, a. a. O., S. 78; Berndt, a. a. O., S. 233; Frommelt, a. a. O., S. 79.

²⁹⁷ Poensgen (Vereinigte Stahlwerke), Springorum (Hoesch, Vorsitzender des Langnamvereins), von Wilmowsky (Krupp-Konzern), Schlenker (Geschäftsführer des Langnamvereins). Der Langnamverein und die in der "nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" vertretenen Unternehmen hatten eine einheitliche Geschäftsführung im Düsseldorfer Hauptquartier, dem sog. "Stahlhof". (Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 104).

²⁹⁸ Vertreter der Tabakindustrie war Philipp Reemtsma.

ssische Hauptlandwirtschaftskammer, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Automobil-Club.²⁹⁹ Insgesamt ließen sich rund 130 Firmen, die am deutschen Handel mit Südosteuropa beteiligt waren, als Vereinsmitglieder registrieren. Mit der Neugründung wurde die Deutsche Gruppe des MWT ein bedeutender Machtapparat des deutschen Kapitals.³⁰⁰

Sie entwickelte sich zu einer Kooperationsbasis von Großbanken Schwerindustrie, Elektro- und chemischer Industrie bei der Wirtschaftsexpansion nach Südosteuropa.³⁰¹ Unter der Leitung des Langnamvereins, der I.G. Farben und der Großbanken bildete die Deut-

²⁹⁹ Beteiligt waren auch die Textil- und Lebensmittelindustrie sowie die im Südosteuropageschäft führenden Banken. Mitglied des 1940 gebildeten Kuratorium wurde u. a. Hermann Josef Abs, damals Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, ab 1957 deren Vorstandssprecher. Die Regierung wurde im Kuratorium durch Staatsrat Helmut Wohlthat aus dem Reichswirtschaftsministeriums, einem Vertrauten Görings vertreten. Auch der ehemalige deutsche Botschafter in Jugoslawien und Italien, Ulrich von Hassell erhielt einen Sitz im Kuratorium. Im Auswärtigen Amt besaß die Deutsche Gruppe einen Förderer in der Person von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, den Vater des späteren Bundespräsidenten. Dem Kuratorium fiel satzungsgemäß die Aufgabe zu, Grundlagen, Richtung und Ziel der Arbeiten des MWT mitzubestimmen. Unter den 21 Mitgliedern des Kuratoriums befanden sich neben den Regierungsvertretern ausschließlich führende Repräsentanten der deutschen Industrie, der Banken und der Verkehrswirtschaft. Im großen Beirat (40 Mitglieder) waren darüber hinaus Wissenschaft und Verwaltung vertreten. (Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42997, Bl. 77f., Rundschreiben der Deutschen Gruppe des MWT, Nr. 1, 31. 3. 1931, Bericht über die Neuorganisation der Deutschen Gruppe; Sohn-Rethel, Alfred, Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, in: Blick in die Welt, Hamburg/ Essen, Bd. 3, Heft 15, 1946, S. 20; Petzold, Zur Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik, a. a. O., S. 181; Glück, Friedbert, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Beispiel organischer Entwicklungsarbeit, in: Zotschew, Theodor (Hg.), Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropaforschung. Festschrift für Hermann Gross, München 1963, S. 112).

³⁰⁰ Vgl. Wilmowsky, Tilo von, Rückblickend möchte ich sagen...An der Schwelle des 150jährigen Krupp-Jubiläums, Oldenburg/Hamburg, 1961, S.191ff.; Petzold, Zur Kontinuität der deutschen Balkanpolitik..., a. a. O., S. 181; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 218.

Eingerichtet wurden in den folgenden Jahren zudem ein Landwirtschaftlicher Beirat (18 Mitglieder), ein Industriebeirat (17 Mitglieder), ein Bankenbeirat (15 Mitglieder), ein Volkswirtschaftlicher Ausschuß (20 Mitglieder) und ein Verkehrsbeirat. An der Hochschule für Welthandel in Wien schuf der MWT eine eigene Südoststiftung. Gebildet wurden außerdem die "Ungarische Gruppe des MWT" in Budapest, die "Rumänische Gruppe des MWT" in Bukarest und die "Bulgarische Gruppe des MWT" in Sofia. (Vgl. Glück, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, a. a. O., S. 112).

³⁰¹ Vgl. Hallgarten/Radkau, a. a. O., S. 231.

sche Gruppe des MWT von nun an das Zentrum zur Artikulierung, Ausformung, Propagierung und in weiten Bereichen auch zur Durchsetzung der Südosteuropainteressen der deutschen Privatwirtschaft. Darüber hinaus übernahm die Deutsche Gruppe, ungeachtet der weiteren Außenrepräsentation der Wiener Zentrale, spätestens seit Anfang 1931 die Entscheidungsfunktion innerhalb des Gesamtapparates des MWT.³⁰²

Die bisherigen Leitungspersonen der Deutschen Gruppe des MWT Gothein und Strencioch, die zu sehr als Anhänger des Freihandels galten und über keine Lobby innerhalb der Schwerindustrie verfügten, wurden abgesetzt. Den Posten des Vorsitzenden erhielt Tilo von Wilmowsky³⁰³, Schwager und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Krupp, der als ehemaliger Landrat über enge Verbindungen zur Ministerialbürokratie verfügte. Wilmowsky galt zudem als "Mittler" zwischen Industrie und Landwirtschaft, eine für die kommenden Monate überaus wichtige Voraussetzung. Eine Einigung mit den Verbänden der Landwirtschaft war für die in der deutschen Gruppe des MWT versammelten Industriekreise in dieser Phase von großer Bedeutung. Die Zustimmung der Landwirtschaftsverbände zu einer zollbegünstigten Einfuhr südosteuropäischer Agrarprodukte galt als Voraussetzung für die Realisierung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts", auf dessen Grundlage sich die deutsche Industrie Südosteuropa als Absatzmarkt sichern wollte. Als Vorsitzender des "Reichskuratoriums für die Technik in der Landwirtschaft" (RKTL) hatte Wilmowsky zudem seit Ende der zwanziger Jahre Erfahrungen im Bereich großangelegter Rationalisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft gesammelt. Dieses Wissen konnte er in den dreißiger Jahren für das Projekt einer Intensivierung und Umstrukturierung der südosteuropäischen Landwirt-

³⁰² Vgl. Seckendorf, *Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals?*, a. a. O., S. 18.

³⁰³ Tilo von Wilmowsky blieb von 1931 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges Präsident und Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Gruppe des MWT. Während des Ersten Weltkrieges war er Chef der Zivilkanzlei des Generalgouverneurs Belgien gewesen, nach 1945 wurde er Mitglied des Aufsichtsrates der Südamerikanischen Bank, Hamburg, Ehrenvorsitzender des Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft, Ehrenbürger der Hochschule für Welthandel in Wien, u. a. (Vgl. Barche, Heinz, *Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag". Zur Ost- und Südosteuropapolitik des deutschen Imperialismus in Vorbereitung des Münchener Abkommens*, in: *Deutsche Außenpolitik*, Nr.11/1960, S. 1297; Sohn-Rethel, *Die politischen Büros der deutschen Grossindustrie*, a. a. O., S. 20).

schaft nutzen, die ganz auf die Nachfrage des deutschen Marktes ausgerichtet werden sollte.³⁰⁴

Wilmowsky erklärte in seinen Memoiren, zu seiner "Vorliebe" für Südosteuropa u. a. durch die Beschäftigung mit den Werken Friedrich Lists und Friedrich Naumanns "Mitteleuropa" gekommen zu sein.³⁰⁵ Zur Neustrukturierung der Deutschen Gruppe des MWT im Jahre 1931 bemerkte er:

"Es waren vor allem einige weitblickende Männer der Schwerindustrie, die in Voraussicht der schweren Wirtschaftskrise den Blick nach Südosten wandten und die Anregung gaben, sich etwas intensiver als bisher mit einer Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zu befassen."³⁰⁶

Als neuer Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT wurde Max Hahn eingesetzt, handelspolitischer Sachbearbeiter des Langnamvereins und Vertrauter Schlenkers. Die Leitung des neugebildeten Arbeitsausschuss übernahm Schlenker, der seit Anfang 1932 offen die NSDAP unterstützte, persönlich. Die neue Geschäftsführung hielt ständig enge Fühlung mit der Reichswehr, speziell mit dem Kriegswirtschaftsamt und der Auslandsabwehr sowie mit dem Auswärtigen Amt. Sie bildete in Berlin eine Bürogemeinschaft mit einem wissenschaftlichen Privatsekretär des ab 1933 amtierenden Reichswirtschaftsminister Schacht, mit dem "Deutschen-Orient-Verein", der die Zielsetzung des MWT in den Nahen Osten ausdehnte und mit der deutsch-jugoslawischen Handelskammer, die u. a. als Agentur der kroatischen Ustascha-Terroristen unter dem späteren Präsidenten Pavelic diente.³⁰⁷

Als Zielsetzung gab die neue Führung der Deutschen Gruppe des MWT an, die "Neuordnung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse in Mitteleuropa unter Wahrung der deutschen Interessen praktisch

³⁰⁴ Vgl. Schwarzenau, a. a. O., S. 127f.

³⁰⁵ Vgl. Wilmowsky, Rückblickend möchte ich sagen..., a. a. O., S. 188.

³⁰⁶ Ebenda, S. 188.

³⁰⁷ Vgl. Sekendorf, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34..., a. a. O., S. 109; ders., Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 23; Elvert, Der Balkan und das Reich, a. a. O., S. 157.; Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, a. a. O., S. 33; Barche, Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag", a. a. O., S. 1297.

zu fördern."³⁰⁸ Um dies zu ermöglichen, wollte sie Beziehungen zu den südosteuropäischen Donauländern aufnehmen und pflegen und die Abhängigkeit dieser Länder von Frankreich stören. Dabei ließ sie sich davon leiten, "daß Deutschland all das nur erreichen kann, wenn es sich auch politisch die Beeinflussung des mitteleuropäischen Raums zum Ziel setzt."³⁰⁹

Ein Mitglied der Deutschen Gruppe des MWT, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der I.G. Farben und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, erläuterte die Zielsetzungen der deutschen Wirtschaft 1930/31 in mehreren Reden. In einer Rundfunkrede zum Thema "Der Weg aus der Krise" forderte er im Oktober 1930 eine "Erweiterung der nationalen Wirtschaftsbasis in "Mitteleuropa" als Grundlage für industrielle Exportausdehnung und als Sicherung gegen weltwirtschaftliche Rückschläge".³¹⁰

In ausführlicher Form erläuterte er das Großwirtschaftsraum-Konzept im März 1931 auf der Tagung "Wirtschaft in Not" des Bayerischen Industriellen Verbandes. Er erklärte dort, die Zukunft der Weltwirtschaft läge in der Bildung kontinentaler Wirtschaftsblöcke. Deutschland müsse sich diesbezüglich nach Südosteuropa ausrichten. Während die südosteuropäischen Staaten den notwendigen Absatz ihrer Agrarprodukte zum überwiegenden Teil in Deutschland finden könnten, hätten Deutschland und Österreich erhebliches Interesse an der Entwicklung des südosteuropäischen Absatzmarktes für ihre industriellen Produkte. Die dortige Aufnahme industrieller Erzeugnisse aus Deutschland könne in den nächsten Jahrzehnten "zweifellos" um das Mehrfache gesteigert werden. Um dies zu erreichen, müsse eine Zollunion zwischen Deutschland, Österreich und den südosteuropäischen Staaten geschlossen werden. Er erklärte weiter:

"Durch diese regionale Wirtschaftskombination kann das europäische Problem von der Südostecke aufgerollt werden. (...) Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bor-

³⁰⁸ Bundesarch. Berlin (früher ZStA Potsdam), AA 42997, Bl. 77f., Rundschreiben Nr. 1 der Deutschen Gruppe des MWT, 31. 3. 1931, Bericht über die Neuorganisation der Gruppe.

³⁰⁹ Niederschrift über eine Präsidial- und Vorstandssitzung der Deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages in Berlin, 19. Mai 1932, nach: Weltherrschaft im Visier, a. a. O., S. 230f. (Dok. 86).

³¹⁰ Duisberg, Abhandlungen, Vorträge, Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin 1933, S. 122ff.

deaux bis Sofia³¹¹ wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf."³¹²

Er beendete seine Ausführungen mit einer Drohung:

"Die Völker Mitteleuropas werden bald zu wählen haben, ob sie in vertrauensvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine neue Zukunft aufbauen wollen oder ob sie in ihrer Zerrissenheit eine willkommene Angriffsfläche, wirtschaftlich und politisch fremden Rassen und Mächten bieten wollen."³¹³

Die Möglichkeit einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung und Zukunft Südosteuropas wurde somit von Duisberg und der Deutschen Gruppe des MWT von vorneherein ausgeschlossen. Die Ausführungen von Duisberg zeigen zudem, daß nicht nur deutsche Geopolitiker und völkische Ideologen, sondern auch Wirtschaftsführer von "wirtschaftlich und politisch fremden Rassen" sprachen, um einen deutschen Hegemonialanspruch in Ost- und Südosteuropa gegenüber Frankreich, Großbritannien und den USA zu legitimieren. Bereits seit Anfang 1930 gehörte Duisberg zu den Förderern der NSDAP aus den Kreisen des Großkapitals.³¹⁴

Bis 1940³¹⁵ blieb die Deutsche Gruppe des MWT die wichtigste Organisation für die Formulierung und Durchsetzung der Südosteuropainteressen der deutschen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit umfaßte die Herausgabe von Publikationen, die Durchführung von Vorträgen und "wissenschaftlichen" Tagungen, Eingaben an die Regierung und wirtschaftliche Transaktionen.³¹⁶

³¹¹ Im ursprünglichen Vortragstext sprach Duisberg von einem "Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa. Für die Buchveröffentlichung wurde Odessa durch das außenpolitisch unverfänglicher erscheinende Sofia ersetzt. (Vgl. Radandt, Die IG-Farben und Südosteuropa bis 1938, a. a. O., S. 152f.).

³¹² Duisberg, Carl, Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie, Vortrag auf der Tagung "Wirtschaft in Not" des Bayerischen Industriellen-Verbandes in München am 24. März 1931, in: ders., Abhandlungen, Vorträge, Reden..., a. a. O., S.172f.; der Vortrag wurde unter dem Titel "Lebensfragen der deutschen Industrie" darüber hinaus 1931 in einem Sammelband deutscher Geopolitiker veröffentlicht. (Vgl. Deutschlands Weg an der Zeitenwende, herausgegeben von Karl Haushofer und Kurt Trampler, München 1931, S.130-138).

³¹³ Duisberg, Abhandlungen..., a. a. O., S. 173.

³¹⁴ Vgl. Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 23.

³¹⁵ 1940 übernahm die staatliche Südosteuropagesellschaft (SOEG) und der Südostausschuß der Reichsgruppe Industrie diese Rolle.

³¹⁶ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen des deutschen Imperialismus in der Zeit von 1918-1933/34..., S. 108-110; Barche,

Bezüglich ihrer Öffentlichkeitsarbeit kooperierte die Deutsche Gruppe des MWT mit der Redaktion der reaktionären Zeitschrift "Volk und Reich". Diese erhielt von der Deutschen Gruppe des MWT 1931 den Auftrag eine regelmäßig erscheinende Erweiterung, die "Mitteleuropäische Umschau", in die Zeitschrift aufzunehmen, um so die Berichterstattung über die "Entwicklung des Mitteleuropa-Gedankens" zu einer festen Größe zu machen. Ständige Mitarbeiter der "Mitteleuropäischen Umschau" wurden MWT-Geschäftsführer Hahn, der spätere Geschäftsführer der Südosteuropagesellschaft August Heinrichsbauer³¹⁷ und die beiden führenden Geopolitiker Karl und Albrecht Haushofer. Bereits in den ersten Ausgabe von 1931 veröffentlichte Max Hahn zwei programmatische Aufsätze, die die konzeptionelle Neuorientierung der deutschen Industrie in Richtung Südosteuropa öffentlich dokumentierten. Mit dem Titel des ersten Aufsatzes "Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik" bestimmte Hahn die Schwerpunktsetzung. Dabei umfaßte sein "Mitteleuropa" "als Wirtschaftsbegriff den gesamten Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer", eine Region, die nach seiner Auffassung geradezu gesetzmäßig "zu unserer unmittelbaren Einflußsphäre gehört." Hahn betrachtete die wirtschaftliche Unterwerfung Ost- und Südosteuropas im Rahmen der deutschen Großraumwirtschaft als langfristig angelegtes Projekt. Es müsse jetzt "Vorbereitungsarbeit" geleistet werden, damit zu gegebener Zeit "sich die wirtschaftlichen und politischen Lösungen verwirklichen lassen, die eine Neugestaltung Mitteleuropas einleiten." Zu dieser "Vorbereitungsarbeit" rechnete er die Abkehr von "der freien Weltwirtschaft", d. h. vom Prinzip der Meistbegünstigung. Gleichzeitig müsse eine Umlagerung der deutschen Handelspolitik auf Zentral- und Südosteuropa erfolgen, um "die Reserven an Absatzmöglichkeiten, die in den einzig unentwickelten Gebieten Europas noch existieren" zu erschließen. Dort lägen die einzigen Lösungsmöglichkeiten der deutschen Absatzkrise. Als Mittel einer Anbindung der südosteuropäischen Agrarstaaten empfahl er ein bilaterales Zollpräferenzsystem für landwirtschaftliche Produkte.³¹⁸

Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag", a. a. O., S. 1297f.; Elvert, Der Balkan und das Reich. Deutsche Südosteuropapläne zwischen den Weltkriegen, a. a. O., S. 156.

³¹⁷ Siehe zu Heinrichsbauer in dieser Arbeit S. 378f.

³¹⁸ Vgl. Hahn, Max, Vortrag Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik, in: Volk und Reich, 7. Jg., Heft 10-11/1931, S. 564 u. 566.

Wie die Vertreter der deutschen Geopolitik, des "Tat"-Kreises und der "Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa" forderte Hahn eine Verlagerung des deutschen Getreideimports von Übersee nach Südosteuropa und wendete sich entschieden gegen eine südosteuropäische Industrialisierung. Dabei ging Hahn davon aus, daß die Weizenanbaufläche Südosteuropas im Falle der Gewährung von Zollpräferenzen wachsen werde. In Präferenzverträgen sah er ein längerfristige Mittel zur Durchsetzung eines von Deutschland geführten "Mitteleuropas". Wenn es nicht gelänge der Agrarausfuhr der südosteuropäischen Länder auf diese Weise ein "Ventil" zu schaffen, bestände die Gefahr, daß diese ihre Industrialisierung weiter vorantreiben. Dies würde die industriellen Absatzmöglichkeiten Deutschlands stark einschränken.³¹⁹ Daß eine Industrie "in einem Agrarland mit ungeschulten Arbeitskräften, mit geringer Kaufkraft (...) und Kapitalmangel" einer modernen Industrie wie der deutschen in Konkurrenz statt als Ergänzung begegne, sei "ökonomischer Nonsens".³²⁰

Hahn vertrat das Konzept eines langfristigen Austausches von deutschen Industriegütern gegen südosteuropäische Agrarprodukte und Rohstoffe. Neben Präferenzverträgen empfahl er zur Durchsetzung der "Ergänzungswirtschaft" einen verstärkten Einsatz des "Deutschtums", daß in sieben Staaten Ost- und Südosteuropas verstreut wohne.³²¹

Zur Koordination der "Deutschtumsarbeit" mit der Tätigkeit der Deutschen Gruppe des MWT wurde der Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA), Reichswehrminister a. D. Gessler im Mai 1932 in das Präsidium der Deutschen Gruppe des MWT berufen.³²²

Dies entsprach den Vorstellungen der RDI-Führung vom April 1932. Danach sollte der MWT in allen Fragen der Arbeit mit den deutschen Minderheiten in Südosteuropa die zentrale Koordinierungs-

³¹⁹ Vgl. Hahn, Max, Die Wirtschaft in Mitteleuropa, in: Volk und Reich, 7. Jg., Heft 2-3/1931, S. 115ff.

³²⁰ Vgl. Hahn, Max, Wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Südosten, in: Europäische Revue, Stuttgart, 10/1934, S. 491.

³²¹ Ebenda.

³²² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 176.

stelle werden, um die "Deutschtumsarbeit" voll in den Dienst der Verwirklichung der neuen Südosteuropakonzeption zu stellen.³²³

Mit Unterstützung der Deutschtumsverbände wollte die Deutsche Gruppe des MWT für die deutsche Industrie im "mitteleuropäischen Großraum" einen erweiterten Binnenhandel und eine ausreichende Ausgangsbasis für den politischen und wirtschaftlichen Machtkampf mit den anderen kapitalistischen Weltmächten durchsetzen.³²⁴ In ähnlicher Weise argumentierte der Großindustrielle Edmund Stinnes in einem Schreiben an Adolf Hitler. Er unterbreitete dem Parteivorsitzenden der NSDAP am 9. Juli 1931 folgenden strategischen Vorschlag:

"Die Ausweitung des deutschen Raumes nach Osten und Südosten Europas erscheint mir derzeit nicht durch Verschiebung der Ostgrenzen möglich, aber durch deren weitgehende Auflösung (z. B. durch Zollvereine). Dann sollte es angehen, bis zu den Pripetsümpfen³²⁵ und der Donaumündung unserem unerträglich zusammengedrängten Volk Lebensraum, Ackerland und Arbeitsgelegenheit zu geben, im Anschluß an die zahlreichen Keimzellen deutscher Kultur, Kolonisation und Sprache, die sich bereits in diesen Gebieten befinden, den genialen Ideen Friedrich Lists folgend."³²⁶

Die fast einhundert Jahre alten Südosteuropa-Pläne Friedrich Lists wurden damit als praktische Handlungsanleitung der deutschen Großwirtschaftsraum- und Lebensraum-Politik der dreißiger Jahre des 20. Jahrhundert angeführt.

Das Konzept der "Großraumwirtschaft" mit Südosteuropa als vorrangigem deutschen "Ergänzungsraumes" wurde, wie dargestellt, in den Jahren vor Beginn der nationalsozialistischen Periode des Deutschen Reiches detailliert formuliert und popularisiert. Auch erste politische Vorstöße zur Realisierung der Großraumwirtschaftspläne wurden noch vor dem Regierungsantritt der NSADAP unternommen.

³²³ Vgl. Rundschreiben des RDI, 4. 4. 1932, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 180.

³²⁴ Vgl. Sohn-Rethel, Alfred, Die politischen Büros der deutschen Großindustrie, a. a. O., S. 20.

³²⁵ Pripet: rechter Nebenfluß des Dnejpr, 775km lang, durchfließt die sumpf- und waldreiche Poleseje-Niederung und mündet in den Kiewer Stausee (Ukraine). (Vgl. Der Große Brockhaus, Wiesbaden 1972).

³²⁶ Edmund Hugo Stinnes an Adolf Hitler, 9. 7. 1931, zit. nach Schumann/Nestler, Weltherschaft im Visier, a. a. O., Dok. 83, S. 222.

6.2.4. Die politische Ausrichtung auf Südosteuropa und die Ablehnung des französischen Paneuropa-Planes

Um die Jahreswende 1929/30 sicherte sich die deutsche Regierung auf den Haager Konferenzen mit dem Abkommen über die Festlegung der endgültigen Reparationen und den Wegfall von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vertragsbestimmungen politische und ökonomische Bewegungsfreiheiten, die sich nach dem Abzug der alliierten Truppen im Sommer 1930 aus dem Rheinland noch erweiterten. Die Defensivphase der deutschen Außenpolitik gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges war damit beendet. Das alte Ziel, die Schaffung eines deutschgeführten "mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks" wurde von nun an von den deutschen Regierungen wieder aktiv verfolgt.³²⁷ Eingeschränkt blieb die deutsche Bewegungsfreiheit noch durch die Notwendigkeit, zur Finanzierung der Reparationszahlungen umfangreiche Exporte zu realisieren. Eine offene Brückierung wichtiger Handelspartner erschien vor diesem Hintergrund zu riskant. Deshalb versuchte die deutsche Regierung Anfang der dreißiger Jahre, den angestrebten Wirtschaftsblock mit Österreich sowie ost- und südosteuropäischen Staaten schrittweise und mit Einverständnis bzw. Tolerierung der westeuropäischen Großmächte durchzusetzen.³²⁸

Am 30. März 1930 bildete der aus dem Kreis der Jungkonservativen kommende Zentrumspolitiker Heinrich Brüning als Reichskanzler die erste Präsidialregierung³²⁹ der Weimarer Republik. Er trat sein Amt u. a. mit dem Vorsatz an, das Programm der Südostausdehnung und der Revision der deutschen Ostgrenzen praktisch in Angriff zu nehmen.³³⁰

Der Wirtschaftsminister der neuen Regierung, Dietrich, erklärte im April 1930 vor der 50. Vollversammlung des Deutschen Indu-

³²⁷ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 130 u. 133.; Schwarzenau, a. a. O., S. 93f.

³²⁸ Vgl. Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 139.

³²⁹ Regierung, die von Präsident Hindenburg unterstützt, auf Grundlage des Art. 48 der Verfassung gegen die Opposition der Linken (KPD) und extremen Rechten (DNVP, NSDAP) regierte. Sie wurde von der SPD zunächst toleriert. (Vgl. Kinder/Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd. 2, a. a. O., S. 471).

³³⁰ Vgl. Opitz, Deutsche Frage und Mitteleuropa-Diskussion, a. a. O., S.25; Ruge, Wolfgang/Schumann, Wolfgang, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1972, S. 45.

strie- und Handelstages, daß die "Ordnung unserer Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten eine vordringliche und vielleicht die wichtigste Aufgabe" der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik sei.³³¹

Im Mai 1930 unterbreitete der französische Außenminister Briand auf diplomatischer Ebene den Vorschlag eines "Paneuropaprojektes", d. h. eines politischen Zusammenschlusses Europas auf der Basis des territorialen Status quo. Neben einer gemeinsamen Politik gegen die Sowjetunion zielte die französische Regierung dabei auf eine Stabilisierung des Versailler Nachkriegssystems, um den deutschen Expansionsansprüchen entgegenzutreten. Die deutsche Regierung wies den Vorschlag mit dem Argument zurück, wichtiger, als Fragen der politischen Sicherheit zu lösen, sei es, die aktuellen wirtschaftlichen Probleme in Europa zu regeln. Intern wurde im Auswärtigen Amt die Auffassung vertreten, daß eine "Gemeinschaft" kapitalistischer Staaten stets die Unterordnung der Schwächeren unter den Stärkeren bedeute und daß es sich, da Frankreich den übrigen Staaten Europas zu diesem Zeitpunkt politisch und militärisch überlegen war, bei dem Vorschlag Briands um den Versuch handelte, die französische Hegemonialstellung zu festigen.³³²

Welche Motive die deutsche Ablehnung darüber hinaus leiteten, geht aus einer Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt hervor, die Anfang Juli 1930 für den Reichskanzler in Vorbereitung der deutschen Antwortnote auf den Briand-Plan erstellt wurde. Darin hieß es, Deutschland habe, "angesichts der politischen Lage Europas" im Westen keinerlei Expansionsaussichten.

"Die Möglichkeiten Deutschlands liegen nur im Osten und Südosten".³³³

In einem gegen das französische Paneuropaprojekt gerichteten Memorandum des Auswärtigen Amtes wurde hervorgehoben, daß gerade in Südosteuropa die wirtschaftlichen und politischen Dinge "im

³³¹ Reichswirtschaftsminister Dietrich, Rede vom 9. April 1930, nach Schröder, Hans-Jürgen, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 10.

³³² Vgl. Ruge/Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930, a. a. O., S. 43.

³³³ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 13345, Aufnahme 1142-1146, "Erwägungen zur deutschen Antwortnote". Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt, 7. 7. 1930.

Fluß und in der Entwicklung" seien. Daraus ergebe sich für Deutschland die Möglichkeit, eine "aktivere Außenpolitik" gegenüber Südosteuropa zu verfolgen. In Südosteuropa lägen die "Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands", an denen die Regierung die Hebel ansetzen müsse.³³⁴

Um sich alle Möglichkeiten in dieser Richtung offenzuhalten, weigerte sich die deutsche Regierung weiterhin, ein Abkommen über die Garantie der osteuropäischen Grenzen zu unterzeichnen.³³⁵ Während einer Ministerbesprechung am 8. Juli 1930 forderte Reichskanzler Brüning, Deutschland müsse den französischen Aspirationen, die darauf zielen würden, die jetzigen europäischen Zustände zu stabilisieren, in deutlichen, wenn auch vorsichtigen Worten, klare Grenzen aufzeigen.³³⁶

Die deutsche Ablehnungsnote vom 15. Juli 1930 sowie ablehnende Stellungnahmen Großbritanniens und Italiens führten zum Scheitern des französischen Paneuropaplanes.³³⁷

Der deutsche Gesandte in Jugoslawien, Ulrich von Hassell³³⁸, wies seine Regierung in dieser Phase auf die günstigen Bedingungen einer offensiven Südosteuropapolitik hin. Die im Gefolge der Agrarkrise in Südosteuropa eingetretene und noch steigende Wirtschaftsnot werde "auch politisch widerwillige Staaten zwingen, mitteleuropäische Bedingtheiten und die entscheidende Bedeutung Deutschlands für solche Kombinationen anzuerkennen."³³⁹

³³⁴ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 13345, Aufnahmen 1135-1141, Memorandum aus dem Auswärtigen Amt für den Reichskanzler mit dem Titel: Genf und die "Europäische Konferenz", 26. 8. 1930.

³³⁵ Vgl. Ruge/Schumann, a. a. O., S. 48.

³³⁶ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 750/2019, Nr. D 784288ff., Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 8. Juli 1930, abends 8. Uhr

³³⁷ Vgl. Ruge/Schumann, a. a. O., S. 52ff.

³³⁸ Ulrich von Hassell war ein typischer Repräsentant des preußisch-konservativen Adels. Als Schwiegersohn des Großadmiral Tirpitz unterstützte er die außenpolitische Konzeption des deutschen Kaiserreichs. Nach ersten Jahren im diplomatischen Dienst in Italien, wurde er von 1916-1919 Direktor des Verbandes preußischer Landkreise. In der Zeit der Präsidialregierungen ab 1930 begann seine eigentliche Karriere. Von 1930-1932 übernahm er die Leitung der deutschen Gesandtschaft in Belgrad, danach wurde er deutscher Botschafter in Italien. (Vgl. Höpfner, a. a. O., S. 105).

³³⁹ Ulrich von Hassell, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA, 5. 8. 1930, zit.nach Schröder, Hans-Jürgen, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 13.

Am 19. Dezember 1930 stellte von Hassell in einem umfangreichen Bericht an das Auswärtige Amt fest, daß der Zeitpunkt gekommen sei, durch eine intensivierete Wirtschafts-, Minderheiten- und Auslandskulturpolitik die Kleine Entente "gleichviel an welcher Stelle zuerst" zu "durchlöchern" und das deutsche "Mitteleuropa" in Angriff zu nehmen.³⁴⁰

Auch die revisionistischen Deutschtumsorganisationen setzten sich in dieser Periode für eine aktivere deutsche Ost- und Südosteuropapolitik ein. Im März 1930 sandte der Vorsitzende des Deutschen Schutzbundes Loesch eine Denkschrift an das Auswärtige Amt, die den Titel trug: "Aufzeichnungen über Möglichkeiten deutscher Ostpolitik". Die Grundgedanken dieser Schrift hatte er im Herbst 1929 mit Stresemann abgesprochen. "Neben einer grundsätzlichen Revisionspolitik zur Abänderung der Friedensverträge" empfahl Loesch als Nahziel die Angliederung Österreichs. Aus der österreichischen "Schlüsselstellung" sollten in weiteren Etappen die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien eingebunden werden, mit dem Endziel einer "mitteleuropäischen Zollunion".

Zur Realisierung dieses Zieles müßten die deutschen Minderheiten stärker als "Aktivfaktor" genutzt werden. Sie seien "die natürlichen Beauftragten und Kundschafter gesamtdeutscher Politik", da "nicht alle politischen Maßnahmen zur Überwindung der durch das Pariser Vertragswerk geschaffenen `Ordnung` Europas durch die amtliche Politik durchgeführt werden" könnten.³⁴¹

Damit dokumentierte Loesch die beiden Ebenen offizieller und inoffizieller deutscher Ost- und Südosteuropapolitik.

6.2.5 Die Verhinderung eines Agrarblocks in Ost- und Südosteuropa

Um das Endziel eines "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraums" unter deutscher Führung nicht zu gefährden, wandte sich die deutsche Regierung Anfang der dreißiger Jahre gegen Bestrebungen ost- und südosteuropäischer Staaten einen Agrarblock zu bilden.

³⁴⁰ Vgl. Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Film 8524, v. Hassell, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA, 19. 12. 1930.

³⁴¹ Aufzeichnung K. C. v. Loesch, 27. 3. 1930, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 116.

Einige Regierungen der ost- und südosteuropäischen Staaten suchten 1930 einen gemeinsamen Weg aus der immer katastrophaler werdenden Wirtschaftssituation. Zur Entwicklung einer einheitlichen Position gegenüber den Industrieländern trafen sie sich in kurzer Folge zu Agrarkonferenzen in Bukarest (Juli), Sinaia³⁴² (August), Warschau (August), noch einmal Bukarest (Oktober) und Belgrad (November). Die Regierungen versuchten dort ihre Stimmen und Anstrengungen mittels eines Agrarblocks zu bündeln, um dem zunehmenden Protektionismus der Industrieländer entgegenzutreten. Sie setzten sich zum Ziel, eine Revalorisierung der immer schneller fallenden Ausfuhrpreise für landwirtschaftliche Produkte durchzusetzen. Um die Revalorisierung zu ermöglichen, sollten die westeuropäischen Industriestaaten in toto dem Agrarblock einseitige Zollpräferenzen für Getreide gewähren und ihren Bedarf an Getreide vorzugsweise in den ost- und südosteuropäischen Agrarländern decken. Darüber hinaus strebten die versammelten Regierungen eine Exportgemeinschaft für Agrarprodukte an.³⁴³ Auf den Völkerbundversammlungen im Herbst 1930 trugen Vertreter der Agrarblockstaaten die Forderungen vor. Die deutsche Delegation sprach sich gegen diese Pläne aus. Das Auswärtige Amt wies per Runderlaß darauf hin, daß ein erfolgreicher Versuch der südosteuropäischen Staaten agrarische Interessen einheitlich und gemeinsam gegenüber anderen Ländern zu vertreten für Deutschland handelspolitisch sehr weittragende und gefährliche Folgen haben werde.³⁴⁴ Bei einer Realisierung der Agrarblockpläne wären die Zahlungsbilanzprobleme dieser Länder (vor allem gegenüber Frankreich) erheblich vermindert worden. Die deutsche Regierung war jedoch daran interessiert, ein Fortdauern der französischen Hegemonie auf dem südosteuropäischen Kapitalmarkt zu verhindern und statt dessen die prekäre Lage der südosteuropäischen Staaten

³⁴² Sinaia ist eine Stadt im Rumänien. Die Konferenz fand im dortigen Schloß des rumänischen Königs statt.

³⁴³ Vgl. Sundhausen. Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 130ff.; Kühl, Joachim, Föderationspläne im Donaauraum und in Ostmitteleuropa, München 1958, S. 45. Die Arbeit von Kühl bietet interessantes Material, ist jedoch in bezug auf die deutsche Südosteuropapolitik apologetisch.

³⁴⁴ Vgl. Runderlaß AA (Bülow), 19. 7. 1930, nach Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 12.

zu nutzen, um diese wirtschaftlich noch stärker an Deutschland zu binden.³⁴⁵

Die Bekämpfung der Donauföderationspläne der zwanziger Jahre fand hier ihre Fortsetzung.

Zur Verhinderung der Agrarblockpläne setzte die deutsche Regierung auf Verzögerung und Erpressung. Sie argumentierte mit angeblichen "mitteleuropäischen Wirtschaftsnotwendigkeiten", wonach in diesem Gebiet ohne Deutschland "überhaupt nichts Ernsthaftes zu machen ist."³⁴⁶ Während der Völkerbundversammlung im Oktober 1930 zeigte sich die deutsche Regierung bereit, eine Präferenzgewährung für Getreide aus Südosteuropa zu prüfen, falls Deutschland entsprechende "Gegenleistungen" erhalte. Damit spielte sie auf Zollvergünstigungen für deutsche Industrieprodukte an. Das Hauptziel eines vorzugsweisen Absatzes der südosteuropäischen Agrarprodukte könne nur mit, nicht gegen Deutschland erzielt werden.³⁴⁷

Der deutsche Gesandte in Rumänien, Mutius, appellierte an seine Regierung, Deutschland müsse sich aktiv an der Lösung der südosteuropäischen Landwirtschaftskrise beteiligen, um jeder anti-deutschen Kombination die Spitze abubrechen.³⁴⁸ Auf einer Ministerbesprechung wurde erklärt, "die stärkste Waffe" über die Deutschland für seine außenpolitischen Beziehungen verfüge, liege darin, daß es Importland für agrarische Produkte sei. Diese Waffe müsse "scharfgehalten werden."³⁴⁹

Im Bewußtsein dieser "Waffe" griff die deutsche Regierung die Präferenzidee der Agrarblockstaaten auf. Gegen deren Ziel eines multilateralen Präferenzabkommens setzte sie den Vorschlag bilateraler Präferenzverträge einzelner südosteuropäischer Staaten mit Deutschland. Auf diese Weise versuchte sie das gemeinsame

³⁴⁵ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 134f.

³⁴⁶ Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Film 8524, von HasSELL, Deutsche Gesandtschaft Belgrad an AA, 19. 12. 1930; Umfangreiches Material findet sich in: PA/AA Bonn, SW, Wirtschaft 1-Agrarblock, Der Agrarblock der Südost-Europa-Staaten, Bd. 1-4.

³⁴⁷ Vgl. Runderlaß des Auswärtigen Amtes (Ritter/Wiehl) vom 9. 10. 1930 an die dt. Auslandsvertretungen, nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 136.; Schwarzenau, a. a. O., S. 101.

³⁴⁸ Deutsche Gesandtschaft Bukarest (Mutius), 8. 8. 1930 an Auswärtiges Amt, nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 136.

³⁴⁹ Vgl. Ministerbesprechung vom 27. 5. 1931, nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 137.

Vorgehen der südosteuropäischen Regierungen zu stören und letztlich zu beenden.³⁵⁰

Von Hassell schrieb diesbezüglich:

"Meines Erachtens können wir (...) durch Angebot (...) Sacro Egoismo anstacheln."³⁵¹

Die multilateralen Lösungsvorschläge der südosteuropäischen Agrarblockstaaten hatten vor dem Hintergrund der ablehnenden Haltung des größten Abnehmers ihrer Agrarprodukte, Deutschland, keine Realisierungschancen. So blieb den südosteuropäischen Regierungen in der Folgezeit kaum eine Alternative zu bilateralen Präferenzverträgen mit Deutschland. Damit ging die deutsche Spaltungsstrategie auf.

6.2.6 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion als erster Schritt zur Realisierung des Großwirtschaftsraum-Konzepts

Die erste Offensive der deutschen Regierung zur Realisierung des angestrebten "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes" bildete im Frühjahr 1931 die öffentliche Proklamation einer deutsch-österreichischen Zollunion. Damit versuchten die beiden Regierungen, daß im Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye bestimmte Verbot eines Anschlusses Österreichs an Deutschland zu umgehen und den Widerstand der europäischen Großmächte, vor allem Frankreichs, gegen einen deutsch-österreichischen Zusammenschluß zu brechen. Die deutsche Regierung verfolgte mit der Zollunion noch weiterreichende Ziele in Richtung Südosteuropa. Das Auswärtige Amt begründete die Initiative folgendermaßen:

"Bei der raschen Entwicklung der Dinge im Südosten Europas sollte der Zusammenschluß mit Österreich die vor- dringlichste Aufgabe der deutschen Politik sein, denn von einem zu Deutschland gehörenden Österreich aus könnte in ganz anderer Weise, als dies jetzt möglich ist, die Ent-

³⁵⁰ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 136.

³⁵¹ Deutsche Gesandtschaft Belgrad (Hassell) an AA., 14. 4. 1931, nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 136.

wicklung im Südosten im Interesse Deutschlands beeinflußt und gelenkt werden."³⁵²

Mit anderen Worten: Eine deutsch-österreichische Zollunion galt der deutschen Regierung, wie Jahrzehnte zuvor den Abgeordneten der Paulskirchenversammlung und den "Mitteleuropa"-Vertretern des Ersten Weltkrieges, nicht als Selbstzweck, sondern als Zwischenetappe einer deutschen Expansion nach Südosteuropa.

Die deutsche Regierung folgte in dieser Frage auch deutschen und österreichischen Geopolitikern, die bereits 1930 im Sammelband "Die Anschlußfrage" ausgeführt hatten:

"Im mitteleuropäischen Blickfeld verkörpert der Wien-Berliner Anschluß nichts weiter als eine Etappe zu den Vereinigten Staaten von Mitteleuropa (...) In die erste Zone des deutsch-österreichischen Kraftfeldes würden zweifelsohne die Staaten Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien fallen. Während das Deutsche Reich derzeit auf dem Balkan in wirtschaftlicher Beziehung lediglich in Bulgarien und in Rumänien an erster Stelle steht, würde die Verwirklichung Großdeutschlands diesen Machtkampf mit einem Male zugunsten Berlins entschieden haben, und zwar mit einem derart erdrückenden Übergewichte, daß die übrigen Interessenten des Balkans, vornehmlich die Tschechoslowakei und Italien, völlig in die Hinterhand kämen."³⁵³

Mit dem Anschluß Österreichs und der Okkupation der Tschechoslowakei verwirklichte die nationalsozialistische Regierung 1938/39 diese Zielsetzung. Bereits sieben Jahre zuvor versuchten die Regierungen Deutschlands und Österreichs die internationale Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Am 19. März 1931 vereinbarten sie in Wien Richtlinien über einen zu schließenden Zollunionsvertrag.³⁵⁴

³⁵² Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Reichskanzlei, Film Nr. 13345, Aufnahmen 1135-1141, Memorandum aus dem Auswärtigen Amt für den Reichskanzler mit dem Titel: Genf und die "Europäische Konferenz", 26. 8. 1930. Eine analoge Position vertraten der Vorstandschef der I.G. Farben Carl Duisberg und der deutsche Gesandte in Rumänien Mutius. (Vgl. Duisberg, Carl, Wiener Neueste Nachrichten, 5. 4. 1931, in: ders., Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922-1933, Berlin 1933, S. 351; Bundesarchiv Berlin (früher ZStA Potsdam), Film 16192, Deutsche Gesandtschaft in Bukarest (Mutius) an AA, 31. 5. 1930).

³⁵³ Janovsky, Karl, Anschluß oder Donauföderation, in: Kleinwaechter/Paller, Die Anschlußfrage..., a. a. O., S. 210.

³⁵⁴ Für die Vorbereitung dieser Zollunion bot Julius Wolf, der 1904 den "Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein" initiiert hatte, seine Dienste an. (Vgl. Berndt, a. a. O., S. 228).

In Frankreich wurden die deutschen Expansionsabsichten in Richtung Südosteuropa, die mit Hilfe eines deutsch-österreichischen Zusammenschlusses forciert werden sollten, klar erkannt. So schrieb der französische Professor Louis Eisenmann im Dezember 1930 im "Deutschen Volkswirt":

"In dieser Forderung (dem Anschluß Österreichs an Deutschland, d. V.) erblicken die Franzosen das Schulbeispiel, wie Gründe des Rechts (Selbstbestimmung, Nationalität) vorgeschützt werden, um einen nackten Machtwillen zu verstecken. Für sie handelt es sich beim Anschluß einfach um das Streben nach Wiederherstellung des überwiegenden Einflusses oder, wie manche sagen, der Hegemonie Deutschlands in Mittel- und Südeuropa, im Donaubecken und am Balkan."³⁵⁵

Auch die italienische Regierung lehnte die deutsch-österreichischen Pläne ab. Der italienische Generalkonsul in Hamburg sah in der Zollunion den ersten Schritt auf einem Wege, wie er 1915 von Friedrich Naumann in seinem "Mitteleuropa"-Buch dargelegt worden sei. Italien habe kein Interesse daran, daß die Hegemonie Frankreichs in "Mitteleuropa" durch eine deutsche Vorherrschaft ersetzt würde.³⁵⁶ In der *"Washington Post"* wurde gleichfalls betont, daß das eigentliche Ziel der Zollunion die Herstellung eines deutsch geführten "Mitteleuropa" sei.³⁵⁷ Mit Unterstützung Großbritanniens erwirkte die französische Regierung im September 1931 einen Entscheid des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, wonach die Zollunion mit den Verpflichtungen, die Österreich in den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg eingegangen war, unvereinbar sei.³⁵⁸ Die deutsche Regierung suchte nach der Entscheidung nach anderen Wegen zur Realsierung des Großwirtschaftsraumkonzepts. In den Mittelpunkt rückte nun die Strategie bilateraler Präferenzverträge mit den Staaten Südosteuropas. Auf ihrer Grundlage sollte

³⁵⁵ Gallus (Pseudonym für Louis Eisenmann), Zum Problem Deutschland-Frankreich, in: *Deutscher Volkswirt*, 25. 12. 1930, nach: Opitz, *Europastrategien*, a. a. O., S. 568.

³⁵⁶ Vgl. Gesprächsprotokoll des Chefredakteurs der "Hamburger Nachrichten" mit dem italienischen Generalkonsul in Hamburg, Bertanzi, 3. 6. 1931, zit. nach Seckendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 140.

³⁵⁷ Vgl. Kühl, a. a. O., S. 83.

³⁵⁸ Vgl. Schumann, Wolfgang (Hg.), *Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg*, Berlin (DDR) 1973, S. 20.

ein weitgehend devisenloser Austausch von deutschen Industriewaren gegen südosteuropäische Rohstoffe und Agrarprodukte langfristig etabliert werden.³⁵⁹ Zur Konzentration auf diese Strategie trug im besonderem Maße die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland und Österreich bei, zu der es im Kontext des Zollunionsprojekts kam. Westeuropäische Industriestaaten, an führender Stelle Frankreich, zogen als Reaktion auf das Projekt kurzfristige Gelder aus Österreich ab.³⁶⁰ Diese Entwicklung führte im Mai 1931 zum Zusammenbruch der Österreichischen Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe, die einen der Eckpfeiler des auf Auslandsanleihen gegründeten Kreditsystems von Zentral-, Ost- und Südosteuropa bildete. Die Auslandsgläubiger, vor allem die us-amerikanischen, wurden von der Panik um ihre Guthaben erfaßt. Sie zogen diese, soweit sie kündbar waren, schleunigst zurück. Dieses Ereignis verschärfte besonders in Österreich, Deutschland sowie den ost- und südosteuropäischen Staaten die Weltwirtschaftskrise. Die us-amerikanische Kreditzufuhr, auf deren Basis die wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit den USA beruht und die die "goldenen zwanziger Jahre" in Deutschland ermöglicht hatte, versiegte. In diesem Kontext sank die Importrate der USA nach Deutschland zwischen 1928 und 1938 von 14,4% auf 7,4%. Dem Zusammenbruch der Wiener Kreditanstalt folgten riesige Devisenabflüsse bei den Nationalbanken in Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien, Polen und Deutschland. In wenigen Wochen verlor die deutsche Reichsbank drei Milliarden Reichsmark an Gold und Auslandsdevisen. Bald darauf erfolgten zahlreiche Konkurse deutscher Industrieunternehmen und Banken. Der Bankrott der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen (Nordwolle) riß die Danat-Bank mit sich, eine der fünf großen deutschen Banken und das Hauptfinanzierungsinstitut der Schwerindustrie und des Stahlvereins. Die Danat-Bank verlor in dem Bankrott mehr als ihr gesamtes Eigenkapital. Die deutsche Regierung mußte eingreifen und durch Staatsgarantien für andere Großbanken, insbesondere die Dresdner Bank, einer Ausdehnung des Vertrauenschwundes gegenüber allen Banken entgegentreten. Es gelang der deutschen Seite je-

³⁵⁹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 145ff.; Barche, Der "Mitteleuropäische Wirtschaftstag", a. a. O., S. 1298.

³⁶⁰ Vgl. Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 141.

doch nicht mehr ihren hinsichtlich der Auslandsverschuldung eingegangenen Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen. Im Juli 1931 erklärte sie ein Moratorium für die gesamte kurzfristige deutsche Auslandsverschuldung. Daraufhin wurde am 1. August der gesamte freie Zahlungsverkehr Deutschlands und der übrigen europäischen Schuldnerländer unterbunden und der Kontrolle der übrigen europäischen Notenbanken unterstellt. Aufgrund der Devisensperre waren Wirtschaft und Handel der Schuldenländer jetzt praktisch auf das eigene Gebiet beschränkt.³⁶¹ In Bulgarien und Jugoslawien wurde eine Kontrolle des Devisenaustausch mit dem Ausland im Oktober 1931 eingeführt, in Rumänien im Februar 1932.³⁶²

Im Zuge der Devisenzwangswirtschaft mußte Deutschland für jeden industriellen Ausfuhrspielraum mit entsprechenden agrarischen Einfuhrkontingenten bezahlen.³⁶³ Deutsche Wirtschaftsplaner setzten nun auf das Konzept eines bargeldlosen Austauschhandels, das sogenannte "Clearingsystem". Dabei sollte der Schwerpunkt des deutschen Außenhandels von Geschäften mit anderen Industriestaaten zur "Ergänzungswirtschaft" mit den Staaten Ost- und Südosteuropas verlagert werden.

Als Hauptmittel zur Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraums in Richtung Südosten empfahl die Deutsche Gruppe des MWT auf ihrer Vorstandssitzung vom 19. Mai 1932 einseitige Agrarpräferenzverträge, die durch "Naturalaustauschverträge" (Kompensationsgeschäfte) zu ergänzen seien. Um derartige Verträge zu realisieren, müßten zunächst alle südöstlichen Regionalkombinationen, die Deutschland ausklammerten, verhindert werden. Die deutsche Regierung teilte diese Überzeugung. Ihr Vertreter, der Ministe-

³⁶¹ Vgl. Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, a. a. O., S. 54f.; Kahrs, *Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung"*, a. a. O., S. 12.; Sundhausen, *Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum*, a. a. O., S. 145; Milward, Alan S., *The Reichsmark Bloc and the International Economy*, in: Hirschfeld, Gerhard/Kettenacker, Lothar (Hg.), *Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981, S. 400. Der deutsche Anteil an der Weltproduktion fiel im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 11,6% (1928) auf 8,9% (1932). Die Arbeitslosenquote erreichte 1932 44,4%. (Vgl. Fritzsche, a. a. O., S. 25).

³⁶² Vgl. Basch, a. a. O., S. 71.

³⁶³ Vgl. Sohn-Rethel, *Die politischen Büros der deutschen Großindustrie*, a. a. O., S. 20.

rialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Posse, erklärte auf der Sitzung der Deutschen Gruppe des MWT:

"Wenn überhaupt noch Entwicklungsmöglichkeiten für Deutschland vorhanden sind, so liegen sie im Osten und Südosten."³⁶⁴

Posse wies darauf hin, daß das Ziel nicht nur die wirtschaftliche Durchdringung, sondern letztlich die machtpolitische Beherrschung Ost- und Südosteuropas sei. Eine Erweiterung seines Wirtschaftsraumes könne Deutschland nur erreichen, "wenn es sich auch politisch die Beeinflussung des mitteleuropäischen Raums zum Ziel setzt." Dies dürfe jedoch nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Die mit dieser Strategie verbundenen "letzten politischen Ziele" müßten sowohl in der internationalen Diskussion als auch in der Zusammenarbeit mit Vertretern der Länder Südosteuropas "getarnt" werden.³⁶⁵

Das "Ergänzungswirtschaftskonzept" auf der Basis bilateraler Präferenzverträge wurde von den Führungspersonen der im MWT versammelten Unternehmerverbände in enger Zusammenarbeit mit Regierungsbeamten (Bülow im Auswärtigen Amt und Posse im Reichswirtschaftsministerium) entwickelt.³⁶⁶

Die hochverschuldeten Staaten Südosteuropas, die in dieser Phase kaum Absatzmöglichkeiten für ihre Hauptexportprodukte fanden, boten sich als Objekte dieser Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik an. Erläutert wurde das Ergänzungswirtschaftskonzept der Öffentlichkeit ab 1931 u. a. in der "Zeitschrift für Geopolitik". Dort hieß es, die Zeit sei gekommen, in der die deutsche Politik für die Schaffung eines "Großmitteleuropa" aktiv werden müsse. Der Versailler Vertrag und die Weltwirtschaftskrise habe zu einem "wirtschaftlichen Weltkrieg" geführt, in deren Folge die deutsche Ausfuhr nach wichtigen überseeischen Rohstoffländern "eingeschrumpft" sei. Als Kunden der deutschen Fertigwarenindustrie kämen diese Länder immer weniger in Betracht. Zur Zeit bestehe eine Tendenz zur Bildung abgeschotteter Großräume. Zu beobachten sei die Entstehung einer "Großraum-

³⁶⁴ Protokoll der Sitzung der Deutschen Gruppe des MWT, 19. 5. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 175.

³⁶⁵ Vgl. ebenda; Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 21f..

³⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 20.

wirtschaft" der beiden amerikanischen Kontinente, eines russisch-asiatischen Wirtschaftsraums und eines autarken Wirtschaftsraums des britischen Imperiums. Auf seine zunehmende Ausgrenzung aus diesen Wirtschaftsblöcken müsse Deutschland mit der Bildung einer "mitteleuropäischen Großraumwirtschaft" reagieren, die von Köln bis Konstantinopel reichen solle. Dies bedeute nicht, daß jeglicher Wirtschaftsverkehr zwischen den großen Wirtschaftsräumen aufhören solle, doch sei eine autarke, zur Deckung der Lebensbedürfnisse ausreichende "Raumwirtschaft" notwendig. Diese "Raumwirtschaft" solle durch eine innere Arbeitsteilung auf Basis der vorhandenen Produktionskräfte organisiert werden. Mit den Staaten Ost- und Südosteuropas beständen günstige Voraussetzungen für eine solche "Arbeitsteilung", da sie Deutschland mit Getreide, Futtermittel, Vieh und Fleisch versorgen könnten. Deutschland sei der "naturegegebene" Abnehmer für alle "mitteleuropäischen Agrarüberschüsse". Darüber hinaus verfüge der Balkan über reiche, noch nicht voll erschlossene Bodenschätze und Rohstoffe. Im Gegenzug könne Deutschland dieses Gebiet verstärkt als Absatzmarkt für seine industriellen Fertigprodukte nutzen.³⁶⁷ Innerhalb des Konzept der "autarken Großraumwirtschaft" sollten die Staaten Südosteuropas in ein nahezu unauflösbares Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Deutschland gebracht werden. Ihnen wurde die Funktion zugeschrieben, Rohstoffe, Lebensmittel und halbindustrialisierte, arbeitsintensive Produkte für die Führungsmacht Deutschland zu produzieren, billige Arbeitskräfte bereitzustellen und von Deutschland kapitalintensive Industrieprodukte abzunehmen.³⁶⁸

Einen ersten Versuch zur Realisierung des Großraumwirtschaftskonzepts bildeten zwei bilaterale Präferenzverträge, die die deutsche Regierung am 27. Juni und 18. Juli 1931 mit Rumänien und Ungarn abschloß.

Darin gestand Deutschland Rumänien (in einem geheimen Zusatzvertrag) für die Einfuhr von Gerste und Mais innerhalb festgelegter

³⁶⁷ Vgl. Kreil, Fritz, *Mitteleuropäische Autarkie*, in: *Zeitschrift für Geopolitik*, Heft 4/1932, S. 208ff.

³⁶⁸ Vgl. Berndt, a. a. O., S. 233.

Noch 1928 kaufte Deutschland von den überseeischen Agrarexportländern (Kanada, USA, Argentinien, Australien) für 561,5 Millionen Reichsmark Weizen, von Rumänien, Jugoslawien und Ungarn dagegen nur für 1,7 Millionen Reichsmark. (Vgl. Wirsing, *Richtung Ost-Südost*, in: *Die Tat*, Jg. 22/II, 1930/31, S. 642).

Quoten Vorzugszölle in Höhe von 50% bzw. 40% des jeweils geltenden allgemeinen Zollsatzes zu. Für Weizen aus Ungarn wurde eine Präferenz von 75% des deutschen Zolltarifs gewährt. Als Gegenleistung senkten Rumänien und Ungarn zahlreiche Industriezölle.³⁶⁹ Aufgrund eines Einspruches der us-amerikanischen Regierung vom 28. Mai 1932 konnten die beiden Präferenzverträge jedoch nicht in Kraft treten. Die US-Regierung sah in bilateralen Verträgen zwischen einer Großmacht und einem Kleinstaat auf der Basis von Vorzugszöllen einen Bruch des bis dahin für den Welthandel geltenden Prinzips der Meistbegünstigung.³⁷⁰ Die auf Eis gelegten Verträge von 1931/32 bildeten maßgebliche Vorläufer des 1934 erlassenen "Neuen Plans". Sie belegen die kontinuierliche Verfolgung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts" von der Spätphase der Weimarer Republik bis in die Periode des Nationalsozialismus.

6.2.7 Das endgültige Scheitern einer multilateralen Lösung der Wirtschaftsprobleme Südosteuropas (1932)

Bevor die deutsche Politik sich auf die Realisierung des Großraumwirtschaftskonzepts mittels bilateraler protektionistischer Handelsverträge mit den Staaten Südosteuropas konzentrieren konnte, sah sie sich im Jahr 1932 noch einmal mit multilateralen Lösungsvorschlägen anderer westeuropäischer Großmächte für die Wirtschaftskrise Südosteuropas konfrontiert.

Anfang 1932 unterbreitete die britische Regierung den Vorschlag einer Donauzollkonföderation ohne deutsche Beteiligung. Die deutsche Regierung lehnte den Plan ab und erklärte im Gegenzug, sie sei bereit, den deutschen "Exportdruck" von Übersee (also auch vom britischen Empire) nach Südosteuropa zu verlagern. Deutschlands "geographische Lage unmittelbar vor den Toren Südosteuropas" gäbe ihr zur Konzentration der Außenhandelspolitik auf dieses Gebiet die volle Berechtigung. Deutschland hätte auch angesichts seiner Wirtschaftsstruktur die "natürliche Bestimmung

³⁶⁹ Vgl. Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 15; Basch, a. a. O., S. 62. Vgl. auch PA/AA Bonn, SW, Wirtschaft 1-Europa-Präferenzen, Präferenzen im deutsch-rumänischen u. deutsch-ungarischen Handelsvertrag, Bd. 1-5.

³⁷⁰ Vgl. Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 154; Kahrs, Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung", a. a. O., S. 13.

wichtigster Lieferant und Abnehmer der Agrarstaaten Südosteuropas zu sein." Deshalb müsse Deutschland den britischen Plan zurückweisen, da sich

"eine Zollunion der Donaustaaten ohne Deutschland (...) zwangsläufig als Abriegelung Südosteuropas vom deutschen Export und damit als eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft auswirken müßte."

Ein "wirtschaftlicher Zusammenschluß der Donaustaaten ohne Deutschland" sei "gleichbedeutend mit einem Zusammenschluß dieser Staaten gegen Deutschland."³⁷¹

Eine letzte diplomatische Initiative zur Realisierung einer Donaukonföderation bildete der Tardieu-Plan, den die französische Regierung im März 1932 vorlegte.³⁷² Er sah die Bildung eines ökonomischen Blocks von Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien vor. Diese Staaten sollten sich eine zehnpromtente Reduzierung der Zollsätze garantieren, weitere Handelshindernisse abbauen und eine gemeinsame Währung schaffen.³⁷³ Darüber hinaus sollten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien den Ländern des Donaubundes u. a. auf dem Gebiet der Zollpolitik Vorteile einräumen. Die Annahme des Planes hätte für Deutschland, Großbritannien und Italien bedeutet, daß ein nicht unerheblicher Teil ihrer Ausfuhren nach Südosteuropa durch präferenzierte Industriegüter aus der Tschechoslowakei verdrängt worden wäre.³⁷⁴

Die deutsche Regierung charakterisierte den Tardieu-Plan mit den Worten:

"Politisch verspricht sich Frankreich (...) eine Verminderung der Anschlußgefahr. (...) Der Wirtschaftsexpansion Deutschlands donauabwärts soll ein Riegel vorgeschoben, das Schreckgespenst der Bildung eines wirtschaftlichen `Mitteleuropa` soll endgültig gebannt werden."³⁷⁵

³⁷¹ Vgl. Grundgedanken der deutschen Antwort (Bülow), 25. 1. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a.a.O., S.160; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 16f.

³⁷² Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen, a. a. O., S. 142.

³⁷³ Vgl. Droz, a. a. O., S. 252.

³⁷⁴ Vgl. Kühl, a. a. O., S. 47.

³⁷⁵ Runderlaß des AA (Bülow), 7. 3. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 143. Vgl. auch Bericht von Hassells vom 6. 1. 1932 an AA, nach Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 141.

Da der Tardieu-Plan auch auf die Zurückdrängung des Einflusses des faschistischen Italiens in Südosteuropa zielte, wurde er unmittelbar nach der Veröffentlichung von der italienischen Regierung brüsk abgelehnt. Durch die eindeutige italienische Zurückweisung war die deutsche Regierung in der Lage, ihre Antwort "so konziliant wie möglich" abzufassen. Sie erklärte in der Tradition Bismarcks "keine machtpolitischen Ziele" in Südosteuropa zu verfolgen. Das "besondere Interesse" Deutschlands in dieser Region sei "rein wirtschaftlicher Natur." Darüber hinaus wies die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf den Tardieu-Plan auf den ihrer Meinung nach einzigen Weg hin, die "wirtschaftliche Gesundung der Donaustaaten" sicherzustellen. Dieser bestehe in der "Ergänzung des südosteuropäischen Agrargebietes durch das mitteleuropäische Industriegebiet" auf der Grundlage bilateraler Präferenzen. Den Tardieu-Plan müsse sie ablehnen, da er untauglich für die Sanierung der Staaten Südosteuropas und gefährlich für den deutschen Export sei. Die deutsche Regierung lehnte Verhandlungen der vorgesehenen fünf Donaustaaten ab und schlug statt dessen eine Konferenz der Großmächte (Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland) vor. Diese Konferenz fand im April 1932 in London statt und blieb gemäß der deutschen Zielsetzung ohne greifbare Ergebnisse.³⁷⁶ Während die französische Seite es für notwendig erachtete, Präferenzen zwischen den Donaustaaten zuzulassen, um diesen wieder die Möglichkeit zu geben, Kredite aufzunehmen, wurde dies von deutscher Seite mit dem Hinweis auf das nicht gelöste Absatzproblem der Agrarstaaten abgelehnt. Da auch die britische Regierung den Tardieu-Plan nicht unterstützte, blieb er unrealisiert. Verantwortlich für die deutsche Ablehnung des Tardieu-Planes machte die französische Regierung die "im deutschen Unterbewußtsein immer vorhandene Doktrin von der Vorherrschaft Deutschlands in Mitteleuropa".³⁷⁷ Zu

³⁷⁶ AA (Bülow) an DG Wien, Budapest, Prag, Bukarest, Belgrad, Sofia, 30. 3. 1932, zit. nach Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 172; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 17f.

³⁷⁷ Dt. Botschaft Paris (von Hoesch), 2. 4. 1932 an AA, nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 149.

verzeichnen sei ein Wiederaufleben des deutschen "Dranges nach Osten".³⁷⁸

Auf der Konferenz in London erreichte die französische Regierung lediglich, daß Deutschland einem "Ausschuß für den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau von Mittel- und Osteuropa" zustimmte. Eine erste Tagung dieses Ausschusses fand vom 5.-20. September 1932 im italienischen Stresa statt.³⁷⁹ Sie führte zum endgültigen Scheitern aller Versuche einer multilateralen Lösung der Wirtschaftskrise Südosteuropas. Die Tatsache, daß Frankreich in der Schuldenfrage zu keinen wesentlichen Konzessionen bereit war, verstärkte den Zwang der südosteuropäischen Länder, einen Abnehmer für ihre Produkte zu finden und sich infolgedessen auf das deutsche Konzept bilateraler Verträge mit festen Kontingenten einzulassen. Die französische Delegation unterbreitete in Stresa den Vorschlag, einen "Ausgleichsfond" zur Hebung der Preise für Agrarprodukte einzurichten. Die deutsche Seite erklärte daraufhin, zu einem finanziellen Beitrag für den Ausgleichsfond nicht in der Lage zu sein, und bot statt dessen Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn Präferenzverträge für Weizen, Mais und Futtergerste an. Da auch die englische Regierung kein Interesse zeigte, am Ausgleichsfond teilzunehmen, wurde das deutsche Konzept bilateraler Präferenzverträge schließlich akzeptiert. Nach der Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs verzichteten auch die USA zukünftig auf ein Veto gegen derartige Verträge.³⁸⁰

Im Artikel "Der Erfolg von Stresa" der "Deutschen Führerbriefe", einer dem MWT nahestehenden, nicht öffentlich erhältlichen Zeitschrift für die Führungskreise der deutschen Politik und Wirtschaft³⁸¹, wurde die neue Ausgangslage für die deutsche Südostexpansion im Oktober 1932 folgendermaßen beschrieben:

³⁷⁸ Vgl. Schreiben Simons vom 21. 4. 1932 an den brit. Botschafter in Paris, Lord Tyrrel, nach Sundhausen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum, a. a. O., S. 151.

³⁷⁹ An der Konferenz von Stresa nahmen neben Vertretern internationaler Institute Delegierte aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Polen, der Niederlande, Griechenland und sämtlichen Donaustaaten teil. (Vgl. Kühl, a. a. O., S. 64).

³⁸⁰ Vgl. Kühl, a. a. O., S. 64ff.; Basch, a. a. O., S. 65ff. u. 152.

³⁸¹ Die "Deutschen Führerbriefe" wurden als "politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz" ab Ende 1928 von Dr. Franz Reuter und Dr. Otto Meynen in Köln herausgegeben. Hinter den "Führerbriefen" standen die Schwerindustriellen Silverberg,

"Die Konferenz von Stresa hat der deutschen Südosteuropapolitik einen Erfolg von großer grundsätzlicher Bedeutung gebracht." Es sei nun davon auszugehen, daß "Deutschland endlich das mit solcher Zähigkeit verfochtene Ziel erreicht haben wird, für seine Außenpolitik in Südosteuropa freie Hand zu haben."³⁸²

Mit der Zurückweisung der Donaukonföderationspläne und der Abwehr aller Versuche zur Realisierung eines Agrarblocks von Staaten Ost- und Südosteuropas waren die für das deutsche "Ergänzungswirtschaftskonzept" gefährlichsten Projekte gescheitert. Die deutsche Regierung konnte nun daran gehen, mittels ihrer Strategie bilateraler Präferenzverträge die Länder Südosteuropas aus dem Einfluß Frankreichs zu lösen, sie ökonomisch (und damit letztlich auch politisch) an sich zu binden und die Grundlagen für einen deutschen Großwirtschaftsraum unter Einschluß Ost- und Südosteuropas zu legen. Das Auswärtige Amt erklärte 1932, Jugoslawien und Rumänien seien Gebiete, deren "Erschließung als vorranglichste Aufgabe der nächsten Jahrzehnte" angesehen werden müßte. Ein erfolgreiches deutsches Engagement sei jetzt möglich, nachdem es im Zuge der Wirtschaftskrise zum Versiegen der französischen Kredite gekommen sei.³⁸³ Ab 1932 unternahmen Vorstandsmitglieder der Deutschen Gruppe des MWT und der I.G. Farben in

Brandi und Poensgen. Einfluß nahmen auch die I.G. Farben und die Vereinigten Stahlwerke. Darüber hinaus verfügten die Herausgeber über eine enge Verbindung zu Hjalmar Schacht. Ab Anfang 1931 übernahm der Herausgeber der "Führerbriefe", Reuter, zusätzlich die Leitung des Presse- und Propagandaausschusses des MWT. Die "Deutschen Führerbriefe" hatten eine stetig anwachsende Zahl von Lesern, die Abonnenten sein mußten, da die Korrespondenz nicht öffentlich erhältlich war. Zu ihrer Leserschaft gehörten neben Führungspersonen der Industrie, die oberen Reichwehrspitzen, Kabinettsmitglieder, führende Großagrarien, die Umgebung Hindenburgs etc. Journalisten waren vom Empfang ausgeschlossen. Die "Deutschen Führerbriefe" erschienen zweimal wöchentlich. Sämtliche Beiträge, abgesehen von den Leitartikeln, waren strikt anonym. Die Leser der "Deutschen Führerbriefe" zählten zu den bestinformierten Personen im Deutschland der dreißiger Jahre. (Vgl. Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur, a. a. O., S. 28; Berliner, E. (d. i. Kurt Gossweiler), Das monopolistische Problem der Massenbasis, die "Deutschen Führerbriefe" und Alfred Sohn-Rethel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1974, S. 155; Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals, a. a. O., S. 23.).

³⁸² Deutsche Führerbriefe, Die Konferenz von Stresa, 5. Jg., Nr. 77, 4. 10. 1932.

³⁸³ Vgl. Schubert an AA, 31. 8. 1932, nach Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 220.

Abstimmung mit der deutschen Regierung intensive Erkundungs- und Verhandlungsreisen nach Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Ihre Reiseberichte bildeten eine wichtige Grundlage für die in den kommenden Jahren abgeschlossenen Wirtschaftsverträge mit den südosteuropäischen Ländern.³⁸⁴

Trotz der Schrumpfung des deutschen Außenhandels im Verlauf der Weltwirtschaftskrise und der durch den verschärften Agrarprotektionismus verengten Einfuhrmöglichkeiten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, erwies sich die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes als das entscheidende Vehikel zur Zurückdrängung der französischen Vormachtstellung in Südosteuropa. Einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung bildete ein Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Bulgarien, den die deutsche Regierung am 24. Juni 1932 abschloß. Darin gewährte Deutschland Zollreduzierungen für Mais um 60%, Futtergerste um 50% und Weizen um 25% und verpflichtete sich, festgelegte Importkontingente dieser Produkte aus Bulgarien abzunehmen. Im Gegenzug garantierte die bulgarische Regierung Zollsenkungen (teilweise bis zu 50 Prozent) für deutsche Industrieprodukte. Das neue bilaterale Handelssystem wurde am 22. August 1932 durch ein deutsch-bulgarisches Clearingabkommen erweitert, das den Warenaustausch weitgehend auf einen devisenlosen Verrechnungsverkehr umstellte.³⁸⁵ Damit war der Weg zur "Ergänzungswirtschaft" beschritten. Zur umfassenden Realisierung des Großraumkonzepts fehlte jedoch noch die Zustimmung der deutschen Landwirtschaftsverbände.

6.2.8 Die Agrarkartellierung von 1923/33 als Voraussetzung deutscher Hegemonie in Südosteuropa

Um die angestrebte deutsche Hegemonie in Südosteuropa auf der Basis fester Lieferverträge für südosteuropäische Agrarprodukte gegen deutsche Industriewaren realisieren zu können, war innenpolitisch eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirt-

³⁸⁴ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 176ff; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 219f.

³⁸⁵ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 155 u. 168-170; Stegmann, "Mitteleuropa" 1925-1934, a. a. O., S. 218; Hoppe, H.-J., Deutschland und Bulgarien 1918-1945, a. a. O., S. 605f.; ders., Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, a. a. O., S. 38.

schaft notwendig, da die Vertreter der deutschen Bauernschaft in den südosteuropäischen Agrarproduzenten unliebsame Konkurrenz sahen.³⁸⁶ Die deutsche Landwirtschaft hatte auf die internationalen Preissenkungen infolge der Weltwirtschaftskrise mit protektionistischen Maßnahmen gegen agrarische Importe reagiert. Eine Sperrung des deutschen Marktes für südosteuropäische Agrarprodukte drohte die Umsetzung des "Ergänzungswirtschaftskonzeptes" zu blockieren.

Für die Vermittlung einer Verständigung war die Deutsche Gruppe des MWT prädestiniert, versammelten sich unter ihrem Dach doch sowohl Vertreter der wichtigsten deutschen Industriekonzerne als auch der Landwirtschaft. Unter Federführung des schwerindustriellen Langnamvereins und der ostdeutschen Großagrарarier entwickelte die Deutsche Gruppe des MWT 1932 das Konzept der "Agrarkartellierung", das unter der nationalsozialistischen Regierung als "Reichsnährstandspolitik" bekannt wurde. Die Deutsche Gruppe des MWT ging davon aus, daß die Großagrарarier einer Verlagerung der deutschen Agrareinfuhr von Übersee nach Südosteuropa ohne Bedenken zustimmen könnten, da deren Produktionsstruktur eher in Konkurrenz zum kostengünstigen nord- und südamerikanischen Getreide stand. Umfangreiche Agrareinfuhren aus Südosteuropa erschienen dagegen für die Existenz vieler deutscher Kleinbauern bedrohlich. Um eine Blockade des "Ergänzungswirtschaftskonzeptes" durch deren Verbände zu vermeiden, sollten nach dem Plan der Agrarkartellierung Erzeugung und Verteilung der bäuerlichen Produkte nach Methoden industrieller Kartellpolitik zwangsweise organisiert werden. Jedem deutschen Bauern sollten Art und Menge seiner Produktion vorgeschrieben und der Absatz seiner Produkte auf staatliche Organe oder auf Zwangsgenossenschaften übertragen werden. Als Entschädigung für diese Einschränkungen wurden den Bauern feste Preise für ihre Erzeugnisse in Aussicht gestellt. Damit sollten sie gegen nachteilige Folgen der Einfuhrpolitik abgesichert werden. Ab Ende 1931 fanden zwischen Vertretern der Industrie und der Landwirtschaft unter Beteiligung maßgebender Regierungsbeamter intensive Beratungen über dieses Konzept statt. Im August 1932 einigten sich die Verbände der Schwerindu-

³⁸⁶ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 166.

strie und der Großagrariern auf das Programm der "Agrarkartellierung".

Diese Einigung bildete die Voraussetzung für die Realisierung einer festen agrarisch-industriellen "Ergänzungswirtschaft" zwischen den Ländern Südosteuropas und Deutschland. Die Agrarkartellierung erlaubte der deutschen Regierung das Mittel preisgeschützter und beliebig differenzierbarer Kontingentierung einzusetzen. Für die Abnahme der südosteuropäischen Getreideüberschüsse wollte die deutsche Wirtschaft als "Gegenleistung" das Monopol auf die Industrialisierung dieser Länder gewinnen, um diese in ihrem Sinne lenken bzw. einschränken zu können. Ohne die Staaten Südosteuropas direkt zu annektieren, sollten sie eine unausweichliche Abhängigkeit zu Deutschland gebracht werden, so daß die deutsche Wirtschaft nach Bedarf über ihre Rohstoffe, Ernten, Energiequellen, Transportmittel, Post und Verwaltungseinrichtungen bestimmen und verfügen sowie ihre industriellen Produktionseinrichtungen und ihre landwirtschaftliche Anbaupolitik lenken könnte.³⁸⁷ Dabei galt deutschen Planern eine Eindämmung der südosteuropäischen Industrialisierung als Voraussetzung für die langfristige Etablierung der "Ergänzungswirtschaft". Da die Industrialisierung Südosteuropas in den zwanziger Jahren vor allem auf der Basis von Anleihen aus Frankreich und Großbritannien forciert worden war, die infolge der Weltwirtschaftskrise versiegten, waren die Bedingungen für eine Deindustrialisierung und das Konzept der Ergänzungswirtschaft günstig.

Wiskemann forderte 1932 in einem später publizierten Vortrag vor der Deutschen Gruppe des MWT, es müsse verhindert werden, daß die südosteuropäischen Staaten "einfach beliebige Industrien aus dem Boden stampfen."³⁸⁸

Hatte der Mangel an ausreichendem Kapital sich bisher als Hindernis einer wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands in Südosteuropa erwiesen, so ermöglichten das Projekt der Agrarkartellierung und die bargeldlosen Präferenzverträge einen Ausweg.

Die von der Deutschen Gruppe des MWT vorbereitete Einbindung der Landwirtschaftsverbände in die staatlich organisierte Großraum-

³⁸⁷ Vgl. Sohn-Rethel, *Industrie und Nationalsozialismus*, Berlin, 1992, S.77, 81 u 104; Seckendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 166.

³⁸⁸ Wiskemann, Erwin, *Mitteleuropa. Eine deutsche Aufgabe*, Berlin 1933, S. 65.

wirtschaft erfolgte endgültig nach der Demissionierung Hugenberg vom Posten des Landwirtschaftsministers am 26. Juni 1933. Hugenberg, der sich als Protektor der deutschen Landwirtschaft sah und dafür eintrat, den deutschen Markt über ein partielles Mengenkontingentsystem für ausländische Agrarerzeugnisse einzuzengen, trat auf Drängen der Industrieverbände zurück. Nach seinem Rücktritt und der von der nationalsozialistischen Regierung vorgenommenen Gleichschaltung der Bauernverbände war der Weg für eine Öffnung des deutschen Marktes für südosteuropäische Agrarprodukte frei. Hugenbergs Nachfolger Walter Darré stand für das Konzept der Agrarkartellierung. Auf Grundlage des "Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregulierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse" vom 13. September 1933 und weiteren Verordnungen erfolgte eine totale staatsmonopolistische Regulierung der Produktion, des Absatzes, der Be- und Verarbeitung und des Konsums landwirtschaftlicher Produkte. Die deutsche Regierung konnte nun den Inlands- und Einfuhrbedarf an landwirtschaftlichen Produkten vorausplanen und damit längerfristige handelspolitische Vereinbarungen treffen. Darüber hinaus war es jetzt möglich, den Preis für landwirtschaftliche Produkte so gering wie sozialpolitisch vertretbar zu halten und vorrangig solche landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu importieren, die für die auf Krieg ausgerichtete Wirtschaft unentbehrlich waren (u. a. Futtermittel, tierische und pflanzliche Fette, Faserstoffe). Der Machtantritt der NSDAP und die Etablierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ermöglichte somit die Gleichschaltung der agrarischen Interessengruppen, die eine wesentliche Voraussetzung zur Durchsetzung des "Ergänzungswirtschaftskonzepts" bildete.³⁸⁹ Der Plan der Agrarkartellierung entstand jedoch nicht erst 1933 in Kreisen der NSDAP, er wurde, wie dargestellt bereits 1932 von der Deutschen Gruppe des MWT, d. h. von den maßgeblich am Südosteuropageschäft interessierten deutschen Industrieverbänden entwickelt. Ebenfalls bereits 1932 entwarf die Deutsche Gruppe des MWT ein Memorandum zu einer territorialen "Neuordnung" Südosteuropas.

³⁸⁹ Vgl. Seckendorf, Südosteuropakonzeptionen..., a. a. O., S. 201-208; Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936, a. a. O., S. 24f. u. 31.; Basch, The Danube Basin and the German Economic Sphere, a. a. O., S. 43.

6.2.9 Der deutsche Plan einer territorialen Aufteilung Südosteuropas von 1932 und die Unterstützung des Separatismus

Die nach dem Ersten Weltkrieg vorgenommenen neuen Grenzziehungen in Ost- und Südosteuropa waren in Deutschland, wie dargestellt³⁹⁰, auf Ablehnung gestoßen. Besonders Jugoslawien und die Tschechoslowakei galten der deutschen Publizistik als "künstliche" "völkisch inhomogene" Staatsgebilde. Neben der dieser Auffassung zugrundeliegenden völkischen Ideologie, die das Zusammenleben verschiedener "Völker" in einem Staat als "unnatürlich" ausschließt, speiste sich diese Haltung aus dem Bestreben, die in der Kleinen Entente zusammengeschlossenen "Siegerstaaten" des Ersten Weltkrieges Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Rumänien durch Separierung politisch zu schwächen, um sie leichter der angestrebten deutschen Großraumordnung unterwerfen zu können. Darüber hinaus wurde in Deutschland darüber geklagt, daß die herrschenden Kreise der als "orientalisch" und rückständig abqualifizierten Staaten Serbien und Rumänien in den Grenzen vor 1918 nach den Grenzziehungen der Pariser Friedensverträge die Herrschaft über die "westlichen Gebiete" Slowenien, Kroatien, Vojvodina, Banat und Siebenbürgen übernommen hätten. "Orient" und "Okzident", d. h. die alten Gebiete des Osmanischen und Habsburger Reiches, sollten langfristig wieder voneinander getrennt werden.³⁹¹ Nicht zuletzt sollte durch eine Aufteilung von Einflußsphären ein Widerstand der faschistischen Regierung Italiens gegen eine deutsche Hegemonie über Teile Ost- und Südosteuropas vermieden werden. Zu diesem Zweck wurde der Mussolini-Regierung im Oktober 1932 ein "Südosteuropa-Memorandum", übergeben, ein "inoffizielles" Papier, das von der Deutschen Gruppe des MWT gemeinsam mit der Reichswehr und dem Auswärtigen Amt ausgearbeitet worden war. Das Memorandum zielte auf einen gewaltsamen Umsturz der Staatenordnung in Südosteuropa. Es enthielt ein ausführliches Programm einer Aufteilung dieses Gebietes zwischen Deutsch-

³⁹⁰ Siehe in dieser Arbeit S. 332.

³⁹¹ Vgl. Der Süd-Ostraum. in: Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 10, Heft 8, 1933, S. 456; Schuhmacher, Rupert von, Der Strukturwandel des Südostraumes, in: Zeitschrift für Geopolitik, Jg. 11., Heft 9, 1934, S. 540ff.

land und Italien. Im Zentrum der Planung stand der jugoslawische Staat. Er sollte auf das frühere Serbien und Montenegro beschränkt werden. Aus den im Norden abgesprengten Teilen sollte ein selbständiger kroatisch-slowenischer Staat gebildet werden, dessen Grenzen gegen Serbien gemäß der alten Grenze zwischen dem west- und oströmischen Reich, den Flüssen Drina und Save verlaufen sollte. Zur Aufspaltung Jugoslawiens setzten die Regierungen Deutschlands und Italiens auf die faschistische kroatische Ustascha-Bewegung. Eine entsprechende Aufspaltung Rumäniens sollte durch künstlich geschürte Aufstandsbewegungen der Siebenbürger Deutschen und Ungarn erfolgen. Auf diese Weise sollte Rumänien auf das Staatsterritorium aus der Zeit vor 1918 beschränkt werden, das als "Altrumänien" bezeichnet wurde. Aus den abgespaltenen nördlichen Teilen sollte ein selbständiges Transsylvanien (Siebenbürgen) entstehen. Die deutsche Regierung erkannte im Memorandum einen Länderkomplex, bestehend aus Serbien, Altrumänien, ein um Teile Makedoniens vergrößertes Bulgarien und Griechenland als Interessensgebiet Italiens an. Dafür sollte Italien der Bildung einer deutsch-österreichischen Zollunion zustimmen und sich jeglicher Einflußnahme an einer künftigen Neugliederung der Tschechoslowakei und Polens enthalten. Zwischen den beiden Einflußsphären sollte aus Ungarn und den neu zu schaffenden Staaten Kroatien-Slowenien und Transsylvanien eine "Donau-Föderation" gebildet werden, als gemeinsames deutsch-italienisches Interessengebiet, für das ein System von gleichgewichtigen Handelskontingenten, Kapitalbeteiligungen und Zollpräferenzen vorgesehen war.

Mussolini erklärte sich bereit, das Memorandum als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren. Die deutsche Seite ging davon aus, so der Geschäftsführer der Deutschen Gruppe des MWT Hahn, daß Deutschland nach ein paar Jahren des vorgesehenen zweiseitigen Regimes die Italiener mit Leichtigkeit "aus dem viel zu großen Schuh herauskippen" und sich dann die ausschließliche Hegemonie über Südosteuropa sichern könne. Es käme deshalb nicht so sehr darauf an, was Deutschland ihnen jetzt verspreche.

Ebenfalls noch vor der Regierungsübernahme der NSDAP begann in Deutschland die Unterstützung der separatistischen kroatischen Ustascha-Bewegung. Krupp, die I.G. Farben und die Stahlverein-

Gruppe bildeten eine Aktionseinheit mit dem Generalstab. Während Krupp in den Jahren 1932 und 1933 separatistische Aufstände und Anschläge der kroatischen Ustascha-Terroristen gegen die jugoslawische Regierung finanzierte, lieferte die Abteilung "Abwehr" im Reichswehrministerium die Waffen und die militärischen Instruktionen und übernahm die Verhandlungen mit politischen Parteien und Vertretern der separatistischen Bewegung. In der Geschäftsstelle der Deutschen Gruppe des MWT gingen Verbindungsleute des Ustascha-Führers und späteren kroatischen Präsidenten Pavelic ein und aus.³⁹² Gleichzeitig gestattete die Mussolini-Regierung der Ustascha die Unterhaltung von Ausbildungslagern auf italienischem Gebiet. Am 9. Oktober 1934 übernahm die Ustaschabewegung gemeinsam mit der separatistischen mazedonischen Gruppe IMRO die Verantwortung für die Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander. Das Attentat erfolgte in Marseille während eines Staatsbesuchs des jugoslawischen Regenten in Frankreich. Ein weiteres, nicht zufälliges Opfer des Attentates wurde der französische Außenminister Barthou. Er hatte sich als Vertreter eines multilateralen Sicherheitssystems unter Einschluß der Sowjetunion und der südosteuropäischen Staaten gegen die von Deutschland ausgehende Kriegsgefahr exponiert. Schon kurze Zeit nach dem Attentat tauchte in der internationalen Diskussion der Verdacht auf, daß die deutsche Regierung hinter den Attentätern stehe.³⁹³

³⁹² Hier finden sich deutliche Parallelen zur Unterstützung kroatischer und kosovo-albanischer Separatisten durch den deutschen Geheimdienst in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts. (Vgl. Schmidt-Eenboom, Erich, *Der Schattenkrieger*. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995, S. 211ff.; ders., Interview in: konkret, Hamburg, Nr. 7/1999).

³⁹³ Vgl. Sohn-Rethel, *Industrie und Nationalsozialismus*, a. a. O., 68f. u. 104; ders., *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, a. a. O., S. 74ff.; ders., *Die politischen Büros der deutschen Großindustrie*, a. a. O., S. 21.; Seckendorf, *Südosteuropakonzeptionen...*, a. a. O., S. 194. Zu den Einzelheiten des Attentats: Milicevic, V., *A king dies in Marseille*, Bad Godesberg 1959.